



# Landtag von Baden-Württemberg

90. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 8. Mai 2019 • Haus des Landtags

Beginn: 9:03 Uhr

Schluss: 12:30 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin . . . . .	5453	3. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz zur Anpassung des besonderen Datenschutzrechts an die Verordnung (EU) 2016/679 und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 für Justiz- und Bußgeldbehörden sowie zur Änderung vollzugsrechtlicher Gesetze</b> – Drucksache 16/5984 . . . . .	5475
1. Aktuelle Debatte – <b>Europa richtig machen – für Sicherheit, Frieden und Wohlstand</b> – beantragt von der Fraktion der CDU . . . . .	5453	Minister Guido Wolf . . . . .	5475
Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU . . . . .	5453	Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE . . . . .	5476
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE . . . . .	5454	Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU . . . . .	5477
Abg. Emil Sänze AfD . . . . .	5456, 5465	Abg. Emil Sänze AfD . . . . .	5478
Abg. Andreas Stoch SPD . . . . .	5457	Abg. Jonas Weber SPD . . . . .	5479
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP . . . . .	5459	Abg. Nico Weinmann FDP/DVP . . . . .	5479
Minister Guido Wolf . . . . .	5461	Beschluss . . . . .	5480
Abg. Joachim Kößler CDU . . . . .	5463	4. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – <b>Versicherungen und andere Möglichkeiten der Risiko- und Schadensminimierung bei wetterbedingten Schadereignissen in Landwirtschaft, Obst-, Wein- und Gartenbau</b> – Drucksache 16/2053 . . . . .	5480
Abg. Josef Frey GRÜNE . . . . .	5464	Abg. Martin Hahn GRÜNE . . . . .	5480
Abg. Peter Hofelich SPD . . . . .	5465	Abg. Dr. Patrick Rapp CDU . . . . .	5482
Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP . . . . .	5466	Abg. Thomas Axel Palka AfD . . . . .	5483, 5488
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) . . . . .	5467	Abg. Georg Nelius SPD . . . . .	5484
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos) . . . . .	5468	Abg. Klaus Hoher FDP/DVP . . . . .	5485
2. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – <b>Gesetz zur Einführung von Einwohneranträgen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden in Landkreisen</b> – Drucksache 16/5892 . . . . .	5468	Minister Peter Hauk . . . . .	5486
Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP . . . . .	5468	Beschluss . . . . .	5488
Abg. Nese Erikli GRÜNE . . . . .	5469	Nächste Sitzung . . . . .	5488
Abg. Ulli Hockenberger CDU . . . . .	5470		
Abg. Daniel Rottmann AfD . . . . .	5471, 5474		
Abg. Rainer Hinderer SPD . . . . .	5473		
Minister Thomas Strobl . . . . .	5474		
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) . . . . .	5474		
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos) . . . . .	5475		
Beschluss . . . . .	5475		

## Protokoll

über die 90. Sitzung vom 8. Mai 2019

Beginn: 9:03 Uhr

**Präsidentin Muhterem Aras:** Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 90. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Herr Abg. Berg, Herr Abg. Gall, Frau Abg. Lindlohr, Herr Abg. Nemeth, Herr Abg. Dr. Rösler, Herr Abg. Schoch, Herr Abg. Wald und Herr Abg. Dr. Weirauch.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt hat sich ganztägig Frau Ministerin Sitzmann.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt auf Ihren Tischen. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

\*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung des Rundfunkbeauftragten für den Datenschutz vom 1. Februar 2019 – 11. Tätigkeitsbericht des Rundfunkbeauftragten für den Datenschutz des Südwestrundfunks für das Jahr 2018 – Drucksache 16/6070

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

2. Schreiben des Verfassungsgerichtshofs vom 11. April 2019, Az.: 1 GR 24/19 – Anrufung des Verfassungsgerichtshofs gegen die Ablehnung der Zulassung eines Volksbegehrens für gebührenfreie KITAS

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

3. Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 30. April 2019 – Bericht über aktuelle europapolitische Themen – Drucksache 16/6193

Überweisung an den Ausschuss für Europa und Internationales

4. Mitteilung des Bürgerbeauftragten vom 18. April 2019 – Tätigkeitsbericht des Bürgerbeauftragten des Landes Baden-Württemberg für das Jahr 2018 – Drucksache 16/6133

Überweisung an den Ausschuss für Inneres, Digitalisierung und Migration und federführend an den Ständigen Ausschuss

\*

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Europa richtig machen – für Sicherheit, Frieden und Wohlstand – beantragt von der Fraktion der CDU**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Wie immer darf ich an dieser Stelle auch die Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

In der Aussprache erteile ich nun das Wort für die Fraktion der CDU Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Reinhart.

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir begehen morgen den Europatag, und unser ganzer Kontinent erinnert an die große Schuman-Rede im Jahr 1950, am 9. Mai. Heute vor 74 Jahren endete der Zweite Weltkrieg, und am 8. Mai vor 70 Jahren verabschiedete in Bonn der Parlamentarische Rat das Grundgesetz. Damit begann für uns in Deutschland die längste Friedenszeit in der modernen Geschichte. Dieses beispiellose Friedenszeitalter verdanken wir maßgeblich der Idee eines vereinten Europas.

Es war Europa, das uns Frieden, Freiheit und Wohlstand gebracht hat; und nur Europa kann auch in Zukunft Frieden, Freiheit und Wohlstand sichern. Darum geht es in diesen Tagen.

(Beifall bei der CDU, den Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Wir werden in zwei Wochen 70 Jahre Grundgesetz feiern. Von Anfang an hat sich dieses Grundgesetz – die beste Verfassung, die es auf deutschem Boden je gab – bereits in seiner Präambel dem vereinten Europa als Auftrag für das deutsche Volk verpflichtet.

Europa ist auch die dringende Lehre aus unserer Geschichte. Es ist Staatsziel, und es ist für uns eine schlichte Notwendigkeit. Auch das müssen wir uns immer wieder klarmachen in einer Zeit, in der der antieuropäische Reflex zur politischen Mode gemacht wird.

Wenn wir heute Morgen lesen, dass die Briten jetzt doch an der Europawahl teilnehmen, so zeigt uns dieses Brexit-Chaos: Der Weg hinaus aus Europa ist ein Irrweg. Mit Populismus, mit Nationalismus, mit Protektionismus, mit Egoismus werden wir das 21. Jahrhundert nicht gewinnen können.

(Beifall bei der CDU, den Grünen und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Unsere Zukunft heißt deshalb Europa. Wir brauchen Europa. Nur als einiges Europa werden wir in einer Welt zwischen

(Dr. Wolfgang Reinhart)

„America first“ und neuer chinesischer Seidenstraße überhaupt bestehen können.

Wir brauchen Europa für unsere Sicherheit, für die Verteidigung unserer Freiheit und auch für unsere Werte und Interessen.

Wir haben oft betont, dass Europa auf drei Säulen aufgebaut ist: auf Rom und dem römischen Recht, auf der Akropolis, dem griechischen Geist, aber auch auf Golgota, dem jüdischen Eingottglauben, aber auch auf der Aufklärung, auf der Verfassungsgeschichte, der Französischen Revolution, auf Kunst und Kultur. Das sind unsere Werte. Die wollen wir bewahren. Das sind unsere Wurzeln, um die es geht.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Wir brauchen Europa auch für unsere Sicherheit, für die Verteidigung unserer Freiheit und vor allem für den Schutz unserer Grenzen. Auch im Kampf um den Freihandel brauchen wir es, für echte Visionen, wie sie jetzt z. B. Manfred Weber mit dem europäischen Masterplan gegen den Krebs vorgeschlagen hat. Wir brauchen Europa für die großen Aufgaben im grenzüberschreitenden Bereich, im Umweltschutz, im Klimaschutz, für eine große Innovationsstrategie, aber auch als gemeinsamen Raum des Rechts.

Meine Damen und Herren, wenn hier heute junge Menschen auf der Tribüne sitzen: Die junge Generation hatte noch nie solche Chancen mit freiem Reisen, Studieren, Arbeiten in allen Ländern, für Europa. – Es ist eure Zukunft, und das sind Chancen wie nie zuvor.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

Allein durch Horizont 2020 sind 729 Millionen € in dieses Land geflossen.

Wir brauchen Europa auch als Gegenmodell gegen die autoritären Zumutungen und Anmaßungen in China, Russland oder anderswo. Gerade für Baden-Württemberg als Exportland Nummer 1, als Innovationsregion Nummer 1, als Region im Herzen des Kontinents bleibt Europa Chancensicherer und Wohlstandsgarant. Jeder dritte Arbeitsplatz in Baden-Württemberg hängt von diesem Europa ab. Auch das müssen wir schützen, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU, Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP sowie des Abg. Andreas Stoch SPD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Reinhart, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stickelberger zu?

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Am Ende der Rede. Im Moment nicht, weil die Zeit ja sehr begrenzt ist.

Das gemeinsame europäische Haus ist niemals fertig. Wir müssen es immer wieder verändern, stärken und verbessern. Manchmal müssen wir seinen Aufbau auch wieder vereinfachen, klären und straffen. Deshalb darf sich dieses Europa auch nicht im Klein-Klein verlieren. Wir wollen kein Europa, das von oben herab und aus der Ferne verordnet, normt, befehlt oder verbietet,

(Abg. Stefan Räßle AfD: Nein! Niemals!)

wir wollen ein Europa der Freiheit, der dezentralen Verantwortung und vor allem auch der Subsidiarität.

Als Landesparlamentarier wehre ich mich dagegen, wenn immer mehr Macht von unten nach oben verlagert wird. Jede Aufgabe muss aus unserer Sicht dort erfüllt werden, wo sie besser, billiger und bürgernäher erfüllt werden kann. Auch das ist uns ein Anliegen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Das gilt in Europa genauso wie in unserem Föderalismus. Gute Politik braucht die Kraft in den Graswurzeln, braucht Transparenz, braucht Bürgernähe.

Wir haben die meisten Städtepartnerschaften mit Frankreich – über 400 – und mit Ungarn – 157.

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Deshalb wollen wir ein Europa, das nationale und auch regionale Besonderheiten schützt und respektiert. Nur so kann es stärker und besser werden.

Meine Damen und Herren, zwei Erzengel standen am Tor von Europa:

(Abg. Peter Hofelich SPD: Ui!)

der Erzengel der Freiheit – nie wieder Knechtschaft – und der Erzengel des Friedens – nie wieder Krieg. Auch darum geht es in diesen Tagen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz.

**Abg. Andreas Schwarz** GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Europa braucht uns, und wir brauchen Europa – heute mehr denn je.

(Zuruf von der AfD)

Seit über 60 Jahren bringt uns die europäische Einigung Frieden, Freiheit, Stabilität und Wohlstand. Ich kann nahtlos anknüpfen an das, was Kollege Reinhart gesagt hat: Die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft und damit weitaus mehr als eine reine Wirtschaftsunion.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Reden wir über das vereinte Europa, dann geht es um die Menschenwürde, um Freiheit, Gleichheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Solidarität, die Wahrung der Menschenrechte und die Rechte der Minderheiten.

(Abg. Winfried Mack CDU: Und die Menschenwürde!)

(Andreas Schwarz)

An Rechtspopulisten wie Ungarns Ministerpräsidenten Viktor Orbán gerichtet sage ich:

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Auch für solche Leute sind die Prinzipien des Rechtsstaats maßgebend. Verstöße gegen das Rechtsstaatsprinzip und Verstöße gegen europäische Grundwerte sind alarmierend und nicht hinnehmbar.

(Zurufe der Abg. Anton Baron AfD und Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Das darf die Europäische Union keinem Mitgliedsstaat durchgehen lassen.

(Zuruf des Abg. Udo Stein AfD)

Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechte der Europäischen Union gelten für alle, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Bernd Grimmer AfD)

Umso mehr freue ich mich, dass die Landesregierung von Baden-Württemberg in ihrem Leitbild für Europa eine sehr klare Haltung eingenommen hat: für Demokratie, für Subsidiarität, für regionale Vielfalt und Besonderheiten, für soziale Grundwerte und eine nachhaltige Politik.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Was?)

Das Bekenntnis zu Europa gehört in Baden-Württemberg zur Staatsräson.

(Beifall der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch und des Abg. Winfried Mack CDU)

Wir Grünen sagen Ja zu Europa, denn die Ziele von heute – Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit, Frieden, die Achtung der Menschenwürde – können eben nur in einem starken und handlungsfähigen Europa gemeinsam erreicht werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir in der grünen Landtagsfraktion sind überzeugt, dass wir die zentralen Zukunftsaufgaben nur gemeinsam lösen können. Dazu zählen die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und der Klimaschutz. Sie sind die Menschheitsaufgabe schlechthin. Kollege Reinhart hat in seiner Rede die jungen Leute angesprochen. Unsere Kinder fordern es von uns ein: Kümmert euch stärker um diese Fragen. Mit dieser Bitte werden wir jeden Freitag konfrontiert.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Umfragen bestätigen, was sich auf den Straßen und in den sozialen Netzwerken abspielt. Nach dem jüngsten Europabarometer sehen knapp 80 % der jungen Leute in Deutschland den Umweltschutz und den Kampf gegen den Klimawandel als Topthemen an.

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Die jungen Leute haben erkannt, dass die Gefahren des Klimawandels enorm sind. Viele junge Menschen setzen sich für die Zukunft ein. Mein größter Respekt für dieses umfangreiche politische Engagement der jungen Generation!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Gabi Rolland SPD)

Die Europawahl, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist daher in unseren Augen auch eine Klimawahl. Denn der Klimawandel beschleunigt sich. Die Treibhausgasemissionen steigen weltweit nahezu ungehindert an. Die Zeit, um den Klimakollaps noch aufzuhalten, rennt uns buchstäblich davon. Aber für Europa gilt: Vorangehen, die Wende beim Klimaschutz schaffen und das 1,5-Grad-Ziel erreichen.

(Abg. Anton Baron AfD: Was kostet uns das?)

Darin liegt eine große Chance für neue und zukunftsfähige Arbeitsplätze und Innovationen gerade bei uns in Baden-Württemberg. Konsequenter Klimaschutz und eine starke Wirtschaft sind zwei Seiten derselben Medaille.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Es ist daher höchste Zeit, dass die Europäische Union ihre Klimapolitik an den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens ausrichtet. Wir verstehen die Europäische Union als künftige Klimaschutzunion, und Deutschland hat hier einen enormen Beitrag zu leisten. Denn Europa ist reich an sauberen Energiequellen. Der beschleunigte Ausbau der erneuerbaren Energien ist die Chance für den Klimaschutz, für zukunftsfähiges Wirtschaften, mehr Arbeitsplätze und die Unabhängigkeit Europas von fossilen Importen,

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

und er ist eine enorme Chance für regionale Wertschöpfung gerade auch bei uns, in unserem Bundesland.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wir wollen bis 2050 den Energiebedarf zu 100 % aus erneuerbaren Energien decken. Darauf wollen wir die europäischen Strukturfonds und die Investitionsmittel ausrichten. Dabei ist wesentlich, dass der ins Stocken geratene Kohleausstieg jetzt endlich umgesetzt wird, dass die Energiewende wieder in Gang kommt. Solaranlagen auf Dächern, moderne Windkraftanlagen,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dort, wo Wind ist!)

intelligenter Netzausbau und mehr Speichermöglichkeiten,

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

das sind die Antworten für eine Klimaschutzunion im Jahr 2019.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

(Andreas Schwarz)

Ich möchte noch, liebe Kolleginnen und Kollegen, einen Punkt ansprechen, der uns, wenn wir auf Europa blicken, sehr wichtig ist. Dort sehen wir einen enormen Handlungsbedarf; das ist die Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. Denn der Klimawandel wartet nicht, bis die G-20-Staaten einen Preis festgelegt haben oder der Emissionshandel – so sehr wir ihn begrüßen – weltweit eingeführt ist. Denn wir stellen fest: Der Emissionshandel funktioniert heute nicht ausreichend, um gegen die Klimakrise vorzugehen.

Daher braucht es einen CO<sub>2</sub>-Mindestpreis. Mit einem CO<sub>2</sub>-Mindestpreis finanzieren die alten, die klimaschädlichen fossilen Energieträger die sauberen, erneuerbaren Energien.

(Abg. Anton Baron AfD: Wollen Sie die CO<sub>2</sub>-Steuer?)

Umweltverschmutzung wird dadurch stärker finanziell belastet, und Bürgerinnen und Bürger werden auf der anderen Seite finanziell entlastet. Denn schließlich – so sieht es das Modell des CO<sub>2</sub>-Preises vor – sollen die Einnahmen an die Bürgerinnen und Bürger zurückfließen. Im Ergebnis ist ein CO<sub>2</sub>-Mindestpreis ein gigantisches Förderprogramm für neue, umweltfreundliche Technologien.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Baden-Württemberg versteht sich als Motor der europäischen Integration. Das hat die Landesregierung in ihrem Leitbild nochmals unterstrichen. Meine Fraktion unterstützt diesen Weg Baden-Württembergs in einer starken Europäischen Union.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Sänze.

**Abg. Emil Sänze** AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nach so viel Pathos und Steuerkreativität kommen wir vielleicht wieder „down to earth“, wie man so schön sagt.

Wir danken zunächst einmal der CDU außerordentlich dafür, dass sie das Thema „EU und Europa“ in dieser Aktuellen Debatte aufgerufen hat. Wir, die AfD, wollen genau wie Sie, die anderen Parteien, Frieden, Wohlstand, Freiheit in Europa. Lassen Sie mich klar sagen: Es gibt keinen grundlegenden Unterschied in den Werten, die wir für Europa anstreben.

(Lachen des Abg. Josef Frey GRÜNE)

Die Punkte, in denen wir von Ihnen abweichen, sind im Kern nicht die Ziele, sondern die Mittel.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Für Sie ist eine technokratische, elitäre, bürokratische, lebensferne EU das Mittel der Wahl, um Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa zu sichern – für uns nicht; für uns ist dieses Europa so, wie die EU ist, gescheitert. Europa hat in den vergangenen 30 Jahren einen unfassbaren wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Abstieg hinter sich.

(Lachen bei den Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

– Warten Sie es ab. – Europa hat sein Kapital für eine selbstsüchtige, polittechnokratische Elite verspielt, um einen Brüsseler Pseudozentralstaat aufzubauen,

(Beifall bei der AfD)

einen Staat ohne gemeinsame Sprache, ohne Öffentlichkeit, ohne Volk, das die Herrschenden kontrollieren könnte – ein Monstrum, das weder Nation noch echte Demokratie jemals sein kann.

(Beifall bei der AfD)

Deutschland, das angeblich reiche Land, das es früher einmal war, fällt Jahr für Jahr beim realen Wohlstand seiner Bürger weiter zurück. Die durchschnittliche italienische Familie ist nach Untersuchungen der EZB reicher als die durchschnittliche deutsche Familie, und doch fordern Sie mehr EU, noch mehr Transfers aus einem ärmer werdenden Deutschland in Länder, die zum Teil real wohlhabender sind als wir.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Woher kommt das? Woher kommt diese unfassbare Blindheit der Altparteien, nicht zu sehen, was sie da anrichten? Ich kann Ihnen eine Teilantwort geben, und zwar ganz konkret für Baden-Württemberg. Unsere Fraktion hat am 25. Februar der Landesregierung eine einfache Frage gestellt. Die Frage lautete: Wie viel kostet uns netto die EU? Also eine ganz einfache Frage.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ganz so einfach ist das nicht!)

Wie viel Geld fließt an die EU? Wie viel Geld fließt von dort an uns zurück? Und was ist die Differenz, was ist das Delta? Das ist eine Frage, die jeder Kleinunternehmer spätestens mit seiner Steuererklärung belegen muss:

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Wie war das mit der AfD und der Spendenaffäre? – Gegenruf der Abg. Carola Wolle AfD: Also, ich glaube, die Altparteien können diesbezüglich den Mund halten!)

Einnahmen minus Ausgaben gleich Gewinn oder Verlust.

(Unruhe)

Was antwortet die Landesregierung auf unsere einfache, aber aus unserer Sicht wichtige Frage? Sie antwortet im Ergebnis: „Wir wissen es nicht. Das können wir nicht, das verstehen wir nicht, und überhaupt sind wir nicht zuständig.“ Bürger und Kleinunternehmer müssen jeden Euro belegen, aber die Landesregierung weiß nichts von nichts – und das bei Milliardenbeträgen. Sie kann den Nutzen nicht monetär beziffern. Das muss man sich einmal vorstellen! So eine Antwort traut sich die Regierung abzuliefern.

(Zuruf von der AfD: Unglaublich!)

Und man fragt sich, was schlimmer ist: dass die Landesregierung keine Antwort geben kann, oder dass sie keine Antwort geben will.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf von der AfD: Will!)

(Emil Sänze)

Wir haben daraufhin auf der Grundlage von belastbaren, öffentlich verfügbaren Daten, insbesondere des Statistischen Bundesamts, selbst die Nettobelastung für die Baden-Württemberger recherchiert. Diese Untersuchung werden wir heute Nachmittag im Europaausschuss vorlegen und die Landesregierung um Stellungnahme bitten.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Die Ergebnisse sind – lassen Sie mich das vorwegnehmen – unfassbar. Wir würden uns wünschen, dass die Zahlen der Landesregierung – die es ja angeblich nicht gibt – ein besseres Bild ergäben. Der Nettoabfluss aus Baden-Württemberg an die EU im Jahr 2018 betrug nach den uns zugänglichen Daten 3,66 Milliarden € pro Jahr. Ich wiederhole: 3 660 Millionen € – und dies Jahr für Jahr – nach Brüssel. Diese Nettobelastung entspricht 84 % der Zahlungen an die EU. Ich wiederhole: 84 % des Geldes, das wir nach Brüssel überweisen, gehen dem Land verloren. Zum Vergleich: Die Zahlungen Baden-Württembergs in den Länderfinanzausgleich im Jahr 2018 beliefen sich auf 3,08 Milliarden €. Wir bezahlen also weit mehr in die EU-Umverteilung ein als in den viel kritisierten Bundesfinanzausgleich.

Wenn Sie an die Sparer denken, die dann noch ein Vielfaches obendrauf legen durch verlorene Zinsen, dann wären auch das fast Milliardenbeträge, die für den Einzelhaushalt nicht mehr erfassbar sind.

(Beifall bei der AfD)

Doch damit nicht genug. Die EU will im Jahr 2021 ihre Ausgaben um rund 25 % steigern, obwohl mit Großbritannien das drittgrößte Land, eines der Geberländer, die EU verlassen will. Frau Merkel und Herr Macron wollen dann zusätzlich den Eurozonenhaushalt einrichten, der explizit der Umverteilung dienen soll. Und wenn das Vereinigte Königreich austritt, dann fallen 12 % der Einnahmen der EU einfach weg, ohne dass die EU die Ausgaben auch nur um einen Cent senken will.

Was bedeutet das in Zahlen für unser Baden-Württemberg? Das bedeutet, dass der Nettoabfluss an die EU ab 2021 auf 5,39 Milliarden € steigen wird, und zwar pro Jahr.

(Abg. Carola Wolle AfD: Und woher kommt das Geld?)

Ich wiederhole: 5 390 Millionen € pro Jahr, im Worst Case sogar 7,39 Milliarden € pro Jahr. Und, wie gesagt, die Landesregierung weiß – angeblich – nichts von nichts.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Wie so oft!)

Das gilt ebenso für die Medien. Die EU ist quasi sakrosant, und niemand will die schlichte Wahrheit veröffentlichen. Dass die EU Baden-Württemberg zum Zahlmeister der EU degradiert – wir erleben es ja allesamt, dass kein einziges Medium den politischen Skandal andeutet oder öffentlich macht –, sind wir schon gewohnt. Anscheinend ist das nicht berichtenswert.

Selbstverständlich geben wir der Landesregierung Gelegenheit, unsere Untersuchungen zu prüfen und dazu Stellung zu nehmen.

(Abg. Carola Wolle AfD: Da sind wir mal gespannt!)

Ich komme zum Schluss. Glauben Sie allen Ernstes, dass durch eine gewaltige Umverteilung, durch die Plünderung der fleißigen Baden-Württemberger Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa gefördert werden? Das ist natürlich Unsinn. Die Idee der europäischen Partnerschaft war gut. Die real existierende EU ist allerdings zum Monstrum mutiert.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD)

Wir, die AfD, wollen die EU vom Kopf wieder auf die Beine stellen,

(Beifall der Abg. Carola Wolle AfD)

und die Beine sind starke Staaten mit starken Bürgern, die ihre Interessen wahrnehmen und nicht fremdbestimmt sind und die ihrer Regierung genauestens auf die Finger schauen können. So und nur so werden Frieden, Freiheit, Wohlstand und Sicherheit in Europa auf Dauer gesichert sein. Dafür kämpft die AfD, dafür kämpfen viele Bürger, und Sie werden es an der Europawahl spüren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Sehr gut!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch.

**Abg. Andreas Stoch SPD:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich denke, wenn man die grotesken Ausführungen des Vorredners gerade verfolgt hat,

(Lachen bei der AfD)

wird eines deutlich: Wer bereits mit der These in die Debatte einsteigt, dass es Deutschland heute so schlecht ginge wie noch nie, der kann sich hier nicht ans Pult stellen und eine Analyse vorlegen. Der macht nämlich einen grundlegenden Fehler, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Diese Europäische Union ist für Deutschland und für Baden-Württemberg eine extrem wichtige Einrichtung und Institution.

Aber nichts ist so gut, dass es nicht noch besser werden könnte. Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren: Wenn die CDU diese Aktuelle Debatte unter dem Titel „Europa richtig machen“ anberaumat hat, dann hat sie es zunächst einmal richtig gemacht. Kurz vor der Europawahl sollte man ruhig auch über Europa reden.

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Schöner wäre es allerdings, wenn wir nicht nur hier im Haus über Europa reden würden oder reden, sondern auch draußen im Land im Wahlkampf.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Das tun die Leute ja!)

Und während die CDU diese heutige Debatte angeregt hat, haben wir alle zur Kenntnis genommen, dass die Bundeskanzlerin als wichtigste CDU-Politikerin der Republik keinerlei

(Andreas Stoch)

Wahlkampf betreibt – nicht für Europa, nicht mal für die CDU, gar nicht. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist zu wenig Bekenntnis für Europa.

(Beifall bei der SPD)

Das wirklich Schlimme ist nicht einmal, dass die Bundeskanzlerin zu Europa nichts mehr zu sagen hat, das wirklich Schlimme ist, dass diese Tatenlosigkeit, dieses Zaudern ein Stück weit auch symptomatisch für das politische Handeln sind.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Aber wer ist denn in der Koalition in Berlin dabei?)

Zitat gefällig?

*Es fehlen die größeren Überlegungen und Visionen. Es dominiert das kleine Karo.*

Das hat Günther Oettinger gesagt, und leider hat er recht. Immer mehr Politikern reicht der Horizont nur noch bis zum Gartenzaun, und dann geht es um angstgetriebene Themen wie Grenzsicherung und Arbeitsmigration, und die alte Mär von Deutschland als Zahlmeister Europas wird wieder durch die Gegend gezogen –

(Abg. Carola Wolle AfD: Schauen Sie doch mal die Zahlen an! – Abg. Anton Baron AfD: Widerlegen Sie es doch, Herr Stoch!)

und die Krümmung von Gurken gleich hinterher. Und dann ist es nicht nur bei Populisten wohlfeil, ein bisschen über Europa zu lästern. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer so über Europa redet, braucht sich über Verdruss der Menschen in diesem Land nicht zu wundern.

(Beifall bei der SPD – Zuruf: Richtig!)

Diese Aussagen sind nicht einmal volkstümelnd, sondern nur noch von gestern. Eine Studie der Heinrich-Böll-Stiftung

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Gewerkschaftsstudie!)

von April 2019 ergibt – die Böll-Stiftung hat nichts mit der Gewerkschaft zu tun; aber das werden Sie nie begreifen –:

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Rote Statistik!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Merz!

**Abg. Andreas Stoch SPD:** Über 75 % der Deutschen wünschen sich ein kooperatives und aktives Auftreten Deutschlands in der EU, über 76 % sind der Meinung, dass Deutschland seine Ziele eher mit der EU als ohne sie erreichen kann, und 66 % glauben, dass Deutschland wirtschaftlich mehr Vor- als Nachteile durch die EU hat. Über 90 % der Deutschen wünschen sich mehr gemeinsame Anstrengungen und Ausgaben der EU-Partner, ganz besonders für Klima- und Umweltschutz, Forschung und Bildung, Sicherheit sowie Arbeit und Soziales.

Ich weiß, dass diese Regierung nicht viel von Volksbegehren hält – aber das ist, was das Volk begehrt, wenn man es fragen würde, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE – Zuruf von den Grünen: Wer hat's erfunden?)

Ja, es gibt Menschen, die genug haben von Europa. Aber die allermeisten Menschen in diesem Land haben noch nicht genug Europa. Sie wollen sogar mehr Europa, ein Europa, das mehr kann und das mehr können darf – und das schließlich auch mehr können muss.

Doch wenn eine Minderheit lauter ist als die Mehrheit, dann ist dieses Europa gefährdet. In Großbritannien sehen wir, was passiert, wenn Menschen auf Lügen hereinfliegen.

(Zuruf von der AfD: Hier auch! – Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Viele haben dort geglaubt, sie hätten zu viel Europa. Jetzt merken sie, dass ihnen ohne Europa nicht viel bleiben wird.

(Zurufe von der AfD)

Europa hat Feinde, auch in diesem Haus. Europa hat Feinde wie Orbán und Kaczyński, wie Salvini oder wie Strache in Österreich. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Europa muss von denen unterstützt und nach vorn gebracht werden, die Europa wollen, weil sie wissen: Europa ist gut für die Menschen auf diesem Kontinent.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Eigentlich wäre das eine Aufgabe für die politisch wichtigsten Menschen in diesem Land. Macron, der französische Staatspräsident, hat Vorschläge gemacht.

(Abg. Carola Wolle AfD: Da bin ich gespannt! – Abg. Anton Baron AfD: Da kommt doch nichts!)

Man muss die Vorschläge nicht alle gut finden,

(Zurufe von der AfD)

aber Macron als französischer Staatspräsident hat von einer deutschen Regierung zu erwarten, dass dazu eine fundierte Stellungnahme kommt. Die Bundeskanzlerin ist in dieser Hinsicht ein schlechtes Beispiel.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch wenn hier im Land über Europa diskutiert wird, dann kommt – durch den Ministerpräsidenten oder vorhin durch Herrn Kollegen Reinhart für die CDU – immer gleich das Wort Subsidiarität als Allzweckwaffe gegen jede Idee. Europa ist jenseits von Sonntagreden dann nur dazu da, als Sündenbock zu dienen. Die Subsidiarität ist ein Ordnungsprinzip in Europa, sie ist aber kein Schutzschild gegen mehr Europa, wenn europäische Lösungen notwendig sind, um wirkliche Probleme der Menschen zu lösen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Menschen, die das einfordern, sind die Menschen, die freitags auf die Straße gehen, nämlich Schülerinnen und Schüler,

(Abg. Carola Wolle AfD: Da werden Kinder instrumentalisiert!)

kreuz und quer in Europa. Ihnen sind Grenzen genauso egal wie Politiker, die sie als Schulschwänzer bezeichnen, und es ist ihnen egal, welcher Kleinstaat mit dem Finger auf einen

(Andreas Stoch)

anderen Kleinstaat zeigt. Sie wollen Lösungen, und sie wissen, dass es beim Klimaschutz nur gemeinsame Lösungen geben kann.

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Kommende Woche findet hier im Haus die Internationale Europa-Jugendveranstaltung statt. Reden Sie mal mit den Teilnehmern! Die wissen, dass wir andere Probleme haben als beispielsweise die angebliche Islamisierung des Abendlands.

Wir in der Politik müssten eigentlich doch mehr wissen. Wir müssten wissen, dass wir gegen Kriminalität und Terrorismus nur gemeinsam vorgehen können, mit einer wesentlich besser verzahnten europäischen Sicherheitsarchitektur.

(Zuruf von der SPD: Völlig richtig! – Abg. Klaus Dürr AfD: Und was macht die Regierung da?)

Wir sollten wissen, dass wir es nur gemeinsam schaffen, dass internationale Konzerne bei uns, wo sie die Profite erwirtschaften, auch gerechte Steuern zahlen. Das schaffen wir nicht im Nationalstaat, das schafft nur eine Europäische Union.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zurufe von der AfD)

Und wir sollten wissen, dass wir nur gemeinsam europäische Standards beim Sozialsystem und einen europäischen Mindestlohn erreichen.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Wer regiert denn?)

In Baden-Württemberg sollten wir sogar noch mehr wissen, weil wir inmitten Europas liegen, weil wir über unsere Grenzen hinweg Partnerschaften pflegen, weil wir Fachkräfte brauchen und weil wir nicht nur Autos und Menschen, sondern z. B. auch unsere duale Ausbildung exportieren können.

Wenn Deutschland laut Ja sagt zu Europa, dann müsste Baden-Württemberg am lautesten und deutlichsten Ja sagen. Dann muss sich eine Landesregierung hinstellen und klar Farbe bekennen für Europa und gegen die Feinde Europas: für mehr Europa an all den Stellen, wo Politik unterhalb der europäischen Ebene gar nichts mehr nützt, und gegen Kleinstaaterei und Nationalismus.

Dann muss auch Baden-Württemberg in Kauf nehmen, dass Europa mehr Kompetenzen braucht, um die Probleme zu lösen. Diesen Mut hatte die Generation, die das vereinte Europa schuf. Diesen Mut sollten auch wir haben.

Wenn unsere Nachbarn in Frankreich auf ihre europapolitischen Vorstöße hin keinen Mucks aus Berlin hören, dann könnten sie doch wenigstens aus Stuttgart ein Signal bekommen. Der Ministerpräsident ist sonst doch auch nicht Berlinhörig. „Europa richtig machen“ – Sie wollen wissen, wie das geht? Wenn wir „Europa machen“, dann machen wir es richtig: nicht mit Angst und Skepsis, sondern mit Mut und Zuversicht.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Andrea Bogner-Unden GRÜNE – Zuruf des Abg. Daniel Rottmann AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke das Wort.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst, Herr Kollege Reinhart, bedanke ich mich für meine Fraktion ausdrücklich dafür, dass Sie kurz vor der Europawahl dieses Thema in den Mittelpunkt der heutigen Landtagsdebatte gerückt haben. Aus unserer Sicht ist es wichtig und notwendig, vor der Europawahl ein Zeichen zu setzen, ein Zeichen in dem Sinn: Diese Wahl ist wichtig. Europa ist wichtig.

Nach unserem Eindruck läuft dieser Wahlkampf etwas lahm. Die Spitzenkandidaten der beiden sich als größer empfindenden Parteienfamilien

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

haben, glaube ich, eher anästhesistische Fähigkeiten statt das möglicherweise notwendige Charisma, um einen Wahlkampf zu führen, der die Bevölkerung tatsächlich ergreift.

(Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Aber leider könnte diese Lahmheit des Europawahlkampfes möglicherweise dazu führen, dass die Wahlbeteiligung gering ausfällt und dass die Menschen das Projekt Europa nicht mit der Bedeutung versehen, die ihm zukommt.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

– Zu Ihnen komme ich schon noch, keine Sorge.

(Abg. Anton Baron AfD: Zu uns kommt er noch!)

Dieses Projekt Europa ist von verschiedenen Seiten infrage gestellt. Wir haben nach gut 70 Jahren gemeinsamer Geschichte nach dem letzten großen Krieg erkannt, dass Europa zu einem ein Friedensprojekt ist und zum anderen ein Wohlstandsprojekt.

Entgegen den kruden Ausführungen, die von der AfD kamen, müssen wir festhalten: Es ging diesem Kontinent wirtschaftlich noch nie so gut wie zu Zeiten der Europäischen Union; das muss man sehr deutlich sagen.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU – Abg. Bernd Gögel AfD: Fehlt nur noch, dass es den Menschen gut geht!)

Dass wir seit mehr als 70 Jahren Frieden auf diesem Kontinent haben, hat auch mit der Europäischen Union zu tun. Das haben Sie nicht verstanden.

(Widerspruch bei der AfD – Abg. Bernd Gögel AfD: Sarajevo vergessen!)

Sie wollen zurück in den Nationalismus und Chauvinismus des 19. Jahrhunderts. Das ist Ihre Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD – Zuruf des Abg. Bernd Gögel AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Rülke, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Rottmann zu?

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Wenn er sich kurzfasst.

(Heiterkeit – Abg. Carola Wolle AfD: Das geht nicht von Ihrer Zeit ab; das sollten Sie wissen! – Gegenruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Die Antwort geht von seiner Zeit ab!)

**Abg. Daniel Rottmann** AfD: Vielen Dank, Herr Rülke. – Sie sprachen von dem Frieden der vergangenen 70 Jahre in Europa. Das finden wir grundsätzlich natürlich auch sehr gut.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Das ist ja immerhin etwas.

**Abg. Daniel Rottmann** AfD: Meine Frage ist, ob das ehemalige Jugoslawien für Sie zu Europa gehört oder nicht.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist ein schlechtes Beispiel!)

Vielen Dank.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Das ehemalige Jugoslawien gehörte zur Zeit dieser Kriege eben nicht zur Europäischen Union.

(Abg. Andreas Stoch SPD: So ist es!)

Genau das war der Fehler, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD – Widerspruch bei der AfD – Abg. Andreas Stoch SPD zur AfD: Das ist genau das, was Sie nicht kapiert haben!)

Sie haben es einfach nicht verstanden. Diese kleingeistige Milchmädchenrechnung, die Sie aufgemacht haben, ist typisch für Ihre Partei:

(Abg. Anton Baron AfD: Dann widerlegen Sie es doch!)

zu rechnen, was abfließt und was zurückkommt. Was Sie überhaupt nicht auf dem Schirm haben, sind die Vorteile freier Märkte und der Marktwirtschaft innerhalb der Europäischen Union und inwiefern eine exportorientierte baden-württembergische Wirtschaft davon profitiert. Das haben Sie nicht verstanden.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU – Zurufe von der AfD)

Die politische Rechte gefährdet den Frieden, wenn das Projekt Europa infrage gestellt wird und wenn Sie, meine Damen und Herren, die EU kaputt machen wollen.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD – Abg. Carola Wolle AfD: Sie gefährden den Frieden!)

Allerdings sind die Beiträge, die von der politischen Linken kommen, auch nicht alle beruhigend,

(Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

wenn die Kühnerts dieser Welt in die sozialistische Mottenkiste greifen, wenn die Habecks und Palmers von Enteignung reden. Und Ihnen, Herr Kollege Schwarz, ist am heutigen Tag zu Europa auch nur eine neue Steuer, nämlich eine CO<sub>2</sub>-Steuer, eingefallen. Das ist auch nicht die Zukunft Europas, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Deshalb ist es einfach so: Wenn die Rechte den Frieden gefährdet, so muss man gut aufpassen, dass die Linke nicht den Wohlstand Europas gefährdet. Deshalb ist es notwendig, dass die Europäische Union nach dieser Europawahl von der politischen Mitte aus geführt wird.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Carola Wolle AfD: Die politische Mitte gibt es nicht mehr! Die sind doch alle links!)

Nicht verschweigen wollen wir aber auch die Probleme, beispielsweise die Tatsache, dass die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank, dass die Politik eines Mario Draghi für die Sparerinnen und Sparer und für die Altersversorgung der Menschen höchst problematisch ist.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Da ist innerhalb Europas eine Umfinanzierung zu konstatieren – vom deutschen Sparer hin zu manchem unsoliden Finanzminister in südeuropäischen Staaten.

(Abg. Anton Baron AfD: Wie haben Sie beim Rettungsschirm abgestimmt?)

Deshalb muss mit dieser Draghi-Politik in Europa in den nächsten Jahren Schluss sein.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir halten auch nichts von bestimmten Plänen, auch wenn sie aus Frankreich kommen. Herr Kollege Stoch, Sie haben ja moniert, dass die Kanzlerin nicht darauf antwortet. Wir hätten uns an dieser Stelle auch eine Antwort gewünscht, aber eine Antwort, die deutlich macht, dass mit der Bundesrepublik Deutschland eine Schuldenunion in Europa nicht zu machen ist. Sie wäre nämlich nicht in unserem Interesse, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Und das Letzte, was auch in den folgenden Jahren vom zu wählenden Parlament und von der zu besetzenden Kommission zu lösen ist, ist die Flüchtlingsfrage. Wir müssen Fluchtursachen vor Ort bekämpfen, wir müssen die Grenzen sichern, indem wir Frontex stärken. Aber wir brauchen auch eine Verteilungspolitik innerhalb der Europäischen Union. Wir brauchen Quoten für die Flüchtlinge, die wir aufnehmen können, wollen, vielleicht auch müssen.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Es war eben ein Fehler der Kanzlerin, mit einer naiven Willkommenspolitik den Konsens der Staaten innerhalb der Europäischen Union von vornherein zu gefährden. Es ist notwendig, in den nächsten fünf Jahren zu einer neuen Regelung zu kommen, und zwar zu einer Regelung jenseits der Tatsachen, die die Bundeskanzlerin 2015 geschaffen hat. Hier brauchen wir eine andere Flüchtlingspolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Wolf das Wort.

**Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist mehrfach angesprochen worden – ich will mich dem Dank an die CDU-Fraktion durchaus anschließen –,

(Zuruf von der AfD: Eigenlob!)

dass es wichtig und richtig ist, in dieser Zeit auch den Landtag von Baden-Württemberg zu einem Ort der Debatte über Europa zu machen, und dies vor allem auch mit Blick auf den morgigen 9. Mai, an dem wir den Europatag feiern. Wir erinnern dabei an die wegweisende Erklärung des französischen Außenministers Robert Schuman aus dem Jahr 1950, in der dieser vorschlug, die französisch-deutsche Kohle- und Stahlproduktion einer übergeordneten Ebene zu unterstellen und den anderen europäischen Ländern den Beitritt zu ermöglichen. Es war eine Erklärung, deren Dimension damals möglicherweise noch gar nicht überschaubar war, die aber, wie wir heute wissen, wegweisende Bedeutung für unseren Kontinent hatte, eine Erklärung, die letztlich den Weg in ein vereintes Europa geebnet hat, eine Erklärung, die uns auch im Hier und Jetzt ermuntern sollte, die Zukunft der Europäischen Union mutig und zupackend zu gestalten.

Deshalb freue ich mich, dass auch dieser Landtag heute prominenter Platz und Ort ist, um über die Zukunft Europas zu diskutieren. Das zeigt nicht nur die hohe Wertschätzung in diesem Parlament für die europäische Idee; es zeigt auch, dass sich – sagen wir es mal so – die meisten Mitglieder des Hohen Hauses ihrer persönlichen Verantwortung bewusst sind, Europa gemeinsam richtig zu machen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP)

Der Zeitpunkt der Aktuellen Debatte könnte kaum besser gewählt sein. Im rumänischen Sibiu treffen sich morgen die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten. Der Sondergipfel wird sich damit befassen, welche Schwerpunkte die Europäische Union in den nächsten fünf Jahren setzen soll. Auch hier sind Zeitpunkt und Ort genau und bewusst gewählt. Der Europatag am 9. Mai erinnert uns an den Gründungsgedanken der EU. Sibiu – auf Deutsch Hermannstadt – steht wie kaum eine andere Stadt

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

für die Verbindung zwischen West und Ost, für die gemeinsame Vergangenheit und die gemeinsame Zukunft.

Meine Damen und Herren, ich erhoffe mir von diesem Sondergipfel auch ein klares Signal. In einem Europa, in dem vie-

le beklagen, dass es immer mehr Fliehkräfte gibt, in einem Europa, in dem es als größte Aufgabe immer stärker darum geht, den Laden zusammenzuhalten, zusammenschweißen, brauchen wir weniger Fliehkräfte, sondern mehr Ziehkräfte. Das muss die Botschaft dieses Sondergipfels sein.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Lieber Kollege Stoch, es amüsiert mich immer ein bisschen, wenn Kolleginnen und Kollegen der unterschiedlichsten Fraktionen Günther Oettinger zitieren.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: War's verkehrt?)

Denn er gibt natürlich Anlass für jeden, auch die richtige Deutung und Bewertung vorzunehmen.

(Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Aber Günther Oettinger argumentiert sehr viel differenzierter, als Sie es ihm kurzfristig zubilligen wollten.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Es kommt darauf an, zu welcher Tageszeit! – Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Wenn Günther Oettinger mit Blick auf die schwarz-rote Koalition in Berlin von europäischem Klein-Klein redet, dann könnte man auf den verwegenen Gedanken kommen, dass er dabei auch Bundesfinanzminister Olaf Scholz – Vertreter Ihrer Partei – im Auge hat, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Andreas Stoch SPD: Wir sollten lieber darüber sprechen, was in Baden-Württemberg die Regierung kann! – Gegenruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wer ist denn alles in der Regierung in Berlin?)

Insofern muss man, glaube ich, immer auch diesen Günther Oettinger differenziert zitieren. Er ist ein Glücksfall in dieser europäischen Entwicklung, auch mit Blick auf seine große Aufgabe, und er sagt zu Recht – das will ich unterstreichen –, dass wir alle uns auch von dieser Bundesregierung mehr europäischen Aufbruch erwarten, gerade in dieser schwierigen Zeit. Damit ist das Signal auch aus diesem Parlament gesetzt: Wir wollen diesen Aufbruch für Europa!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Andreas Stoch SPD – Abg. Andreas Stoch SPD: Zaghafte Klatschen bei der CDU!)

– Niemand hat Ihnen untersagt, sich dem Klatschen anzuschließen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Habe ich gemacht!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Debatte richtet aber den Blick natürlich auch auf den Wahltag am 26. Mai 2019. Da haben nämlich nicht die Regierungschefs, sondern der Souverän, die Bürgerinnen und Bürger, die Möglichkeit, eine europäische Chance wahrzunehmen. Das Wahlrecht unterscheidet den Bürger vom Untertan. Dieses Wahlrecht auch in Anspruch zu nehmen, von ihm Gebrauch zu machen, heißt, eine Chance wahrzunehmen. Chancen nicht wahrzunehmen

(Minister Guido Wolf)

heißt, Chancen zu verspielen. Wir wollen aber, dass Europa nicht ein Kontinent der verspielten Chancen wird, sondern dass Europa ein Kontinent der wahrgenommenen Chancen bleibt.

(Abg. Willi Stächele CDU: Sehr gut!)

Deshalb geht es darum, am 26. Mai nicht nur die Stimme zu erheben, sondern auch die Stimme für Europa abzugeben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Nun kann man, Kollege Sänze, in diese Debatte immer wieder mit der Frage eintreten: Was kostet uns dieses Europa auf Euro und Cent? Wie verhält sich das? Das klingt ein bisschen wie die Diskussion über eine buchhalterische Bilanz.

Ich habe mir einmal überlegt: Was sagen Sie jemandem, der Sie beobachtet, wenn Sie durch den Supermarkt gehen, mit einem vollen Wagen an der Kasse ankommen, dann die Rechnung präsentiert bekommen, Ihr Geld bezahlen, die Kasse passieren und dann gefragt werden: „Herr Sänze, jetzt haben Sie der Kassiererin gerade 102 € bezahlt. Sind Sie noch zu retten? Für was?“

(Abg. Dr. Bernd Grimmer AfD: Für Ware!)

Dann würden Sie in Ihren Warenkorb schauen und aufzählen, was Sie dafür alles an Gegenleistung bekommen haben.

(Abg. Emil Sänze AfD: Dann tun Sie es doch!)

Wir Baden-Württemberger im Herzen Europas profitieren tatsächlich. Jeder dritte Arbeitsplatz bei uns hängt an Europa.

(Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

84 Cent zahlen wir pro Tag und Bürger für Europa. Das ist – für die Raucher – der Gegenwert von zwei Zigaretten. Das ist uns Europa wert, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung redet nicht nur über Europa, sie hat mit dem Europaleitbild einen ganz konkreten Prozess auf den Weg gebracht, in dem es darum geht, auch gemeinsam mit den Menschen über die Zukunft Europas zu diskutieren, eine Agenda der EU mitzubestimmen. Dabei war ein klares Ergebnis dieser langen Debatte, dass die Menschen mit Blick auf Europa zwar auch über ökonomische Aspekte diskutieren wollen, diese ihnen auch wichtig sind, es den Menschen aber mit Blick auf Europa viel wichtiger ist, darüber zu diskutieren, dass Europa als große Wertegemeinschaft entstanden ist und dass Europa auch in der Zukunft eine solche Werte- und Rechtsgemeinschaft bleiben muss. Das ist die Sehnsucht der Menschen mit Blick auf Europa, und dem müssen wir Rechnung tragen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Europa steht für eine zuvor nie da gewesene Friedensperiode. Wer sich die Bedeutung dieses Werts immer wieder vor Au-

gen führen will, den schicke man etwa auf den Hartmannsweilerkopf,

(Abg. Gabi Rolland SPD: Genau! – Zurufe: Ja!)

wo sich Tausende von Soldaten wegen nichts und wieder nichts sinnlos die Köpfe eingeschlagen haben – ein Schlachtfeld der Sinnlosigkeit. So etwas darf sich in Europa nicht wiederholen. Dafür einzutreten, das ist Grund genug, für Europa die Stimme zu erheben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Dieses Europa ist eine Rechtsgemeinschaft.

(Zuruf von der AfD: Ach!)

Dies zu bewahren ist eine große Herausforderung. Da gibt es Angriffe, und da gibt es Entwicklungen, die man sorgfältig im Auge behalten muss.

Unser Einsatz für die Rechtsstaatlichkeit in allen EU-Staaten ist wichtig. Da richte ich den Blick in gleicher Weise nach Polen und Ungarn, wie ich ihn nach Rumänien richte, wo man offenbar Politiker straffrei stellen will, die korrupt geworden sind. All das hat mit unseren Vorstellungen von Rechtsstaatlichkeit nichts zu tun.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Wir brauchen in Zukunft wirksamere Instrumente, um die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien zu sichern. Wer sich in Zukunft nicht an die rechtsstaatlichen Spielregeln hält, der muss von den europäischen Institutionen das klare Signal bekommen, dass er künftig mit keinen Fördermitteln aus Brüssel rechnen kann – so lange, bis die Herrschaft des Rechts in den betroffenen Mitgliedsstaaten wiederhergestellt ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

Erlauben Sie mir, aus aktuellem Anlass auch einen Blick in die Türkei zu richten. Was wir dort erleben mit Blick auf die Annullierung einer Bürgermeisterwahl, diktatorisch vorgegeben, das ist ein weiterer Beleg, in welcher Weise sich die Türkei von rechtsstaatlichen Grundsätzen entfernt und zu einer Diktatur entwickelt hat. Ein solches Land hat in der Europäischen Union keinen Platz, und mit einem solchen Land können wir nicht über die Frage der Mitgliedschaft in der Europäischen Union diskutieren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nur eine zukunftsfähige EU ist für uns eine handlungsfähige EU. Europa ist zu Recht nach den Europäischen Verträgen von unten nach oben aufgebaut. Auch das ist heute mehrfach angeklungen. Ich will das unterstreichen: Es geht um das Prinzip der Subsidiarität, das wir Baden-Württemberger selbstbewusst unterstreichen und bei Bedarf auch gegen jene Kräfte in Brüssel durchsetzen, die uns hier in unseren eigenen Kompetenzen und Möglichkeiten begrenzen und beschneiden wollen. Wir im Südwesten wollen eine Europäische Union, die sich um die großen Fragen küm-

(Minister Guido Wolf)

mert – Fragen, die eine europäische Dimension haben – und die sich bei den kleinen Dingen zurückhält.

Wir haben ein Verständnis davon, dass Regionen und Kommunen Kraft und Potenzial haben und Entscheidungen vor allem dort getroffen werden, wo sie am besten getroffen werden können: nah bei den Menschen. Das ist unser Verständnis von Subsidiarität. Ein solches Europa von unten nach oben entspricht unseren Vorstellungen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU  
– Abg. Anton Baron AfD: Das wäre schön, wenn es so wäre!)

Meine Damen und Herren, die EU sollte in meinen Augen in Zukunft vorrangig das Instrument der Richtlinie nutzen, um noch mehr Spielräume für nationale und regionale Umsetzungswege zu lassen. Lassen Sie uns aber auch selbstkritisch sein: Auch wir müssen noch mehr darauf achten, bei der Umsetzung von EU-Recht nicht immer noch eins draufzusatteln.

(Abg. Joachim Kößler CDU: Gold Plating!)

– Stichwort „Gold Plating“. Dies gilt in Berlin, aber – seien wir selbstkritisch – manchmal auch in Stuttgart. Hier sollten wir uns ein Vorbild an manchen unserer europäischen Nachbarn nehmen. Diese finden oft pragmatischere und weniger belastende Wege, wenn sie EU-Recht anwenden. Lassen Sie uns dies auch mit Blick auf die Umsetzung von EU-Recht in Landesrecht noch verbessern. In unserem Koalitionsvertrag steht – ich zitiere –:

*Bei der Implementierung von EU-Recht im Land nutzen wir alle Spielräume und Möglichkeiten der Bürokratievermeidung aus.*

Ich sage: Auch an dieser Stelle können wir möglicherweise noch besser werden, und wir sollten nichts unversucht lassen, um unnötige Bürokratie abzubauen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP)

Wenn wir den Titel der heutigen Debatte ernst nehmen, dann gehören eine Vielzahl von weiteren Faktoren dazu, um Europa richtig zu machen; sie sind angeklungen. Wir stehen für eine Währungsunion, in der weiterhin – Kollege Dr. Rülke hat darauf hingewiesen – das Prinzip der Einheit von Risiko und Haftung gilt. Wir wollen kein europäisches Wunschkonzert, sondern eine sinnvolle Weiterentwicklung des Binnenmarkts und keine Vergemeinschaftung von Schulden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die globale Sicherheitslage führt uns leider allzu oft vor Augen, dass das Thema Sicherheit in der Zukunft eine größere Rolle auf der europäischen Ebene spielen muss, ob bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, der Cyberkriminalität oder des internationalen Terrorismus. Hier ist eine engere europäische Zusammenarbeit dringend notwendig.

Gleiches gilt auch für die äußere Sicherheit. Wir müssen Schritt für Schritt den Weg hin zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gehen. Ein europäischer Sicherheitsrat könnte eine wichtige Aufgabe übernehmen, vor allem dann,

wenn wir uns im EU-Außenministerrat vom Einstimmigkeitsprinzip verabschieden und Mehrheitsentscheidungen treffen würden. Europa muss handlungsfähiger werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP)

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, über fast alle diese Themen entscheiden neben der Kommission und dem Rat auch die Abgeordneten im Europäischen Parlament. Am 26. Mai ist die Bevölkerung aufgerufen, dieses Parlament zu wählen. Wir im Ministerium der Justiz und für Europa führen eine große Europawahlkampagne durch, die das einzige Ziel verfolgt, die Menschen damit zu konfrontieren, dass am 26. Mai Europawahlen stattfinden. Noch wissen das zu wenige. Da gilt es in den nächsten zweieinhalb Wochen noch einiges zu tun.

Am Montag haben wir als Höhepunkt der Kampagne eine Bustour durch alle zwölf Regionen Baden-Württembergs auf den Weg gebracht. In den letzten drei Wochen bis zur Wahl wird der Europabus der Landesregierung in 14 Städten Station machen und unter dem Motto „Deine Stimme zählt“ für eine hohe Wahlbeteiligung werben.

Wir alle können unseren Beitrag leisten. Wir alle können besondere Botschafter der europäischen Idee sein. Sprechen Sie draußen im Land mit den Menschen in Ihrem persönlichen Umfeld. Der amerikanische Informatiker und Computerpionier Alan Kay hat einmal gesagt:

*Die Zukunft kann man am besten voraussagen, wenn man sie selbst gestaltet.*

Lassen Sie uns unsere Zukunft in die Hand nehmen, lassen Sie uns gemeinsam für die Zukunft Europas eintreten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** In der zweiten Runde erteile ich das Wort für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Kößler.

**Abg. Joachim Kößler CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Im Grunde würde ich mich gern am Redebeitrag von Ihnen, Herr Sänze, abarbeiten. Ich werde es aber nicht tun. Drei Punkte müssten angesprochen werden. Heute Mittag tagt der Europausschuss. Dann werden wir uns näher mit Ihren Argumenten auseinandersetzen.

Eines ist aber klar: Jeder dritte Arbeitsplatz in Baden-Württemberg hängt von der EU ab. 5 Milliarden € gab es in der letzten Förderperiode und natürlich vieles, vieles mehr. Gehen Sie durch das Land; dann werden Sie sehen, was mit diesen Mitteln der EU gemacht wird.

Ich will mich kurz mit der Zukunft der EU befassen und will zuerst einmal ein paar Herausforderungen nennen, die ganz wichtig für die Zukunft sind. Herr Rülke, es handelt sich nicht um Probleme, sondern um Herausforderungen. Wenn man sie richtig anpackt, kann man diese auch bewältigen.

(Joachim Kößler)

Brexit: Der Ausgang ist im Moment ungewiss. Bei der mittelfristigen Finanzplanung müssen die politischen Schwerpunkte in der EU gesetzt werden. In einigen Mitgliedsstaaten gibt es nationalistische Kräfte, die die EU sehr stark bekämpfen. Das werden wir aber alles bewältigen.

Ich will auch einmal auf die europäische Industriepolitik eingehen, die meines Erachtens die Grundlage für den Wohlstand in Europa ist. Wir müssen davon ausgehen, dass der Binnenmarkt weiterhin der größte Marktplatz der Welt ist, und wir müssen uns rüsten, damit wir in Europa nicht ins Hintertreffen und nicht zwischen die Mühlsteine USA und China geraten.

Daher müssen wir versuchen, Handelsabkommen abzuschließen. Ich bin froh, dass der Europäische Gerichtshof jetzt den Weg für CETA vollständig frei gemacht hat.

(Zuruf des Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP)

Wir müssen unsere Wettbewerbsfähigkeit stärken. Wir müssen zukunftsfähige Technologien wie z. B. Digitalisierung, künstliche Intelligenz, Batterie- und Chipproduktion in Europa fördern. Hier dürfen wir nicht ins Hintertreffen kommen.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Wir müssen uns zukünftig besser aufstellen. Das geht nur gemeinsam. Wir müssen hier an einem Strang ziehen. Das gilt natürlich auch für die Sicherheits- und die Außenpolitik.

Ich will aber bei den Schwerpunkten noch einmal etwas drauflegen: Wir können in Europa nur gemeinsam handeln. Nationale Alleingänge bringen nichts. Sie schaden uns allen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Anton Baron AfD: Wieso?)

Meine Damen und Herren, wir müssen darauf achten, dass die Menschen, die Bürgerinnen und Bürger in Europa erkennen, dass diese Zusammenarbeit einen Mehrwert bringt.

Bei der Industriepolitik und bei allem, was Zukunftstechnologien betrifft, stehen wir an der Seite von Präsident Macron. Wir sind nicht mit allem einig, aber wir müssen auf diesem Weg weitergehen. Die deutsch-französische Vereinbarung über die Förderung der künstlichen Intelligenz ist ein erster Schritt dazu.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Noch einmal zurück zur Industriepolitik: Wir müssen hier China stärker als bisher beobachten. Die chinesische Seidenstraßen-Strategie muss uns Aufgabe und Herausforderung sein. Hier müssen wir stärker tätig werden. Wir müssen dem ein europäisches Modell entgegensetzen.

(Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Aha!)

Wir müssen auch dafür sorgen, dass wir mit unserer Technologie, mit unserem Wissen und mit ausreichendem Kapital den europäischen Weg gehen. Dieser europäische Weg muss wertvoll sein, er muss die Wettbewerbsbedingungen einhalten, und er muss Strukturen schaffen, die die Länder, die daran teilnehmen – anders als beim Vorgehen Chinas –, nicht abhängig machen. Daran müssen wir weiterarbeiten.

Ich weiß, ich muss zum Schluss kommen. Ich sehe das Signal der Präsidentin. Deshalb will ich am Schluss nur noch eines sagen: Wir waren am Montag in Weil am Rhein.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Ja, sehr gut!)

Dort gibt es gelebtes Europa. Dort haben wir gesehen, was man in Europa alles machen kann. Ich danke dem Ausschussvorsitzenden, dass er uns das gezeigt hat. Es ist ja seine Heimat. Willi Stächele hat uns klargemacht: Dort lebt Europa – und wir haben es erlebt.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Sehr gut!)

Zum Schluss ein Zitat des Spitzenkandidaten Weber von der Europäischen Volkspartei:

*Die EU befindet sich in einem historischen Moment. Entweder Europa wird erwachsen, oder wir werden das europäische Lebensmodell in der globalisierten Welt nicht verteidigen können.*

Tun wir alles dafür, dass wir dieses europäische Lebensmodell erhalten und ausweiten können!

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der SPD und der FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Frey.

**Abg. Josef Frey GRÜNE:** Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mein Vorredner hat es schon erwähnt: Der Europausschuss war am Montag an dem Ort, wo täglich 90 000 Menschen wissen, warum wir hier in unserer Region Sicherheit, Frieden und Wohlstand haben. Das sind nämlich die 90 000 Grenzgänger, die als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entweder in die Schweiz oder nach Frankreich oder nach Deutschland einpendeln,

(Abg. Anton Baron AfD: Was ist das denn für ein Argument?)

und das in der Art und Weise eines sozialen und gerechten Europas, an dem wir weiterhin arbeiten wollen. Denn das kommt ja bislang nicht allen zugute; ich erinnere hier nur an die Lkw-Fahrer aus osteuropäischen Ländern. Da müssen wir dafür sorgen, dass auch sie einen Ausgleich erhalten, wenn sie sich vorrangig in Deutschland oder in Frankreich aufhalten. Denn nur durch ein soziales und gerechtes Europa werden wir Sicherheit, Frieden und Wohlstand sichern.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die Mobilität, die Arbeitsmobilität und die Freizügigkeit der Arbeitnehmerschaft sind da ein Kernelement. Das funktioniert aber auf Dauer nur, wenn das sozial gestaltet wird.

Wir haben uns in Weil am Rhein die INFOBEST-Beratungsstelle angeschaut. Von diesen Beratungsstellen gibt es am Oberrhein ja vier. Dort werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beraten, aber z. B. auch Rentnerinnen und Rentner, die jeweils in anderen Ländern Renten erhalten. Solche

(Josef Frey)

INFOBEST-Beratungsstellen benötigen wir eigentlich in allen Grenzgebieten in Europa, damit in ganz Europa ein sozialer Ausgleich, eine soziale Kohäsion für soziale Grundrechte und für soziale Arbeitsverhältnisse erfolgen kann. Dafür bedarf es aber natürlich auch einer EU-Arbeitsbehörde, die diese Regeln überwacht.

Man hat 1950 eine Idee von Wirtschaftszusammenarbeit gehabt. Dieser Idee ist 2009 mit dem Lissabon-Vertrag eine Idee der Wertegemeinschaft und der Stärkung der Regionen gefolgt. Diese Wertegemeinschaft können wir jetzt nicht ohne Weiteres den Orbans und Kaczynskis überlassen. Deswegen brauchen wir weiterhin Solidarität in Europa, und es geht auch um den Nutzen von Grenzregionen und die Frage, wie sie sich gegenseitig befruchten können.

Vorhin wurde die Klimapolitik angesprochen. Es gab in der vergangenen Periode der EU z. B. am Oberrhein eine Zusammenarbeit in der Biomasseproduktion, aber auch der -verwertung – möglichst ortsnah. Da kann man natürlich besser zusammenarbeiten, wenn man in Kehl am Rhein einen 360-Grad-Blick hat und die Franzosen mit einbezieht, als wenn man nur in einem 180-Grad-Winkel in den Schwarzwald hineinschaut.

Ein anderes konkretes Beispiel, das wir auch immer wieder am Oberrhein besprechen, ist das Projekt TRISAN, mit dem die Gesundheitszusammenarbeit eruiert wird. Dort wird geschaut, wie gemeinsam Nutzen aus Infrastrukturen in der Medizin gezogen werden kann, etwa dadurch, entsprechende Krankenhausbetten für die Grenzregionen zur Verfügung zu stellen. Wie kann hier zusammengearbeitet werden? Da bringt eine Grenzregion innerhalb Europas auch einen Mehrwert für die Menschen, die dort leben.

Erinnern Sie sich an den 23. Juni 2016: An diesem Tag haben 51 % der Briten für den Austritt aus der EU gestimmt. Damals wurde ein Dominoeffekt vorausgesagt, dass nun ein Mitgliedsstaat nach dem anderen umfällt und die EU verlassen will. Aber gerade das ist nicht passiert, weil die Mehrheit der Menschen innerhalb Europas, innerhalb der Mitgliedsstaaten, wissen, dass Sicherheit, Frieden und Wohlstand durch einen Austritt in Gefahr geraten.

Deswegen möchte ich Sie bitten, dass Sie jetzt vor Ort gehen, z. B. auch zusammen mit dem Europabus der Landesregierung, und sich vor Ort für dieses Europa einsetzen – das ein sozial gerechtes sein muss, weil uns nur ein sozial gerechtes Europa Sicherheit, Wohlstand und Frieden bewahren wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Sänze.

**Abg. Emil Sänze** AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe jetzt genügend Pathos und Erinnerungen an früher gehört. Aber erklären Sie doch einmal der Bevölkerung, dass in Deutschland ein EU-Abgeordneter 800 000 Menschen braucht, die ihn wählen. Warum sind in Malta nur 80 000 und in Luxemburg nur 100 000 Bürger notwendig? Ist das Demokratie? Das ist keine Demokratie.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Hier werden wirtschaftliche Zusammenhänge hergestellt: Ich kann mich noch gut erinnern, wie die Deutschen entreichert wurden. Verluste werden solidarisiert, und Gewinne werden privatisiert.

(Zuruf von der AfD: Genau!)

Das haben wir gelebt. Die bestehende Bundesrepublik hat alles privatisiert, was gewinnträchtig war und einen Nutzen gebracht hat. Was haben wir geschaffen? Prekäre Arbeitsplätze. Erklären Sie das einmal.

Dann komme ich zu Herrn Rülke. Wissen Sie, Herr Rülke, wenn Sie über Rentner parlieren, dann sollten Sie sich an Ihre eigene Verpflichtung gegenüber Ihren Angestellten erinnern und vielleicht ihre Beiträge bezahlen. Das wäre vielleicht schöner.

(Abg. Anton Baron AfD: Bundestagsfraktion! Tun Sie nicht so unwissend!)

Eine Kennziffer muss man nennen: Ein griechischer Rentner geht mit 92 % seines letzten Einkommens in Rente, ein deutscher Rentner geht mit 42 % in Rente. Jetzt sagen Sie diesen Rentnern einmal, warum sie sich solidarisch zu Europa erklären sollen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Carola Wolle AfD: Altersarmut lässt grüßen!)

Die Altersarmut ist vorprogrammiert. Hier wird gefaselt, dass sogar unsere sozialen Systeme noch über Europa solidarisiert werden sollen. Werden Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst! Wir sind nicht dazu da, die Franzosen in den Himmel zu bringen, sondern haben dafür zu sorgen, dass es der Bevölkerung in unserem Land gut geht – und sonst niemandem.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Vielen Dank.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Es gibt auch eine geistige Altersarmut! – Gegenruf des Abg. Daniel Rottmann AfD: Kennen Sie sich da aus, Herr Rülke? – Zuruf von der AfD: Da spricht einer aus Erfahrung!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Hofelich.

**Abg. Peter Hofelich** SPD: Werte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Die CDU hat im Titel ihrer dankenswerterweise beantragten Aktuellen Debatte u. a. die Worte „richtig machen“ gewählt und spielt damit auf den Artikel „Europa jetzt richtig machen“ von Frau Kramp-Karrenbauer in der WELT an. Deswegen freut sich die CDU jetzt bestimmt, dass ich ein bisschen darauf eingehe, was der Artikel von Frau Kramp-Karrenbauer für Baden-Württemberg bedeutet. Das will ich im Folgenden tun.

„Richtig machen“ ist aus meiner Sicht nicht unbedingt, dass es dann, wenn der französische Staatspräsident an der Sorbonne eine grundsätzliche Rede zu Europa hält, keinen Kommentar von der deutschen Kanzlerin dazu gibt und dass dann, wenn er in einem flammenden Appell zu Beginn dieses Jah-

(Peter Hofelich)

res wiederholt, was ihm wichtig ist, die einzige Antwort darauf von der frisch gewählten CDU-Parteivorsitzenden stammt. Ich glaube nicht, dass dies in der Form und in der Sache richtig gemacht ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der AfD)

Im baden-württembergischen Interesse ist das jedenfalls bestimmt nicht – bei unserer speziellen Partnerschaft mit Frankreich. Das kann ich an dieser Stelle jetzt schon sagen.

Ich finde schon, wir wären gut beraten, wenn wir dazu wirklich, meine Herren Kollegen Kößler und Reinhart, eine angemessene Antwort hätten und wenn Sie auch in Berlin darauf drängen würden, dass es eine Position gibt, bei der wir mit Respekt mit dem umgehen, was Emmanuel Macron in die Debatte einbringt.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Welcher Partei gehört der deutsche Außenminister an?)

– Ja, das habe ich alles gehört. Aber er hat auch klarere Positionen, lieber Herr Kollege. Das wissen Sie auch genau.

Ich weiß übrigens auch nicht, ob es schlau ist – das hat Herr Kößler Gott sei Dank korrigiert –, dass, wenn jemand zu 10 % – – Wir sind uns alle darüber einig, dass klar sein muss: Risiko und Haftung gehören zusammen. Aber wenn 10 % der Äußerungen von jemandem mich herausfordern, bei denen ich anderer Meinung bin, dann heißt das nicht, dass ich zu den restlichen 90 % entweder keine Meinung habe oder sie ignoriere. Das geht auch nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen würde ich sagen: Da haben wir schon einen Bedarf an der Spitze. Sie wollten ja die Kanzlerin stellen. Ich finde, sie tut im Augenblick zu wenig. Das steht auf jeden Fall fest.

(Zuruf von der AfD: Sie haben sie gewählt!)

– Ja, ich weiß schon.

Übrigens – auch aus baden-württembergischem Interesse –: Ob es besonders schlau ist, dass wir in den Chor derer einstimmen, die Straßburg als Sitz des Europäischen Parlaments infrage stellen, wage ich persönlich auch zu bezweifeln. Das ist aus baden-württembergischer Sicht vielleicht auch nicht gerade das Richtige.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Ich würde hier gern eines nochmals sagen: Das soziale Europa ist dankenswerterweise gerade angesprochen worden. Wer die Lehren aus dem Brexit zieht, weiß, dass sozialer Protest auch oft in die falsche Richtung geht. Die Leute in Leeds und in Sheffield haben mit dem Brexit natürlich auch ihre Luft abgelassen, weil sie gesagt haben: Den Schnöseln in der Bankenwelt von London geben wir es aber einmal.

Deswegen sage ich Ihnen: Subsidiarität und Solidarität in Europa gehören zusammen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Diese Lehre muss man ziehen. Ich glaube nicht, dass der Ministerpräsident das Plakat der Grünen getextet hat: „Nur ein

soziales Europa ist ein starkes Europa.“ Jedenfalls habe ich ihn so hier nicht erlebt. Dennoch bin ich dankbar, dass es angesprochen worden ist. Aber es gehört eben dazu, dass man dann das „Soziale“ aus der Überschrift wie vieles andere in die Realität herunterzieht. Das heißt eben, dass wir Arbeitsmarktpolitik in Europa brauchen, dass wir auch Sozialversicherungen brauchen, die einen Rahmen bilden, dass Mindestlöhne einen Rahmen bilden. Das heißt nicht Einheitsschnitt; das heißt aber, Standards zu setzen. Deswegen muss das „Soziale“ herunter auf die Ebene und in das Leben der Menschen. Die Menschen wollen ein soziales Europa. Das ist übrigens ihr Hauptantrieb.

Deswegen sage ich – das kam heute zu kurz –: Wir, die SPD, stehen dafür – das wissen Sie –, Subsidiarität und Solidarität gehören in unserem Land zusammen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Schweickert.

**Abg. Dr. Erik Schweickert** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin der CDU-Fraktion für diese Debatte dankbar, zeigt sie doch, mit welcher kruden Vorschlägen manche in diesem Haus in diese Europawahl gehen. Um es klar zu sagen: Mit diesen Vorschlägen kommt man nicht in den Himmel, meine Damen und Herren. Vielmehr: Derjenige, der nationale Egoismen in den Vordergrund stellt, der ausgrenzt und sich abschotten will, landet ganz woanders.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

In diesem Zusammenhang müssen wir auch darüber reden, wenn hier wie vom Kollegen Kößler in Sonntagsreden solche Punkte angesprochen werden wie der, man könnte ja CETA ratifizieren: Ja, das könnte man. Man muss es einfach nur tun. Wenn man will, dass Europa auch in den Herzen der Menschen ankommt, dann wäre es sinnvoll, solche Forderungen nicht nur in Sonntagsreden aufzustellen, sondern sie einfach dort umzusetzen, wo man die Möglichkeiten dazu hat.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Trotz dieses Populismus, trotz dieser Schlechtredei, trotz der Herausforderungen durch Brexit, Schuldenmachen und Flüchtlingskrise sagen drei Viertel der Menschen in Deutschland: „Die EU ist für uns wichtig“ – dieser Wert ist seit 1983 der höchste. Das zeigt ja, dass die Menschen in Baden-Württemberg ein feines Gespür dafür haben, wenn ihnen jemand einen Bären – vielleicht einen russischen Bären – aufbinden will. Dann wird sehr schnell klar, dass diese EU einen Mehrwert hat. Deswegen war diese Debatte heute Morgen sehr wichtig.

Aber man muss mit diesem Wert und mit diesem Vertrauen natürlich auch gut umgehen. Insofern bin ich schon etwas überrascht, dass man aus den Pannen in den letzten TV-Duellen – ich erinnere nur an die Bauchlandung von Frau Merkel mit der Aussage „Mit mir wird es keine Pkw-Maut geben“ – nichts gelernt hat.

(Dr. Erik Schweickert)

Als ich mir gestern Abend das Duell Timmermans gegen Weber angesehen habe, war ich schon einigermaßen überrascht, dass man sich über Themen ausgetauscht hat, für die die beiden Herren in dem von ihnen angestrebten Amt gar nicht die volle Zuständigkeit haben. Denn wer die Leute mit Genderquoten bei der Besetzung der Kommissare lockt, oder wer sie mit dem Thema Steuerpolitik lockt, der muss wissen: Da hat man als Präsident der Kommission gar nicht viel zu sagen.

Deswegen müsste man hier klare Forderungen stellen, wie wir es mit unserem Spitzenkandidaten Andreas Glück tun.

(Zuruf von der FDP/DVP: Guter Mann!)

Wir sagen klar: Wir brauchen eine Mehrheitsentscheidung.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wo ist der Glück?)

– Er ist da, und er stärkt das Europaparlament, lieber Herr Reinhart. Wir wollen nämlich dafür sorgen, dass endlich ein Initiativrecht für Gesetze kommt und auch die Zahl der EU-Kommissare auf 18 verkleinert wird.

Das sind klare Vorschläge, meine Damen und Herren, und die muss man in den Vordergrund stellen – nicht Themen, bei denen man letztlich keine Entscheidungskompetenz hat.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Schauen wir uns an, wie die amtierenden Spitzenkandidaten auftreten. Sie haben Ihren Spitzenkandidaten angesprochen, Herr Reinhart. Wenn er in einem Interview am 21. April mit dem „Münchner Merkur“ zum Besten gibt, er wolle 1 000 überflüssige Gesetze auf europäischer Ebene abschaffen,

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

dann zeigt das doch nicht, was die EU hier an Wert bringt, sondern dann ist das nach meinem Dafürhalten kontraproduktiv. Wir sind gegen Bürokratie, wir bauen sie gern ab. Aber wenn jemand, der Kommissionspräsident werden möchte, dies in seiner Bewerbungsrede sagt, dann ist das eher ein Armutszeugnis für einen Parlamentarier, wenn man auf europäischer Ebene 1 000 überflüssigen Gesetzen zugestimmt hat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD – Abg. Bernd Gögel AfD: Minimum!)

Hier muss man selbst auch einmal von Anfang an herangehen und muss sehen: Wo ist die EU, wo hat sie einen Mehrwert? Da haben wir Liberalen eine klare Position. Wir haben einen Mehrwert in der EU, in einer europäischen Armee, bei einer gemeinsamen Grenzsicherung, bei einem echten europäischen Außenministerium. Das sind die Themen, die die Menschen interessieren, nicht Glühbirnen oder sonstige Dinge – Kollege Stoch oder andere haben es angesprochen.

Lassen Sie uns auf europäischer Ebene dazu beitragen, dass die Probleme der Menschen vor Ort in Baden-Württemberg gelöst werden. Dann gibt es auch Zustimmung, dann wird auch bei dieser Europawahl nicht nur von einer tollen EU gesprochen, sondern wird auch das Kreuz bei denen gemacht, die Europa nach vorn bringen wollen, und nicht bei denen, die

die EU am liebsten abschaffen wollen. Darum geht es bei dieser Wahl am 26. Mai.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Ich bin mir sicher, wir – alle, die das Projekt nach vorn stellen – werden dafür sorgen, dass Frieden und Freiheit auch in Zukunft erhalten werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Und deshalb CDU!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Nun erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Fiechtner.

(Zuruf: Jetzt kommt's!)

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Heute vor 74 Jahren schwiegen an allen Fronten die Waffen. Eines der mörderischsten Regime war nach langem Ringen am Boden, und es trat Freiheit wenigstens im westlichen Teil Europas ein. Leider war ein genauso mörderisches Regime im Osten weiterhin an der Macht.

Wir sind befreit worden, befreit von der Tyrannei. Das sollte uns im Gedächtnis bleiben, wenn wir überlegen, was uns überhaupt Wohlstand und Frieden sichert. Wohlstand und Frieden werden gesichert durch die Freiheit – durch die Freiheit, miteinander Verträge einzugehen,

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

miteinander Handel zu treiben, uns miteinander zu beschäftigen –

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

und nicht durch irgendein supranationales Konstrukt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wenn wir von Frieden reden, dann müssten wir sogar sagen, den größten Frieden haben militärische Systeme gebracht: NATO und Warschauer Pakt.

45 Jahre lang schwiegen dann die Waffen. Seit 1990 sind jetzt fast 30 weitere Jahre vergangen. Wir haben jetzt das Regime des schrecklichsten Regierungschefs Deutschlands seit 74 Jahren, und wir haben durch ein Konstrukt namens EU, das hier fälschlicherweise mit Europa verwechselt wird, mittlerweile zunehmend Probleme mit der Sicherheit – leider ist der Innenminister nicht mehr da.

Wir haben durch Schengen einen hohen Preis der innereuropäischen Kriminalität. Wir haben ein Invasionsverbrechen aus dem Jahr 2015. Wir haben Frieden mitnichten, einen Krieg im Balkan. Wir haben die Bedrängung des „Heerlagers der Heiligen“, Boote, mit Menschen gefüllt, kommen an die Küsten. Was soll man da machen? Lesen Sie bitte einmal das Buch von Raspail. Dann werden Sie sehen, wie ein Krieg eben auch geführt werden kann, ohne Waffen. Wir haben einen Krieg der Kulturen. Europa und die EU werden zunehmend unsicherer.

(Dr. Heinrich Fiechtner)

Wenn Sie jetzt davon reden, wir hätten so viel Wohlstandsgewinne, dann schauen Sie sich doch einmal die Entwicklung an. Die Lissabon-Strategie, die im Jahr 2000 ins Leben gerufen wurde, ist krachend gescheitert. Europa 2020, eine weitere Wohlstandsstrategie, ist ebenfalls gescheitert. Kehren Sie, die CDU – Ihre Begeisterung hält sich übrigens in Grenzen. Die einzige begeisterte Partei scheint die FDP zu sein. Die Abgeordnetenplätze der CDU sind noch nicht einmal zur Hälfte besetzt.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das liegt vielleicht am Redner!)

Kehren Sie doch zu Ihren Wurzeln zurück, und kehren Sie dahin zurück, dass Sie die deutschen Interessen endlich wieder einmal hochhalten!

(Beifall bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Betreiben Sie nicht ständig einen Ausverkauf unseres Vaterlands und nicht ein irres supranationales Produkt.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Fiechtner, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Denken Sie daran: Die Lösung ist Freiheit und sind nicht irgendwelche komischen zentralistischen Konstrukte, die zunehmend Zwangscharakter annehmen, wie wir an den ganzen Träumereien von Enteignungen, CO<sub>2</sub>-Steuern und Ähnlichem sehen können.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Zwangscharakter gibt es bei Ihnen dann!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Nun erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Gedeon.

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich war auch in Weil am Rhein, im Dreiländereck zwischen Frankreich, Deutschland und der Schweiz. Was fällt da auf, meine Damen und Herren? Herr Rülke, was fällt Ihnen da auf? Ihnen fällt es wahrscheinlich nicht auf, weil Sie eine EU-Brille aufhaben.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Eine Augenbinde! Immer, wenn Sie ans Redepult gehen!)

Aber den anderen fällt auf, dass die Schweiz nicht in der EU ist. Und wie ist das für die Schweiz? Geht es der Schweiz ganz schlecht? Diesen Eindruck hatten wir nicht. Im Gegenteil, es scheint ihr besser zu gehen. Das heißt, die Schweiz zeigt uns ganz deutlich: Es geht nicht nur ohne EU, es geht ohne die EU sogar besser! Das ist der Punkt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Aber ich frage mich, ob Sie selbst überhaupt diese großen hehren Phrasen, die Sie da gedroschen haben, glauben.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Das sind Beschwörungen, die man früher von der Kanzel hörte. Da wird von Herrn Dr. Reinhart der Erzengel bemüht. Aber

welcher Erzengel? Das frage ich Sie. Ich würde sagen: In Brüssel ist es der Erzengel Luzifer. Kennen Sie den?

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Er heißt jetzt nicht mehr Luzifer; der ist nämlich gestürzt und gefallen. Das ist jetzt der Teufel, und ich glaube, der Teufel fühlt sich in Brüssel sehr, sehr wohl, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Der Teufel ist ein waschechter Europäer!)

Die große Märchenstunde ist dann über Krieg und Frieden. Wir wissen ganz genau: Früher hieß es EWG. Das wissen noch die Älteren. Sie wurde 1957 gegründet. Dann wurde aus der EWG die EG, und wir hatten Frieden. 1992 wurde in Maastricht aus der EG die EU. Und was kam ein paar Jahre danach? Es wurde hier schon mehrfach erwähnt: ein erster großer Krieg.

Herr Rülke, Ihre Interpretation ist großartig: In Jugoslawien gab es Krieg, weil es nicht zur Europäischen Union gehörte. Das ist eine tolle Sache. Das heißt, die EU muss erst ein Land mit Bomben erobern, muss Belgrad bombardieren, muss das Kosovo kriegerisch annektieren, und dann kommt der EU-Frieden. Also Pax Romana ist gar nichts dagegen.

Meine Damen und Herren, Europa ist etwas ganz anderes als die EU. EU bedeutet Krieg, Europa braucht den Frieden. Deswegen sagen wir Ja zu Europa und Nein zur EU.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Wer ist „wir“?)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Einführung von Einwohneranträgen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden in Landkreisen – Drucksache 16/5892**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Nun erteile ich das Wort für die FDP/DVP-Fraktion Herrn Abg. Dr. Goll.

**Abg. Dr. Ulrich Goll** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Warum machen wir diesen Vorschlag zur Bürgerbeteiligung auf Kreisebene? Warum eigentlich dieser Gesetzentwurf? Man könnte diese Frage aber auch andersherum stellen: Warum eigentlich nicht? Wir Liberalen fragen lieber: „Warum eigentlich nicht?“ Das ist freundlicher, toleranter, offener. „Warum eigentlich?“ hat manchmal so eine bremsende Wirkung, von vornherein abwehrend. Ich sage Ih-

(Dr. Ulrich Goll)

nen: Dieser Gesetzentwurf eignet sich genau für diese Fragestellung besonders: Warum eigentlich nicht?

Warum ist das so? Wenn wir den Hintergrund einmal anschauen, fällt auf: Es geht eigentlich nur um eine Arrondierung, um eine Abrundung – in sachlicher Hinsicht und übrigens, wenn ich die Bundesrepublik anschau, auch in räumlicher Hinsicht. Denn im Hintergrund steht ja das Anliegen – ich glaube, das ist uns allen ein gemeinsames Anliegen –, dass wir die Menschen einladen wollen, sich an der Politik aktiv zu beteiligen.

Da hatte ich übrigens die Hoffnung, dass nun auch das Regierungsmitglied, das extra dafür bezahlt wird, solche Vorschläge zu machen, anwesend ist

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Der sucht immer noch Delegierte aus Freiburg!)

und positiv das Wort ergreift.

In der Kommission, die es hierzu einmal gab, waren wir uns jedenfalls einig, nach Möglichkeiten suchen zu wollen, wie man die Menschen dazu einlädt, sich aktiv an der Politik zu beteiligen, wie man sie überall dort einbezieht, wo es geht. Wir haben auf der Landesebene und auf der kommunalen Ebene die Instrumente auch verbessert, aber im Grunde genommen gibt es eine Lücke auf der Kreisebene. Was wir mit diesem Gesetzentwurf vorschlagen, ist eigentlich nichts anderes als eine Art Lückenschluss – der, wie gesagt, in fast allen Ländern, die überhaupt Landkreise haben, schon stattgefunden hat.

Ich weise auch darauf hin, dass wir mit diesem Gesetzentwurf eine Ungleichbehandlung beseitigen würden, die es ohne Zweifel gibt. Denn die Menschen in den Stadtkreisen sind besser dran als diejenigen, die in Landkreisen wohnen. Einwohner Stuttgarts beispielsweise können definitiv besser mitwirken als Menschen im Rems-Murr-Kreis oder im Kreis Ludwigsburg. Warum eigentlich? Ist das so in Ordnung?

Jetzt komme ich auch schon auf den einzigen Einwand zu sprechen, der immer wieder erhoben wird und über den man tatsächlich nachdenken könnte: das berühmte Beispiel der Müllverbrennung. Unter Verweis hierauf haben die Landräte ja auch Skepsis geäußert. Ich finde das an dieser Stelle vielleicht – so hätte ich es fast gesagt – ein bisschen engstirnig; denn der Entwurf tut eigentlich keinem Landkreis wirklich weh – bei allem Respekt für die Landräte.

Man hört ja manchmal als Argument die Frage: Wie ist es denn dann, wenn wir eine Müllverbrennungsanlage bauen wollen? Ich kann Ihnen genau sagen, wie das dann läuft: Die Müllverbrennungsanlage steht an einer Stelle im Kreis, und in allen anderen Regionen im Kreis haben die Bürger vielleicht gar nichts dagegen, dass sie dort steht, wo sie geplant ist.

(Abg. Ulli Hockenberger CDU: So ist es!)

Das heißt, wenn sich Menschen gegen diese Anlage wehren, werden sie sich natürlich in der Kommune dagegen wehren, wo sie hierfür vermutlich die Mehrheit bekommen – wenn sie sich denn wehren wollen. Dann haben wir aber einen kommunalen Entscheid, und eine solche Möglichkeit gibt es schon.

Insofern: Der Entwurf, den wir nun vorlegen, birgt keine wirklichen Gefahren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Aber er wäre ein gutes Signal an die Menschen: Wir wollen euch, wo es geht, an der Entscheidungsfindung beteiligen. Und das stünde der Politik gerade in der heutigen Zeit, in der häufig die Distanz zwischen Bürger und Politik beklagt wird, eigentlich gut an.

Deswegen würde ich mich freuen, wenn wir diesen Gesetzentwurf hier in zweiter Lesung gemeinsam beschließen könnten. Vielleicht ist dann ja auch das für diese Thematik bezahlte Regierungsmitglied anwesend.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Abg. Erikli.

**Abg. Nese Erikli** GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! In meinem Wahlkreis wurde vor zwei Jahren eine Geburtsstation in Radolfzell trotz großen Protests vieler Menschen geschlossen. Seitdem müssen gebärende Mütter aus Radolfzell ins Krankenhaus nach Konstanz oder Singen fahren. Nach Konstanz dauert es mit dem Pkw bei ruhiger Verkehrslage etwa 30 Minuten.

Viele Bürgerinnen und Bürger haben sich damals für den Erhalt der Station eingesetzt. Es wurden mehr als 10 000 Unterschriften gesammelt. Wenn schon vor zwei Jahren Bürgerbeteiligungsformate auf Landkreisebene möglich gewesen wären, hätten die Menschen sicherlich mit einem Bürgerbegehren versucht, die Schließung der Geburtsstation zu verhindern. Die Menschen sind davon überzeugt, dass sie bei solch wichtigen Entscheidungen mitentscheiden und mitbestimmen können sollten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Es ist offensichtlich egal, ob es um Krankenhausstandorte oder um Müllentsorgung geht: Die Menschen möchten in politische Entscheidungsprozesse besser eingebunden werden. Ja, das wirkt auch der Politikverdrossenheit entgegen.

Nach der Reform der Gemeindeordnung im Jahr 2015 gibt es nun mehr Bürgerbeteiligung auf Gemeinde- und auf Landesebene. Eine interfraktionelle Arbeitsgruppe hatte damals die Grundsätze für die Reform hin zu mehr Bürgerbeteiligung gemeinsam erarbeitet.

Damals konnte allerdings leider kein gemeinsamer Weg für die Bürgerbeteiligung auf Landkreisebene gefunden werden. Damit ist Baden-Württemberg neben Hessen das einzige Flächenland, das in den Landkreisen Bürgerbegehren, Bürgerentscheide und Einwohneranträge nicht zulässt.

Es ist kein Geheimnis, dass wir Grünen auch die Reform auf Landkreisebene wollten und weiterhin wollen. Deshalb war die Bürgerbeteiligung auf Landkreisebene Teil unseres Wahlprogramms. Innerhalb der Regierungsfractionen haben wir diesbezüglich leider unterschiedliche Positionen, was wir Grünen sehr bedauern.

(Nese Erikli)

Für diesen Gesetzentwurf braucht man sich allerdings nicht bei der FDP/DVP zu bedanken, sondern man muss sich bei „Mehr Demokratie e. V.“ bedanken.

(Abg. Ulli Hockenberger CDU: So ist es!)

Der Verein hat schon im vergangenen Jahr versucht, den Antrag auf Bürgerbeteiligung auf Landkreisebene auf den Weg zu bringen.

(Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Er hat sich bei uns bedankt!)

Wir Grünen haben den Vorstoß des Vereins unterstützt, denn wir stehen hinter diesen Forderungen nach mehr Demokratie, direkter Demokratie auf Landkreisebene.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann könnt ihr ja zustimmen!)

Nun hat die FDP/DVP den Antrag von „Mehr Demokratie e. V.“ in einigen Teilen übernommen und präsentiert sich als Partei der Demokratie und der Bürgerbeteiligung. Das sei ihr unbenommen. Was ich jedoch nicht verstehe, ist, warum die FDP/DVP bei diesem wichtigen Thema nicht erneut den Weg über eine interfraktionelle Arbeitsgruppe geht – wie 2015 bei der Reform der Bürgerbeteiligung.

Damals wurden von allen im Landtag vertretenen Fraktionen gemeinsam Möglichkeiten direktdemokratischer Mitwirkung erarbeitet. Damals haben aber Sie, werte Kolleginnen und Kollegen von der FDP/DVP, unser erarbeitetes Ergebnis am Ende nicht mitgetragen und unterstützt, weil es Ihnen zu weit ging.

Heute geht die FDP/DVP den Weg allein und riskiert damit, dass ihr Gesetzentwurf im Landtag keine Mehrheit findet. Wenn Sie es wirklich ernst gemeint hätten und ein gutes Ergebnis für diese Reform erreichen wollten, hätten Sie eine interfraktionelle Arbeitsgruppe angestrebt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Der Antrag von „Mehr Demokratie e. V.“ hat es verdient, dass hinter diesen Forderungen ein breites Bündnis steht.

Interessant ist vor allem, welche Passagen die FDP/DVP aus dem Antragsentwurf von „Mehr Demokratie e. V.“ herausgekürzt bzw. verwässert hat. Erstens: Warum setzen Sie das Abstimmungsquorum bei Bürgerentscheiden hoch und machen bürgerliche Mitbestimmung damit schwieriger? Zweitens: Der Antrag von „Mehr Demokratie e. V.“ schlägt außerdem vor, Bürgerbeteiligung auf regionaler Ebene umzusetzen. Warum haben Sie das in Ihrem Entwurf geflissentlich weggelassen und zeigen damit so wenig Vertrauen in die Demokratiefähigkeit der Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger?

Wir Grünen hätten uns gewünscht, dass man das wichtige Thema Bürgerbeteiligung auf allen politischen Ebenen und nicht zuletzt auch gemeinsam angeht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Meine Damen und Herren, was die FDP/DVP nicht klar genug erkennt, ist für uns Grüne glasklar:

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Okay, was kommt jetzt?)

Wird die Bevölkerung in politische Entscheidungsprozesse eingebunden, gibt das der Politik wichtige Impulse, und politisch komplexe Situationen sind gemeinschaftlich einfacher zu lösen. Das ist das beste Mittel gegen Politikverdrossenheit. Deshalb wollen wir Grünen die Bürgerbeteiligung auch auf Landkreisebene, und zwar ohne die Einschränkungen, die der Vorschlag der FDP/DVP vorsieht.

Direkte Demokratie hat eine politische Heimat, und diese ist hier bei uns, bei den Grünen.

(Lachen bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Abg. Daniel Rottmann AfD: Nette Idee!)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abg. Hockenberger das Wort.

**Abg. Ulli Hockenberger** CDU: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es gehört: Der Landesverband Baden-Württemberg von „Mehr Demokratie e. V.“ hatte am 14. Februar 2018 einen Volksantrag mit der Bezeichnung „Mehr Demokratie in den Landkreisen“ gestartet. Diesem lag ein entsprechender Gesetzentwurf zugrunde, der die Einführung von Einwohneranträgen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden in den Landkreisen vorsah – mit ausführlicher Begründung.

Der Verein war sich nach eigenem Bekunden seinerzeit völlig sicher, dass er innerhalb eines Jahres die dafür erforderlichen 40 000 Unterschriften zusammenbekommt, weil er sich von einem breiten gesellschaftlichen Bündnis getragen fühlte. Nach einem halben Jahr wurde das Vorhaben beendet. Es kamen 10 000 Unterschriften zusammen.

Im Vorfeld der heutigen Ersten Beratung war der Verein nunmehr erneut sehr aktiv. Unter der Überschrift „Jetzt Druck machen: Schreiben Sie Ihren Landtagsabgeordneten“ hat er einen Musterbrief zur Verfügung gestellt, den viele von Ihnen – so nehme ich an – in den letzten Tagen erhalten haben.

Da es nicht zu einem erfolgreichen Volksantrag gereicht hat, begrüßt der Verein ausdrücklich die Initiative der FDP/DVP, die mit dem von ihr vorgelegten Gesetzentwurf nun einen fast wortgleichen Gesetzentwurf in den Landtag einbringt – man könnte auch sagen: abgeschrieben hat.

Schon allein daran kann man erkennen, dass es der FDP/DVP in diesem Punkt nicht um die Sache geht. Es geht ihr darum, sich ein Stück weit die unterschiedlichen Auffassungen der Koalitionsfraktionen – das ist ja angeklungen; ich werde darauf noch zu sprechen kommen – zunutze zu machen. Das halte ich für einen untauglichen Versuch.

Sie versucht zweitens, im Kommunalwahlkampf mit diesem Thema zu punkten. Ich weiß nicht, ob sie die Menschen damit „ergreifen“ kann, wie Sie, Herr Dr. Rülke, vorhin ausgeführt haben, zumal der Inhalt des Gesetzentwurfs nur wenig

(Ulli Hockenberger)

Neues birgt. Die Einzelheiten hat Frau Erikli genannt. Das Wesentliche ist das Verändern der Quoren.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Das Zweite ist die Veränderung der Fristen für die Zulassungsentscheidung. Das hat mit dem Sitzungsrhythmus von Kreistagen zu tun. Das ist eine sinnvolle Regelung. Drittens begehrt die FDP/DVP die Einführung eines Einwohnerantrags.

Zu Recht beschränkt sich der Gesetzentwurf darauf – das will ich anmerken –, sogenannte kreiskommunale Aufgaben zum Gegenstand eines Bürgerentscheids zu machen. Viele Aufgaben, die die Landratsämter wahrnehmen – zu 80 % –, sind ja einer unmittelbaren, direktdemokratischen Mitwirkung entzogen, weil es sich um Aufgaben der unteren Verwaltungsbehörde handelt. Der Landkreistag befürchtet deswegen zu Recht, dass es zu Frustrationen bei den Bürgern führt, wenn sie feststellen müssen, dass Bürgerbeteiligung gar nicht möglich ist. Nach Auffassung von dessen Hauptgeschäftsführer könnte die Demokratie durch solche Frustrationen eher Schaden nehmen, was zu einem fatalen Bumerangeffekt führen könnte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Hockenberger, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Rülke zu?

**Abg. Ulli Hockenberger** CDU: Gleich. – Der Ehrlichkeit halber soll angemerkt werden, dass uns aus Gesprächen mit Landräten durchaus bewusst ist, dass diese Position nicht von allen Landräten gleichermaßen geteilt wird.

Herr Dr. Rülke, bitte.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Herr Kollege Hockenberger, habe ich es richtig verstanden, dass die eine Koalitionsfraktion, nämlich die Grünen, uns dafür kritisiert, dass wir zu wenig von dem Gesetzentwurf von „Mehr Demokratie“ übernommen hätten, während die andere Koalitionsfraktion, nämlich die CDU, uns dafür kritisiert, dass wir zu viel übernommen hätten?

(Zuruf: Deswegen sitzen Sie auch gerade in der Mitte!)

**Abg. Ulli Hockenberger** CDU: Nein, das haben Sie missverstanden, Herr Dr. Rülke.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Abg. Daniel Rottmann AfD: Klingt auch durchaus logisch! – Abg. Thomas Blenke CDU: Es ist alles gesagt!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, kommunale Aufgaben, die das Lebensumfeld der Bürgerinnen und Bürger betreffen, finden sich schwerpunktmäßig sozusagen auf kommunaler Ebene wieder – das wissen wir –, auf der Gemeindeebene. Es gibt durchaus aber auch Befassungen in den Landkreisen, die die Menschen bewegen. Wir haben Beispiele genannt. In der Tat – Herr Dr. Goll, Sie haben ein Beispiel aus dem Kreis Göppingen genannt –: Standortfragen bezüglich Kreiseinrichtungen sind durchaus ambivalent. So möchte jeder ein Krankenhaus, aber eine Kreismülldeponie möchte jeder nicht.

Diese Konstellationen müssen wir je nach Bevölkerungsstruktur in einem Landkreis durchaus auch bedenken, wobei wir grundsätzlich diese Formen der Bürgerbeteiligung natürlich begrüßen, weil die Demokratie davon lebt, dass sich die Menschen auch auf Landkreisebene gegebenenfalls in ihre Angelegenheiten einmischen können.

Die Landesregierung hat zu diesem Thema auf verschiedene Anfragen hin Stellung genommen. Ich verzichte auf die Aufzählung im Einzelnen. Forderungen, die in diesem Zusammenhang immer wieder erhoben worden sind, hier jetzt etwas zu tun, haben wir gehört.

Wir wissen – das hat die Kollegin Erikli gesagt –, dass der Landtag 2015 eine Öffnung in Richtung Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene beschlossen hat. Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart, diese Regelung zu evaluieren. Das soll noch in diesem Jahr geschehen. Dann, meine Damen und Herren, erfahren wir auch auf einer gesicherten Datenbasis des Innenministeriums, wie sich diese Instrumente vor Ort ausgewirkt haben, ob der Effekt, den wir uns davon versprochen haben, erreicht worden ist, oder ob die Sorge, die beispielsweise unsere Haltung geprägt hat, berechtigt ist. Ich bin der Auffassung, dass wir jetzt abwarten sollten, bis wir genau diese Informationen haben. Dann können wir auf einer gesicherten Datenbasis entscheiden.

Wir verweigern uns diesem Thema nicht grundsätzlich. Wir halten nur den Zeitpunkt an dieser Stelle für falsch. Ich persönlich bin der Auffassung, dass die wissenschaftliche Begleitung, die wir in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben haben, abgewartet werden soll. Diese soll ja beispielsweise auch ein Thema aufgreifen, das einem Bürgerentscheid immer zugeschrieben wird, wozu es aber unterschiedliche Auffassungen gibt.

Ein wesentliches Argument für Bürgerentscheide soll die von einem Bürgerentscheid ausgehende Befriedungswirkung sein. Viele Bürgerentscheide – das wissen Sie, meine Damen und Herren – gehen jedoch relativ knapp aus, und hinsichtlich einer Befriedungswirkung, die mit einem Bürgerentscheid einhergeht, habe ich bei einem Ergebnis von 51 : 49 – das ist meine persönliche Meinung – leichte Restzweifel.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Deswegen warte ich ab, bis uns diese Ausarbeitung vorliegt. Dann können wir über die weiteren Punkte diskutieren.

Deshalb glaube ich, dass heute nicht der richtige Zeitpunkt ist, um dieses Gesetz zu beschließen. Ich freue mich auf die Beratungen im Innenausschuss und auf die zweite Lesung. Dann schauen wir mal. Es wird sicher einen Zeitpunkt geben, zu dem wir in diesem Haus vielleicht mit einer gemeinsamen Initiative die Menschen erreichen und „ergreifen“ können.

In diesem Sinn: Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Rottmann.

**Abg. Daniel Rottmann** AfD: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, sehr geehrte Kollegen, meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf der FDP/DVP-Fraktion hat das Ziel, direktdemokratische Mitwirkungsmöglichkeiten auf

(Daniel Rottmann)

Landkreisebene einzuführen. Damit würden die Beteiligungs- und Mitsprachemöglichkeiten für die Bürger in Baden-Württemberg auf Landkreisebene verbessert.

Interessant dabei ist – ich zitiere aus der Begründung des Gesetzentwurfs –, dass „in fast allen anderen Bundesländern die Instrumente Einwohnerantrag, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid schon seit vielen Jahren auf der Landkreisebene etabliert sind“. Es geht hier also um direktdemokratische Elemente, die unter einer CDU-Regierung undenkbar gewesen wären – wir haben die Ausführungen im Vorfeld gehört – und die in den vorliegenden Details möglicherweise auch Grün-Rot durchgerutscht sind. Es geht um Inhalte eines Gesetzentwurfs, die man bereits mit der Verfassungsänderung 2015 – damals auf Landes- und kommunalpolitischer Ebene – hätte mit durchsetzen können.

Doch kommen wir zum Inhalt. Es sollen erstens Bürgerbegehren und Bürgerentscheide auf Landkreisebene eingeführt werden. Dabei werden auf Landkreisebene Amtshilfe, Zustimmungsquoren und Fristen an die Arbeit des Kreistags angepasst. Ansonsten enthält der Entwurf ähnliche Regelungen, wie sie auf der unteren kommunalen Ebene bestehen.

Als zweiter Punkt ist die Einführung von Einwohneranträgen auf Landkreisebene vorgesehen. Diese Einwohneranträge sollen möglich sein zu allen Themen, die in die Entscheidungskompetenz des Kreistags oder seiner Ausschüsse fallen. So weit die Sachlage.

Uns, der AfD, ist die Umsetzung direktdemokratischer Elemente von Anfang an ein wichtiges Anliegen gewesen.

(Beifall bei der AfD)

Wir stellen fest: Der vorliegende Gesetzentwurf schließt eine bestehende Lücke. Es stellt sich aber die Frage, warum man bei der Verfassungsänderung 2015 die Kreisebene nicht mit einbezogen hat. Denn politische Entscheidungen sind oft noch immer zu weit entfernt von den Interessen der Bürger.

Das wollen wir von der AfD ändern. Dazu brauchen wir in Baden-Württemberg mehr effektive und transparente Verfahren. Denn unbewegliche Abläufe – das wissen wir alle – fördern nach wie vor vor allem Politikverdrossenheit. Erforderlich ist eine Entbürokratisierung im Sinne von gesetzlichen Vereinfachungen, im Sinne von eindeutigen Gesetzen auch im Bereich der direkten Demokratie.

So etwas wie die Ablehnung einer Volksabstimmung über kostenfreie Kitas versteht der Bürger nicht. Es ist ihm nicht zu vermitteln, wenn es in Baden-Württemberg keinen Finanzierungsvorbehalt gibt, dass Abstimmungen trotzdem nicht zugelassen werden.

Statt Abstimmungen gleich wieder einzukassieren oder zu sabotieren oder ad absurdum zu führen, wäre es anständiger, gar nicht erst dafür zu stimmen, direktdemokratische Elemente zuzulassen.

(Beifall bei der AfD – Zurufe der Abg. Udo Stein und Carola Wolle AfD)

Vielleicht ist das der Grund, dass einige der Abgeordneten der Regierungsfractionen gegen den Gesetzentwurf der FDP/DVP

stimmen werden. Dann müssen sie sich nämlich gar nicht erst weiter mit dem Bürgerwillen auseinandersetzen.

Wir wollen weg von einem Dualismus zwischen Regierenden und Regierten, weg von der Vorstellung, Menschen beherrschen zu wollen. Wir möchten, dass Parlament und Bevölkerung wieder näher zusammenrücken. Wir möchten nicht, dass die Bevölkerung von parlamentarischer und exekutiver Seite abgewatscht wird.

Mein Paradebeispiel, liebe CDU, ist die Einführung der Rechtsschreibreform im Bundesgebiet. In Schleswig-Holstein hat man – anders als in den anderen Bundesländern – damals eine Volksabstimmung zugelassen. Der CDU-Regierung ist damals nichts Besseres eingefallen, als wenige Monate später das Ganze wieder einzukassieren. So sieht direkte Demokratie nicht aus.

(Beifall bei der AfD – Abg. Ulli Hockenberger CDU:  
Welcher Landkreis war das noch mal?)

– Schleswig-Holstein, das ganze Bundesland, die CDU-geführte Landesregierung.

(Abg. Anton Baron AfD: CDU ist CDU!)

Ich komme zum Schluss. Der vorliegende Gesetzentwurf bietet erstens einen wohltuenden Impuls für die direkte Demokratie. Er ist zweitens eine Chance für mehr Bürgerbeteiligung und Mitbestimmung durch die Wähler und damit drittens ein Beitrag gegen Politikverdrossenheit und für die politische Gestaltung durch den Bürger.

Der Gesetzentwurf der FDP/DVP mag vielleicht nicht der große Wurf sein, aber er schließt mehr als eine formale Lücke, und deshalb stimmen wir, die AfD-Fraktion, zu.

(Beifall bei der AfD – Abg. Andreas Deuschle CDU:  
Mal wieder!)

– Wir stimmen vernünftigen Initiativen sehr gern zu, und diese scheinen hier im Parlament häufiger von der FDP/DVP als von den Regierungsfractionen zu kommen. Aber dafür können wir nichts.

(Heiterkeit des Abg. Anton Baron AfD – Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Wenn es um direkte Demokratie geht, möchte ich alle Wahlberechtigten ermutigen, am 26. Mai zur Wahl zu gehen. Wählen Sie die Kandidaten der Alternative für Deutschland in das Europaparlament und in die Kommunalparlamente.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Abg. Raimund Haser CDU: Sie haben bei uns gar keinen! Man kann Sie gar nicht wählen! – Unruhe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Moment!

**Abg. Daniel Rottmann AfD:** Denn mit uns werden Sie auch die direkte Demokratie stärken, anders als bei den Regierungsfractionen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD – Zurufe – Anhaltende Unruhe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten.

(Abg. Raimund Haser CDU zur AfD: Bei uns bekommt ihr nicht mal eine Liste zusammen! Nicht einen einzigen Kandidaten habt ihr gefunden! – Gegenrufe von der AfD)

– Ich darf Sie bitten, Ihren Dialog draußen zu führen. Ansonsten bitte ich um mehr Ruhe.

Im Übrigen darf ich darum bitten, hier keine parteipolitische Wahlwerbung zu machen. Wir sind hier im Parlament. Wir sollten uns in der Debatte auseinandersetzen. Es ging bisher generell um eine hohe Wahlbeteiligung; daran haben wir alle ein Interesse. Die eigene parteipolitische Wahlwerbung sollte außerhalb des Parlaments stattfinden. – Vielen Dank.

Jetzt erteile ich für die SPD-Fraktion Herrn Abg. Hinderer das Wort.

(Unruhe)

– Es wäre schön, wenn er jetzt die Möglichkeit bekommt, zu reden. – Danke.

**Abg. Rainer Hinderer SPD:** Vielen Dank. – Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Zurück zum Thema. Der Gesetzentwurf mit dem Ziel der Erweiterung von direktdemokratischen Elementen auf der Ebene der Landkreise geht – wir haben es mehrfach gehört – auf eine Initiative des Vereins „Mehr Demokratie“ zurück, die uns natürlich ebenfalls bekannt ist.

Wir unterstützen die Vorschläge von „Mehr Demokratie“, Einwohneranträge, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide analog zu den Regelungen in der bereits bestehenden Gemeindeordnung auch auf der Ebene der Landkreise einzuführen, und fragen auch, wie Herr Kollege Goll: Warum eigentlich nicht?

Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern ist uns wichtig. Deshalb werden wir dem Gesetzentwurf auch zustimmen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ein Blick in die anderen Bundesländer zeigt, dass in allen anderen Ländern, in denen es überhaupt Landkreise gibt, mit Ausnahme Hessens, die Möglichkeit der Mitbestimmung auf Landkreisebene besteht und dass es dort auch durchweg gute Erfahrungen mit diesem Instrument gibt. Deshalb bin ich eigentlich guten Mutes, dass wir auch in Baden-Württemberg diesen Schritt erfolgreich meistern könnten.

Kollegin Erikli, Sie haben jetzt den Weg dahin infrage gestellt. Sie haben gesagt, die Gesetzesinitiative einer Oppositionsfraktion sei der falsche Weg, und haben eine interfraktionelle Arbeitsgruppe vorgeschlagen. Wenn es daran scheitern sollte, dass jemand eine Einladung schreiben müsste: Wir könnten das übernehmen und laden gern zu einer interfraktionellen Arbeitsgruppe zu diesem Thema ein.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP)

Allerdings bin ich mir nicht so sicher, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, ob Sie diese Einladung annehmen dürfen und annehmen werden oder ob Sie vom Ministerprä-

sidenten – er ist gerade nicht da – wieder mal zurückgepfiffen werden; ich komme gleich noch mal darauf zurück. Denn wir haben schon unsere Erfahrungen mit dem Umgang der Grünen mit direkter Demokratie.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Jetzt aber!)

Wie Sie wissen, haben wir gerade ein Volksbegehren zur Gebührenfreiheit von Kitas initiiert, um die direkte Demokratie zu stärken und die Bevölkerung bei diesem wichtigen Thema mit wirklich großer gesellschaftlicher Bedeutung zu beteiligen. Wir erfahren am eigenen Leib, wie schwierig es ist, hier die Unterstützung insbesondere auch der Grünen zu bekommen. Das bestärkt uns in unserer Ansicht, dass es bei diesem Thema doch noch viel mehr zu tun gibt als hier auch von Ihnen, Frau Erikli, angekündigt.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Stefan Räßle AfD)

Deshalb sind wir dem Verein „Mehr Demokratie“ auch dankbar, dass er dieses Thema vorantreibt und nicht lockerlässt, aber letztendlich auch wieder mal ein neues Kapitel aufschlägt unter der Überschrift „Grün-schwarze Unfähigkeit, dieses Land gemeinsam zu regieren und zu gemeinsamen Positionen zu kommen“.

Das gemeinsame Auftreten von „Mehr Demokratie“ und uns, der SPD-Fraktion, beim Volksbegehren zeigt, dass es das Ziel gibt, direkte Demokratie in Baden-Württemberg voranzubringen. Auch hier machen komischerweise die Grünen, deren ureigenes Thema es immer war, direkte Demokratie voranzubringen, nicht mit. Die Grünen, kaum sind sie an der Macht, beharren auf Stillstand und haben sich von dieser Idee verabschiedet – an vorderster Front der Ministerpräsident selbst.

(Abg. Nese Erikli GRÜNE: Ich habe doch klar gesagt, dass wir dafür sind! Sie müssen schon genau zuhören! Ich habe ganz klar gesagt, dass wir dafür sind!)

– Ich bin gerade beim Thema Kitagebührenfreiheit. Dazu pfeift Ihr Ministerpräsident auch Ihre möglichen Überlegungen zur Änderung der Verfassung im Lichte der Entscheidung des Innenministeriums zum Volksbegehren zurück. „Stuttgarter Zeitung“:

*Kretschmann pfeift Fraktion zurück*

Ich denke, er wird die Fraktion auch zurückpfeifen, wenn wir zu einer interfraktionellen Arbeitsgruppe einladen.

(Zuruf der Abg. Gabi Rolland SPD)

Insofern haben wir auch zum Thema Gebührenbefreiung seit dem Rückgriff des Ministerpräsidenten von den Grünen nichts mehr gehört. So sieht der Umgang mit direkter Demokratie unter einer grün geführten Landesregierung aus. Wir stellen uns das anders vor.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Strobl.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit dem im Entwurf vorliegenden Gesetz zur Einführung von Einwohneranträgen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden in Landkreisen möchte die FDP/DVP-Fraktion die genannten Beteiligungsmöglichkeiten auch auf der Ebene der Landkreise einführen.

Aus kommunalverfassungsrechtlicher Sicht ist es dem Grunde nach durchaus möglich, direktdemokratische Elemente auch auf der Ebene der Landkreise einzuführen. So, wie etwa ein Bürgerentscheid auf Gemeindeebene einen Gemeinderatsbeschluss ersetzen und aufheben kann, würde ein entsprechender Entscheid auf Landkreisebene Beschlüsse des Kreistags ersetzen oder aufheben. In anderen Bundesländern gibt es solche Bürgerentscheide auf Landkreisebene. Das ist die kommunalverfassungsrechtliche Lage. Ob es auch sinnvoll und nützlich ist, diese direktdemokratischen Elemente auf Landkreisebene einzuführen, ist eine andere Frage.

Jedenfalls lehnt der Landkreistag, der als kommunaler Landesverband und Vertreter der Landkreise zum Gesetzentwurf angehört worden ist, den Gesetzentwurf der FDP/DVP-Fraktion eindeutig ab. Der Gemeindetag schließt sich dem vollumfänglich an.

Der Landkreistag macht dabei deutlich, dass die direktdemokratischen Elemente auf Gemeindeebene eben nicht ohne Weiteres auf die Kreisebene übertragen werden können. Freilich gibt es auch bei den Landratsämtern durchaus Themen, die die Kreiseinwohner direkt betreffen, etwa im Bereich der Umweltverwaltung oder bei der Flüchtlingsaufnahme. Dabei wird das Landratsamt aber als untere Verwaltungsbehörde des Landes tätig und nicht für den Landkreis. Gegenüber den Einwohnerinnen und Einwohnern des Kreises wäre es sehr schwer zu vermitteln, warum genau solche Fragestellungen dann in einem Einwohnerantrag eben nicht behandelt werden können.

Diese Einschätzung des Landkreistags, dessen Mitglieder von dem Gesetzentwurf unmittelbar betroffen sind, halte ich für ein stichhaltiges Argument; das ist ernst zu nehmen und gewichtig.

Wichtig ist aus meiner Sicht auch das Argument, dass bevölkerungsreiche Teile des Kreisgebiets bei Fragen des Standorts von Einrichtungen, an denen ein unmittelbares Interesse der Bürger besteht – denken Sie etwa an ein Krankenhaus oder eine Berufsschule –, den einwohnerschwachen Bereich genauso überstimmen können wie bei der Frage des Standorts von Einrichtungen, die auf wenig Begeisterung bei der angrenzenden Bevölkerung stoßen, etwa im Bereich der Abfallentsorgung.

Bei Stadtkreisen, in denen bereits nach derzeitiger Rechtslage über diese Themen im Rahmen eines Bürgerentscheids abgestimmt werden kann, handelt es sich um ein räumlich deutlich beschränkteres Gebiet, bei dem nicht in vergleichbarer Weise eine ungleiche Bevölkerungsverteilung auftreten kann.

Daher unterscheiden sich diese beiden Fallkonstellationen erheblich voneinander. Darüber hinaus enthält der vorliegende Entwurf auch einige Schwächen in der konkreten Ausgestaltung.

Bei der Festsetzung des Quorums für den Bürgerentscheid auf 12 % der Stimmberechtigten bei Landkreisen mit bis zu

150 000 Einwohnern und auf 10 % bei Landkreisen mit mehr als 150 000 Einwohnern liegt man deutlich unter dem Quorum von 20 % in der Gemeindeordnung. Zwar ist es bei Landkreisen, die in der Regel deutlich bevölkerungsreicher sind als die meisten Gemeinden, durchaus eine Herausforderung, 10 % bis 12 % der Stimmberechtigten für ein Anliegen zu gewinnen. Dies darf aber andererseits nicht dazu führen, dass 10 % der Bürger eines Landkreises über eine Angelegenheit entscheiden, von der im Zweifel 100 % der dort lebenden Menschen betroffen sind. Insofern wäre ein solch niedriges Quorum schon für sich genommen – aus meiner Sicht jedenfalls – abzulehnen.

Gleiches gilt für die Öffnung des Einwohnerantrags für Einwohner, die das 14. Lebensjahr vollendet haben – eine Altersgrenze, die es ansonsten nirgendwo im Kommunalrecht gibt und die aus meiner Sicht jedenfalls auch nicht nachvollziehbar ist. Warum nicht das zwölfte, zehnte oder achte Lebensjahr?

Schließlich fehlt in dem vorliegenden Gesetzentwurf auch eine Regelung zur Kostenerstattung gegenüber den Städten und Gemeinden, die ausweislich des Gesetzentwurfs im Wege der Amtshilfe bei der Prüfung der Gültigkeit der Unterschriften tätig werden müssen – und zudem wohl auch für die Durchführung der Abstimmung selbst.

Alles in allem ist der Gesetzentwurf also nicht sorgfältig durchdacht. Den Bedarf für eine Einführung der genannten Instrumente auf Landkreisebene sehe ich insbesondere im Lichte der vom Landkreistag vorgetragenen durchschlagenden Bedenken nicht. Wie der Landkreis- und auch der Gemeindetag ausführen, ist der Gesetzentwurf der FDP/DVP nicht zielführend. Damit ist aus Sicht der Landesregierung dieser Gesetzentwurf auch abzulehnen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen und der AfD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen? – Ja. Herr Abg. Rottmann hat noch 23 Sekunden Redezeit.

**Abg. Daniel Rottmann** AfD: Das reicht. – Frau Landtagspräsidentin, vielen Dank. – Herr Innenminister, Sie sprachen davon, das Anliegen ernst zu nehmen. Das ist der Punkt, den wir als relativ neue Partei im Parlament bei den etablierten Parteien etwas kritisch sehen, sprich: die Anliegen ernst zu nehmen, um sie dann abzulehnen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Zuruf von den Grünen: Hä? – Abg. Nicole Razavi CDU: Aber denken darf man schon noch!)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Dann rufe ich Herrn Abg. Dr. Gedeon und Herrn Abg. Dr. Fiechtner auf. – Zuerst bitte Herr Abg. Dr. Fiechtner.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Die erste Frage des Wahl-O-Mats zur EU-Wahl lautet: „Sollen EU-weite verbindliche Bürgerentscheide eingeführt werden?“

(Dr. Heinrich Fiechter)

Die CDU lehnt es ab, bei schwierigen Sachverhalten die Bürger mit vereinfachten Ja-Nein-Abstimmungen entscheiden zu lassen, was auch kaum Wunder nimmt, hat doch selbst unser ehemaliger Ministerpräsident Oettinger die Abstimmung um den Artikel 13 nicht verstanden.

Die SPD weicht zwar aus, deutet aber an, dass man die EU-Bürgerinitiativen reformieren und das Mindestalter herabsetzen müsste.

Die AfD befürwortet Volksabstimmungen lediglich auf nationaler, Landes- und kommunaler Ebene.

Die FDP fordert – wie zu erwarten – mehr Möglichkeiten, um den Bürgerdialog zu stärken.

Wenn es danach geht, sind die Mehrheitsverhältnisse für den Gesetzentwurf eigentlich schon jetzt klar. Dennoch begrüße und unterstütze ich den Gesetzentwurf. Gerade bei der Abstimmung zu Stuttgart 21 hat der Volksentscheid Frieden in die Masse gebracht. Auch die Schweiz lebt direkte Demokratie aktiv vor.

Die Einbindung des Bürgers in die Politik hat aus meiner Sicht auch den Vorteil, dass die aktuelle Politikverdrossenheit, die man immer wieder erlebt, verschwindet. Denn wenn Bürger aktiv in Entscheidungen eingebunden sind, erfahren sie auch, was in der Politik alles für sie oder – wie im Fall der Grünen – gegen sie gemacht wird.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Gedeon, bitte, Sie haben das Wort.

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ein scheinbarer Nebenaspekt dieses Tagesordnungspunkts ist: Bei den Einwohneranträgen ist die Rede vom 14. Lebensjahr, ab dessen Vollendung man einen solchen Antrag schon mit unterschreiben kann.

Meine Damen und Herren, das nähert sich allmählich einem gewissen Wahnsinn. Eine 16-Jährige – sie ist auch noch autistisch – ist die Ikone der Klimabewegung. Jetzt werden auch schon die 14-Jährigen ins Boot geholt. Was steckt dahinter? Dahinter steckt, dass man Kinder gut indoktrinieren kann, dass sie gut geeignet sind für rot-grüne Sumpfbüchsen – Klimareligion, Fremdenkult, Deutschfeindlichkeit usw.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Jetzt nutzt man diese Zeit aus und setzt an einer scheinbaren Nebenfront das Mindestalter auf 14 Jahre herab. Ich warte darauf, dass es ein allgemeines Menschenrecht wird, dass jeder schon ab Geburt wählen darf. Dann muss das Baby irgendwo einen Kritzel machen, um das Wahlrecht wahrzunehmen.

Also, meine Damen und Herren, wenn wir noch irgendetwas Rationales haben wollen, müssen wir am 18. Lebensjahr festhalten. Diese ständige Erweiterung nach unten ist nicht demokratisch, sondern kennzeichnet totalitäre Ideologien. Die sind darauf angewiesen, dass sie die Jugend verführen. Das wollen wir hier nicht haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Deswegen: Belassen wir es beim 18. Lebensjahr!

Danke schön.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Meine Damen und Herren, jetzt liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aussprache ist beendet.

Ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/5892 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Inneres, Digitalisierung und Migration zu überweisen. – Damit sind Sie einverstanden.

Tagesordnungspunkt 2 ist damit erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Anpassung des besonderen Datenschutzrechts an die Verordnung (EU) 2016/679 und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 für Justiz- und Bußgeldbehörden sowie zur Änderung vollzugsrechtlicher Gesetze – Drucksache 16/5984**

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Minister Guido Wolf. – Bitte.

**Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das neue Datenschutzrecht gilt seit Mai des vergangenen Jahres. Nach wie vor stellt es auch die Justiz des Landes vor Herausforderungen.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf setzen wir nun noch die sogenannte JI-Richtlinie – „JI“ steht für Justiz und Inneres –, die für den Datenschutz in den Bereichen Inneres und Justiz gilt, in Landesrecht um. Sie betrifft den Justizvollzug, die Staatsanwaltschaften und die ordentlichen Gerichte in Strafsachen. Auch die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten durch Bußgeldbehörden im Zuständigkeitsbereich aller Ministerien fällt in den Anwendungsbereich der Richtlinie.

Wir haben das Vorhaben zudem zum Anlass genommen, die Sicherheit im Justizbereich durch verschiedene Maßnahmen zu stärken.

Lassen Sie mich nun auf die verschiedenen Aspekte des Gesetzentwurfs eingehen. Er sieht in Artikel 1 zunächst ein vollständig neues Gesetz zur Umsetzung der JI-Datenschutzrichtlinie vor. Hierdurch soll eine andernfalls bestehende Lücke zwischen dem Bundes- und dem Landesdatenschutzgesetz geschlossen werden.

Für die Gerichte und Staatsanwaltschaften gibt es zwar bereits weitreichende Spezialregelungen in den Prozessordnungen; sie sind jedoch, datenschutzrechtlich betrachtet, nicht abschließend.

Auch die Aufsicht durch den Landesbeauftragten für den Datenschutz ist für diesen Bereich bisher nicht geregelt.

Das subsidiär eingreifende Bundesdatenschutzgesetz erfasst zwar die Kerntätigkeit, nämlich die justizielle Tätigkeit der Gerichte und Staatsanwaltschaften, nicht jedoch deren Verwaltungsaufgaben. Diese Lücke soll geschlossen werden.

Unser Gesetz soll zur Vereinfachung auf die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes verweisen. In dem ansonsten bestehenden Dickicht von europäischem Datenschutzrecht und Bundesdatenschutzrecht halten wir das für eine vernünftige und anwenderfreundliche Lösung.

(Minister Guido Wolf)

Darüber hinaus haben wir noch eine Reihe von zusätzlichen Rechtsgrundlagen in den Entwurf aufgenommen. Diese sind bei diesem Gesetzesvorhaben vielleicht sogar die spannendsten. Sie dienen größtenteils dazu, die Sicherheit in Gerichtsgebäuden und Justizvollzugsanstalten zu erhöhen. Insbesondere sollen auch Justizbedienstete im Außendienst besser geschützt werden.

Ich erlaube mir, dazu auf eine heutige Presseberichterstattung in den „Stuttgarter Nachrichten“ hinzuweisen, in der – infolge einer Landtagsanfrage – seitens des Innenministeriums einmal mehr verdeutlicht wurde, in welcher Weise die Aggression gegen öffentlich Bedienstete und Amtsträger zunimmt. Da ist es – davon bin ich überzeugt – unsere Pflicht und Schuldigkeit, alles zu tun, um diese Personen vor solchen Angriffen zu schützen.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Wir setzen mit diesem Gesetzesvorhaben in für Justizvollzugsbeamte und Gerichtsvollzieher schwierigen Zeiten ein wichtiges Signal an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Konkret enthält der Gesetzentwurf u. a. Regelungen zu einem Datenaustausch unserer Justizvollzugsbehörden mit anderen Behörden, zum Auslesen von Datenspeichern, die in eine JVA gebracht werden, zur elektronischen Aufenthaltsüberwachung, der sogenannten elektronischen Fußfessel, und zur Sicherheitsüberprüfung von Gefangenen.

Neben diesen Aspekten enthält der Gesetzentwurf zudem Regelungen in zwei weiteren Feldern, die noch nicht Gegenstand des Anhörungsverfahrens im letzten Jahr waren.

Zum einen wurde durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24. Juli 2018 auch weiterer Regelungsbedarf für den Justizvollzug ausgelöst. Die hiernach erforderlichen Richtervorbehalte für Fixierungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Gesundheitsfürsorge im Justizvollzug sollen durch den vorliegenden Gesetzentwurf ebenfalls geschaffen werden, und hierfür soll in Abstimmung mit dem Bund und den anderen Ländern die Zuständigkeit der Amtsgerichte normiert werden. Insofern drängt auch die Zeit, denn das Urteil des Bundesverfassungsgerichts muss bis zum 30. Juni umgesetzt werden.

Zum anderen haben wir in den Entwurf – Wünschen aus der Praxis folgend – eine Rechtsgrundlage für die Mithörfunktion in mobilen Alarmgeräten für Justizbedienstete aufgenommen. Uns ist die Erhöhung der Sicherheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein wichtiges Anliegen. Durch diese Mithörfunktion soll der Schutz von Justizbediensteten, wie Gerichtsvollziehern und Betreuungsrichtern, die sich häufig unbegleitet in Wohnungen und Betriebsstätten begeben müssen, um dort Amtshandlungen vorzunehmen, gestärkt werden.

Lassen Sie mich dabei eines klarstellen: Wir wollen keine neue Form verdeckter Wohnraumüberwachung. Es geht darum, Angriffe auf Leben, Gesundheit und Freiheit unserer offenen auftretenden Bediensteten abzuwehren. Das Notfallgerät darf nur in akuten Bedrohungssituationen eingesetzt werden und nicht etwa als systematisches Überwachungsinstrument der Justiz.

Ein Gerichtsvollzieher, der bei einer Zwangsvollstreckung heftig bedroht wird, will in dieser Situation keine Abhörmaß-

nahme durchführen, sondern ausschließlich sich selbst schützen. Die beim Einsatz des Geräts alarmierte Polizei wird sich durch das Mithören im Notfall ein besseres Lagebild verschaffen können.

Gleichwohl haben wir bei der Ausarbeitung des Entwurfs selbstverständlich die besonderen Anforderungen des Grundrechts auf Unverletzlichkeit der Wohnung beachtet. Wir knüpfen dabei an eine ausdrückliche Ausnahmeregelung zum Schutz von Personen im Einsatz in Artikel 13 des Grundgesetzes an.

Um Bedenken des Landesbeauftragten für den Datenschutz Rechnung zu tragen, haben wir die Anforderungen für den Einsatz der Mithörfunktion der mobilen Alarmgeräte nochmals verschärft.

Meine Damen und Herren, im bisherigen Probebetrieb, also ohne Mithörfunktion, wurde das mobile Alarmgerät übrigens nur sehr selten ausgelöst. Der Ausnahmecharakter für einen Einsatz ist der Praxis also offenbar wohl bewusst.

Wenn wir unsere Bediensteten wirksam vor diesen zweifellos seltenen, aber im Fall der Fälle möglicherweise auch lebensgefährlichen Angriffen schützen wollen, dann sollten wir entsprechend handeln. Ich bitte Sie daher, diesem wichtigen Gesetzentwurf im weiteren Gesetzgebungsverfahren zuzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Meine Damen und Herren, für die Aussprache hat das Präsidium eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Zuerst hat das Wort für die Fraktion GRÜNE Herr Abg. Sckerl.

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl** GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Justizminister hat es schon gesagt: Mit dem Gesetzentwurf wollen wir den Datenschutz für den gesamten Geschäftsbereich des Justizministeriums stärken, neu ordnen und bereichsspezifisch an die europäische Datenschutz-Grundverordnung anpassen. Wir klären offene Rechtsfragen nach der Einführung dieses europäischen Rechts, und wir stärken die Datenaufsicht des Landesbeauftragten für den Datenschutz in der Justiz. Wir schaffen Rechtssicherheit; das ist ganz wichtig. Datenschutz gilt für alle, auch für diejenigen, die z. B. aufgrund einer Inhaftierung wenig Fürsprecher in der Gesellschaft haben.

Die europäischen Datenschutzvorschriften und die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts werden damit konsequent umgesetzt. Das ist notwendig, auch wenn die Datenschutz-Grundverordnung schon unmittelbar gilt, auch im Bereich der Justiz. Wir nutzen allerdings auch einige Öffnungsklauseln der Datenschutz-Grundverordnung. Wir setzen mit diesem Gesetz auch die sogenannte JI-Richtlinie in nationales Recht um. Last, but not least klären wir mit diesem Gesetz die Zuständigkeiten und die Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils zur Fixierung und zu Zwangsmaßnahmen in der Gesundheitsförderung.

(Hans-Ulrich Sckerl)

Aus unserer Sicht ist der Entwurf eine gelungene Kombination im Sinne der Stärkung der Datenschutz- und Bürgerrechte einerseits und der Sicherheitsinteressen unserer Bediensteten im Justizbereich andererseits. Mit den neuen Aufsichtsmöglichkeiten des Landesbeauftragten, z. B. über die Staatsanwaltschaften, gehen wir deutlich weiter als etwa die Regelungen der Großen Koalition im Bundesdatenschutzgesetz. Wir sorgen aber gleichzeitig auch für mehr Sicherheit in den Gerichtsgebäuden und insbesondere in den Haftanstalten. Gewalt in den Haftanstalten, meine Damen und Herren, tolerieren wir ausdrücklich nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen sowie der Abg. Nicole Razavi und Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Nach dem deutlichen Anstieg bei den Übergriffen gegen Justizbedienstete ist es unsere Verantwortung, alle Beteiligten besser zu schützen. Wir tun daher viel für mehr Sicherheit in den Anstalten: 218 neue Stellen für Justizvollzugsbedienstete, die Umsetzung der Empfehlungen der Expertenkommission „Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen“ oder auch das Projekt „Null Toleranz gegenüber Gewalt im Justizvollzug“. So finden sich jetzt auch in diesem Gesetzentwurf wieder einige Bausteine für mehr Sicherheit.

Wir schaffen mit diesem Gesetz Rechtssicherheit für alle Beteiligten. Denn klar ist für uns: Bürgerrechte gelten nun einmal in unserem Rechtsstaat für alle. Wir definieren dabei Eingriffsvoraussetzungen ganz klar. Eingriffe sind immer nur zum Schutz von wichtigen Rechtsgütern möglich. Auch darauf hat Justizminister Wolf schon zu Recht hingewiesen. Die Durchführung von Kontrollmaßnahmen muss künftig dokumentiert werden.

Wir stehen dazu, dass wir den Schutz unserer Justizbediensteten verbessern müssen. Das sind wir den Menschen, die jeden Tag für den Rechtsstaat in den Gerichten und Haftanstalten arbeiten, einfach schuldig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wir halten es deshalb für vertretbar – das war tatsächlich eine engagierte Diskussion bei der Formulierung des Gesetzentwurfs –, dass Justizbedienstete künftig in begründeten Ausnahmesituationen mittels Tonübertragung durch ihre mobilen Alarmgeräte die Polizei alarmieren können. Das kann und muss man kritisch sehen; das muss man auch kritisch in der Umsetzung begleiten. Aber nach den vorliegenden Erfahrungen sowohl aus dem Bereich der Justizvollzugsanstaltsbediensteten als auch der Gerichtsvollzieher ist diese Maßnahme aus unserer Sicht notwendig. Wie gesagt: Die Einsatz- und Anwendungsmöglichkeiten sind klar und eindeutig rechtsstaatlich geregelt.

Wir verbessern gleichzeitig die Zusammenarbeit der Justizvollzugsbehörden. Das gilt sowohl länderübergreifend als auch in Baden-Württemberg für die Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden. Wenn es erforderlich ist, kann künftig ein besserer Austausch stattfinden. So können z. B. Fallkonferenzen stattfinden.

Wir wollen mit diesen Regelungen einfach sicherstellen, dass wichtige Informationen in Ermittlungsverfahren nicht verloren gehen. Behördendesaster, wie wir sie im Fall Amri oder

auch beim rechtsterroristischen NSU gehabt haben, müssen der Vergangenheit angehören. Behörden müssen Daten austauschen können, wenn es tatsächlich erforderlich ist.

In der Summe, meine Damen und Herren, haben wir mit diesem Gesetz unsere Hausaufgaben aus Europa im Bereich der Justiz gemacht. Bei uns findet die Justiz, denke ich, auch mit diesem Gesetzentwurf die Beachtung und den Respekt, die sie verdient und braucht. Wir werben deshalb um Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Nun hat Herr Kollege von Eyb für die CDU-Fraktion das Wort.

**Abg. Arnulf Freiherr von Eyb** CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen, geehrte Kollegen! Der Gesetzentwurf klingt, wenn man ihn liest, etwas sperrig, und so ist es auch. Lassen Sie mich zwei Punkte herausgreifen. Minister Wolf und der Kollege Sckerl haben das Wesentliche bereits vorgebracht, weshalb ich mich kurzfassen kann.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

*Wer Recht erkennen will, muss zuvor in richtiger Weise gezweifelt haben.*

Das wusste bereits Aristoteles. In unserem Rechtsstaat ist das gelebte Verfassungspraxis. Das Bundesverfassungsgericht hat auf der Grundlage seiner Befugnis zur Normverwerfung den § 25 des Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes für teilweise verfassungswidrig erklärt. Danach dürfen auch öffentlich-rechtlich Untergebrachte nicht länger als 30 Minuten ohne richterliche Anordnung fixiert werden. Nichts anderes gilt der Sache nach auch für Fixierungen im Bereich des Justizvollzugs.

Die Zweifel der Verfassungsrichter hat das Justizministerium mit dem vorliegenden Gesetzentwurf aufgegriffen. Dieser sieht u. a. verfahrensrechtliche Bestimmungen für die richterliche Anordnung freiheitsentziehender Fixierungen vor. Will das Land verhindern, dass ab dem 1. Juli keine Fixierungen mehr durchgeführt werden dürfen – der Minister hat darauf hingewiesen –, dann sind wir zur zügigen Verabschiedung des Gesetzes aufgefordert.

Dies allein genügt jedoch nicht. Das Land trifft eine verfassungsrechtliche Verpflichtung, die Erreichbarkeit eines zuständigen Richters zu gewährleisten. Dies wird, jedenfalls bei der Anordnung von Fixierungen im Rahmen von öffentlich-rechtlicher Unterbringung, nicht ohne entsprechendes Mehrpersonal gehen können. Nach Berechnungen des Justizministeriums braucht es hierfür 20 neue Vollzeitstellen. Erforderlichenfalls müssten für die Anordnung von Fixierungen im Justizvollzug weitere Richterstellen vorgesehen werden.

Sehr zu begrüßen ist, dass die Anordnungen von Fixierungen grundsätzlich durch Richter des für die Justizvollzugsanstalt zuständigen Amtsgerichts erfolgen sollen. Ähnliches soll dem Vernehmen nach auch für Fixierungen bei Untergebrachten gelten. Die Amtsrichter haben kurze Wege und können sich so schnell vor Ort ein Bild von der Situation des konkret Betroffenen machen.

(Arnulf Freiherr von Eyb)

Der Garant für den Rechtsfrieden in unserer Gesellschaft ist und bleibt eine funktionierende und leistungsfähige Justiz. Damit einher geht die Verpflichtung des Gesetzgebers, für den Schutz der Repräsentanten des Rechtsstaats Sorge zu tragen. Das ist keine leichte Aufgabe.

In den vergangenen Jahren ist eine zunehmende Gewaltbereitschaft mit tätlichen Übergriffen auf Justizangehörige wie auch auf andere Amtsträger festzustellen. Die „Stuttgarter Nachrichten“ haben das heute als Überschrift gewählt; der Minister ist darauf bereits eingegangen. Diesem Angriff auf unseren Rechtsstaat können und wollen wir nicht tatenlos zusehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Aus diesem Grund soll mit dem vorliegenden Gesetzentwurf eine Rechtsgrundlage für die Mithörfunktion bei den mobilen Alarmgeräten der Gerichtsvollzieher und Betreuungsrichter geschaffen werden. Wenn diese in eine brenzlige Situation kommen, kann die Polizei bereits auf dem Weg zum Ort des Geschehens eine Einschätzung vornehmen. Wie auch bei den anderen Aspekten des Gesetzentwurfs wurde dabei den Argumenten des Landesdatenschutzbeauftragten Rechnung getragen. Das Mithören wird in der Regel offen erfolgen und nur noch bei drohender Gefahr möglich sein, was zunächst durch die Leitstelle zu prüfen ist.

Der Gesetzentwurf wahrt Maß und Mitte. Deshalb werden wir im Ständigen Ausschuss morgen auch Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf empfehlen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Für die AfD hat Herr Abg. Sänze das Wort.

**Abg. Emil Sänze** AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Stark erhöhter Blutdruck, Herzinfarkt, Herzflimmern, Krankenwagen, Blaulicht, Zustand kritisch – am gleichen Tag will ein Sohn seine Mutter besuchen. Er tritt der Empfangsdame im Krankenhaus entgegen und bekommt die Auskunft: „Leider kann ich nicht sagen, wo Ihre Mutter liegt.“ Frage des Sohnes: „Warum?“ Der Mann ist fassungslos. Er bekommt zur Antwort: „Ihre Mutter hat die Datenschutzerklärung nach EU-Verordnung 2016/679 nicht unterschrieben, somit kann ich Sie nicht vorlassen.“

Warum erzähle ich Ihnen das? Daran sehen Sie die Perversi- on unserer Gesetzgebung. Arztpraxen werden mitten im Pati- entenbetrieb unangemeldet kontrolliert, Ärzte und Krankenhäuser müssen Strafgebühren bezahlen, wenn sie gegen die DS- GVO verstoßen haben, Konzerne können mit bis zu 20 Mil- lionen € zur Kasse gebeten werden.

Die Einhaltung der Datenschutz-Grundverordnung kostet viel Geld. Digitalspezialisten und Abmahnanwälte werden sich daran eine goldene Nase verdienen. Der Datenschutzbeauftragte Baden-Württembergs, Stefan Brink, hat im letzten Jahr den Anfang damit gemacht: beim ersten Mal 20 000 €, beim zweiten Mal 80 000 € Strafzahlung. Eine solche Behörde sollte nicht zum Denunziantentum führen. Sie ist in der Zwischenzeit auf 60 Mitarbeiter angewachsen und einem Ministerium gleichgestellt worden.

Unsere Landesregierung sagt selbst in der Erklärung des Anpassungsgesetzes, bezogen auf die Kostenexplosion zur Einhaltung der DS-GVO, dafür sei die EU verantwortlich. Wie bitte, die EU? Heute Morgen haben wir das Spiel schon gespielt. Daran glauben Sie doch selbst nicht. Moment mal, hier stimmt doch was nicht. Merken Sie es auch? Menschen, die plötzlich sich selbst beschimpfen – interessantes Ablenkungs- manöver.

Kommen wir nun dazu, worum es hier wirklich geht. Wir sind natürlich für mehr digitale Kontrolle von Häftlingen und Strafvollzug. Allerdings sind wir nicht für verdeckte Abhörmethoden durch Justizvollzugsbeamte in privaten Wohnungen. Ich frage mich: Was machen sie da?

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

In Privatwohnungen laufen plötzlich Schließer herum, um Hausarrest durchzuführen. Die Gefängnisse sind schon überbelegt – das wissen wir alle –, und es wird wahrscheinlich an Kapazitäten mangeln.

Wir sind nicht für eine Überprüfung von Personen, die Häftlinge besuchen wollen, und möchten das auch nicht. Denn nur diejenigen Besucher, die sauber sind, können eigentlich auch zum Besuch vorgelassen werden. Unbescholtene Bürger werden unter Umständen kriminalisiert und kommen ins Visier der Justiz.

Wir sind nicht für eine totale Fixierung von Häftlingen – Arme, Beine, Rumpf –, das sind Psychoterrormethoden, und diese könnten der Folter gleichgestellt werden. Das ist eine Haft in der Haft. Sie verstoßen gegen die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, das eine richterliche Anordnung vorschreibt.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Komischerweise verlangen Sie im Gesetz mehrere Male die Löschung von Straftäterdaten, wenn es keine Anhaltspunkte für eine weitere Tat gibt. Plötzlich gibt es den Täter XY mit seinem Strafregister und seiner Personenbeschreibung nicht mehr. Tolle Idee: auf der einen Seite Folter, auf der anderen Seite Löschung von Daten.

Was denn nun? Wir erkennen hier die konträre Handschrift der CDU und der Grünen. Wir sind nicht für die Löschung von Daten, denn man soll der Polizei ihre Arbeit erleichtern und möglich machen. Sie wissen es selbst: Mordfälle werden häufig erst nach Jahrzehnten aufgeklärt. Und wenn die Daten weg sind, dann sind auch die Evaluierung, der Nachgang und die Ahndung ohne Erfolg.

Die Hülle dieses Gesetzes der DS-GVO ist ein reines Bürokratiemonster. Aber darin steckt etwas ganz anderes: Hier werden wieder Bürgerrechte beschnitten und eingegrenzt – eine echte Mogelpackung, will ich mal sagen. Ich bin gespannt, was die FDP dazu zu sagen hat. Ihre ökosozialistischen Pläne schrecken vor nichts zurück – besonders wenn es um Radikalisierungstendenzen geht –, welche Sie überhaupt aufgrund dieser ganzen undurchsichtigen Geschichte als Artikelgesetz formuliert haben, was Möglichkeiten bietet, im Gesetz noch zu variieren. Deshalb lehnen wir das in der heutigen Form ab.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Für die SPD-Fraktion spricht Herr Abg. Weber.

**Abg. Jonas Weber** SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich spreche zum vorliegenden Gesetzentwurf – es hilft manchmal, wenn man eine Vorlage vorher gelesen hat –:

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der vorliegende Gesetzentwurf ist in weiten Teilen die Anpassung des besonderen Datenschutzes und somit die Umsetzung des europäischen Rechts – in weiten Teilen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wirft man jedoch einen Blick in den aktuellen Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, so liest man dort:

*Meine schwerwiegendsten Bedenken richten sich dabei nicht gegen die Vorschriften, die der unmittelbaren Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 dienen. Vielmehr bezogen sich diese auf die Regelungen über die Videoüberwachung in Gefangenen-Vorführbereichen von Gerichtsgebäuden und die Rechtsgrundlage für verdeckte Tonaufnahmen durch im Außendienst tätige Justizbedienstete.*

Der Landesdatenschutzbeauftragte greift die zwei wesentlichen Fehler des vorliegenden Entwurfs auf.

Im Ziel, liebe Kolleginnen und Kollegen – Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter –, sind wir alle einig. Aber mit Ihrem Weg sind Sie verfassungsrechtlich auf dem Holzweg. Datenschutz ernst zu nehmen bedeutet, möglichst wenig Daten zu erfassen und diese so kurz wie möglich zu speichern. Selbstverständlich sind die verfassungsrechtlichen Grenzen einzuhalten.

Sie wollen die Videoüberwachung in Gefangenenvorführbereichen. Das ist in Ordnung. Aber begrenzen Sie die Speicherdauer auf ein notwendiges Minimum – angemessen wären nicht vier Wochen, sondern eine Woche. Eine Löschung solcher sensibler Aufnahmen sollte unverzüglich erfolgen, spätestens nach sieben Tagen.

Viel gravierender ist jedoch Ihr Vorschlag heimlicher Tonaufnahmen, wie er sich in § 6 des Entwurfs findet. Offensichtlich war Ihnen dies auch bewusst; anders kann ich mir jedenfalls nicht erklären, warum dieser § 6 erst nach der öffentlichen Anhörung in den Entwurf kam.

Schon heute können Justizbedienstete mittels eines Alarmgeräts bei Gefahr für Leib und Leben ein Signal mit Standortdaten übermitteln. 300 solcher Geräte sind bereits vorhanden und im Einsatz. Nun wollen Sie eine weitere Funktion der Geräte aktivieren. Zukünftig soll es möglich sein, klammheimlich Tonaufnahmen aus einer Wohnung an eine Leitstelle zu übermitteln. Wohnungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, stehen unter besonderem Schutz. Artikel 13 unseres Grundgesetzes garantiert die Unverletzlichkeit des privaten Wohn- und Lebensbereichs. Heimliche Tonaufnahmen werden zudem an einen privaten Dienstleister übermittelt werden und dort mit einer Speicherfrist von bis zu einem Jahr vorrätig sein.

Aus unserer Sicht sind drei Punkte zu kritisieren: heimliche Abhörmöglichkeit, Beauftragung einer privaten Leitstelle und die einjährige Speicherfrist.

(Beifall bei der SPD)

Erinnern Sie sich noch an die Debatte zur Einführung der Bodycam? Das war eine Debatte, in der wir Sie, liebe grüne Koalition, schon einmal auf den Boden der Tatsachen holen mussten, indem wir den Schutz von Freiheits- und Bürgerrechten in Erinnerung rufen mussten. Denn wie verhält es sich bei der Bodycam? Verdeckter Einsatz in Wohnungen? Fehlanzeige. Private Unternehmen statt staatlicher Stellen? Fehlanzeige. Speicherfrist von einem Jahr? Fehlanzeige. Es war Ihr Innenminister, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, der hier vor wenigen Wochen nochmals betont hat, dass die Daten der Bodycam in Baden-Württemberg eben nicht auf privaten Servern lagern.

Liebe Grüne, wo bleibt Ihr Aufschrei? Wo bleibt Ihr Einsatz? Wir jedenfalls können einer solchen Entwicklung nicht zustimmen. Wir wollen Datenschutz und den Schutz der Justizbediensteten in Einklang bringen. Für uns gibt es nicht die eine ohne die andere Seite, und dazu gehört eine verfassungskonforme Regelung.

Überhaupt: Warum legen Sie an den Einsatz der Bodycam andere Maßstäbe an als an den Einsatz eines Geräts für Justizbedienstete? Mich würde interessieren, ob Sie sich von der Technik, die Sie da anpreisen, auch selbst überzeugt haben. Dieses Gerät braucht eine stabile Mobilfunkverbindung und eine GPS-Anknüpfung, damit es reibungslos funktioniert. Ich habe mir das angeschaut und habe feststellen können, dass die Geräte in Gebäuden nicht stabil funktionieren. Sie sind also bereit, für eine Technik, die nicht zu 100 % stabil funktioniert, einen schwerwiegenden Grundrechtseingriff vorzunehmen.

Ich möchte Ihnen gern die Hand ausstrecken: Machen Sie diesen Entwurf verfassungskonform. Orientieren Sie sich dabei an den Kriterien der Bodycam – kein klammheimlicher Einsatz, kein privater Dienstleister, eine kurze Speicherfrist. Dann können wir zustimmen – aber nur dann, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Das Wort hat Herr Kollege Weinmann für die FDP/DVP.

**Abg. Nico Weinmann** FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir, gleich direkt auf die wenigen, nach unserer Auffassung aber wesentlichsten Kritikpunkte zu diesem Gesetzentwurf einzugehen.

Zum mobilen Alarm: Während seitens der Gerichtsvollzieher die Mithörfunktion trotz möglicher Schwierigkeiten bei der praktischen Umsetzung begrüßt wird, da die präventive Sicherheit dadurch erhöht werde, kritisierte beispielsweise das Oberlandesgericht Karlsruhe in der Anhörung, dass die Norm keine Vorgaben zur Wahrung der Verhältnismäßigkeit enthalte. Auch müsse verdeckten Aufnahmen ein noch stärkerer Ausnahmecharakter zukommen. Weiter weist das OLG darauf hin, dass im Einzelfall eine Kollision mit dem Kernbereichsschutz und dem Schutz von Berufsheimnisträgern bestehe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, wir sind uns einig, dass der Grundgedanke, die im Einsatz befindlichen Jus-

(Nico Weinmann)

tizbeamten zu schützen – noch besser zu schützen –, richtig ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Angesichts der bisherigen Fallzahlen, wonach es innerhalb eines Jahres zu lediglich drei Alarmrufen kam, müssen die Notwendigkeit und der praktische Nutzen eines solchen Gesetzes allerdings bezweifelt werden. Insoweit teilen wir die auch vonseiten des Landesbeauftragten für den Datenschutz und des OLG Karlsruhe geäußerten grundrechtlichen Bedenken.

Der Vorschlag erscheint vielmehr als Beispiel dafür, wie Gesetze ohne einen praktischen Mehrwert – quasi auf Vorrat und Verdacht – geschaffen werden, mit ihnen aber zeitgleich essenzielle Grundrechte ausgehöhlt werden.

Bemerkenswert ist zudem, dass die Landesregierung klandestinität im Rahmen der Kostenfrage darauf hinweist, dass die im Besitz des Landes befindlichen 300 mobilen Geräte für Außendienstmitarbeiter auf Anregung der Polizei schon vor einem Jahr vorsorglich mit einer funktionierenden Abhörfunktion ausgestattet worden seien, obwohl für diesen Einsatz – wie der Landesregierung durchaus bewusst war – damals eine gesetzliche Grundlage fehlte. Auch insoweit sehen wir Klärungsbedarf.

Die Möglichkeit zur anlassbezogenen Videoüberwachung in Vorführräumen entspricht indes den praktischen Bedürfnissen und wird von uns ausdrücklich begrüßt. Gleichwohl bemängeln wir, dass im Rahmen der finanziellen Auswirkungen die Angaben zu den Mehrkosten fehlen. Es darf nämlich bezweifelt werden, dass an den Amtsgerichten die benötigte Technik bereits jetzt vorhanden ist.

Erhebliche Bedenken begegnen uns allerdings im Rahmen der Strafvorschriften – ein Punkt, der heute noch gar keine Erwähnung gefunden hat. Nach unserer Auffassung sind hier Änderungen rechtsstaatlich geboten, auch um Unsicherheiten in der Praxis zu vermeiden. Denn grundsätzlich verlangt die Richtlinie in allgemeiner Form wirksame, aber auch verhältnismäßige Sanktionen bei Verstößen gegen den Datenschutz. Die Verhältnismäßigkeit ist durch die vorliegende Umsetzung nach unserer Überzeugung nicht gewahrt.

Durch die sehr weit angelegte Fassung von § 10 Absatz 1 Nummer 1 wird schon bei einer rechtswidrigen Speicherung oder Nutzung etwa auch zu dienstlichen Zwecken der objektive Tatbestand eröffnet. Eine hinreichende Einschränkung erfolgt durch den sehr weiten Begriff der Schädigungsabsicht nicht. Es ließe sich beispielsweise vertreten, dass eine Nutzung der unrichtig verarbeiteten Daten zum Zwecke einer Strafverfolgung bereits eine Schädigungsabsicht begründet, da durch die Strafverfolgung den Betroffenen ein Schaden entsteht.

Durch eine derartige Kriminalisierung des Handelns von Justizbehörden schießt man nach unserer Überzeugung weit über das Ziel hinaus und fördert Unsicherheit in der praktischen Anwendung. Gerade für notorische Querulanten, etwa aus der Reichsbürgerszene, entsteht damit eine Möglichkeit, Verwaltungshandeln durch das Stellen von Strafanzeigen erheblich zu beeinträchtigen.

Bei alledem sollte schließlich nicht verkannt werden, dass die Adressaten des Gesetzes insbesondere Gerichte und Staatsan-

waltschaften sind, während sich beispielsweise das Bundesdatenschutzgesetz auch an andere, nicht öffentliche Stellen richtet. Ein derartiges Misstrauen gegenüber den Justizbehörden des Landes, wie es hier zum Ausdruck kommt, ist nach unserer Ansicht fehl am Platz.

Zudem leuchtet uns nicht ein, dass – wie bereits bei der Umsetzung der Datenschutz-Grundverordnung deutlich wurde – viel Widerstand in Bezug auf Bußgelder für Behörden besteht, der einzelne Mitarbeiter bei Verstößen aber kriminalisiert wird. Hier, liebe Kolleginnen und Kollegen, besteht Korrekturbedarf.

Insoweit behalten wir uns ausdrücklich vor, entsprechende Änderungsanträge einzubringen, falls seitens der Landesregierung nicht eine gebotene Korrektur erfolgt.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen, meine Damen und Herren. Damit ist die Aussprache beendet.

Ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/5984 zur weiteren Beratung an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Punkt 3 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Versicherungen und andere Möglichkeiten der Risiko- und Schadensminimierung bei wetterbedingten Schadergebnissen in Landwirtschaft, Obst-, Wein- und Gartenbau – Drucksache 16/2053**

Hierzu hat das Präsidium folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Zuerst hat Herr Kollege Hahn für die Grünen das Wort.

**Abg. Martin Hahn GRÜNE:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Der Klimawandel zeigt in den letzten Jahren ein sehr deutliches und scharfes Gesicht, vor allem für Landwirtinnen und Landwirte in Baden-Württemberg. Starke Wetterextreme, Starkregen, Hagel, Spätfrostereignisse, Frühblüten werden in der Landwirtschaft zu Risikofaktoren und prägen das Bild.

Solche Ereignisse hatten bereits erhebliche Auswirkungen. Dadurch sind große Schäden in unserem Land entstanden. Ich erinnere daran: 2011 betrug der Schaden in Baden-Württemberg schwerpunktmäßig im Bereich Weinbau rund 30 Millionen €, 2017 lagen sie durch eine Kombination aus Spätfrost und Frühblüte – eine extreme Situation – bei über 120 Millionen €, und die Dürre im letzten Jahr verursachte in Baden-Württemberg Schäden in Höhe von über 50 Millionen €. Gleichzeitig sinken die Wasserpegel.

(Martin Hahn)

Die Situation spitzt sich zu. Ich glaube, es ist dringend geboten, dass die Politik handelt und Bäuerinnen und Bauern in dieser Situation unterstützt.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Erfahrungswerte zeigen: Die Landesregierung hat gehandelt. Wir haben 2011, 2017 und 2018 Ad-hoc-Hilfen geleistet, die für die Betriebe wieder eine Liquiditätsvorsorge ermöglicht haben. Wir haben dort unterstützt, wo es zwingend war, wo Existenzen gefährdet waren. Das war wichtig und notwendig, ist aber langfristig natürlich kein Ziel und hilft uns nicht aus dieser Situation heraus. Aber die Landesregierung hat das getan, was notwendig war. Ich glaube, im Namen der Bäuerinnen und Bauern kann man sich dafür herzlich bedanken.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Klimarisiken und Wetterrisiken gab es innerhalb der Landwirtschaft natürlich immer, aber früher war eines entscheidend anders: Dann, wenn Erntegut knapp wurde, weil Trockenheit im Land herrschte, weil verschiedene Ereignisse zusammenkamen, haben sich die Preise erhöht. Das ist in einer globalisierten Welt Gott sei Dank nicht mehr so. Die Verbraucherinnen und Verbraucher in unserem Land haben es mit relativ stabilen Lebensmittelpreisen zu tun.

Wir reden schon von Erhöhungen und Schwierigkeiten, wenn es, sage ich mal, um eher kleine Probleme geht. Aber früher haben solche Situationen wie 2018 zu regionalen Hungersnöten geführt. Das haben wir Gott sei Dank dadurch im Griff, dass globalisierter Handel möglich ist. Aber die Situation für die Unternehmer vor Ort ist deswegen besonders schwierig, weil sich hierdurch die Preise regional nicht erhöhen, die Ernten aber gleichzeitig sehr, sehr gering ausfallen und kaum noch ein auskömmliches Wirtschaften ermöglichen.

Zeitgleich erleben wir eine Spezialisierung in der Landwirtschaft. Das Fremdkapital nimmt zu, Betriebe müssen sich im Bereich Obst, im Bereich Wein noch spezialisierter aufstellen. Die Betriebe verfügen nicht mehr über eine vielschichtige und vielseitige Aufstellung, die sie unterstützt hat, die auch eine gewisse Sicherheit mit sich gebracht hat.

Ich glaube, das verschärft die ganze Situation. Deswegen ist es wichtig, dass wir für die Zukunft neue Handlungsagenden auf den Weg bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Die erste Pflicht ist die Hilfe zur Selbsthilfe. Das machen wir. Das Land hat sofort gehandelt. Wir fördern Präventionsmaßnahmen im Bereich Hagelschutz, im Bereich Frostbewässerung, wir fördern Vorsorgemaßnahmen für Wasser und Wasserhaltungssysteme. All dies wird von der Landesregierung schon seit Längerem unterstützt.

Auch die Landkreise sind unterwegs, erarbeiten Pläne für den Umgang mit Wasser. Denn – das ist, glaube ich, die entscheidende Frage – Wasser braucht es auf der einen Seite zur Beregnung, zum Gießen von Kulturen, aber im Frostfall braucht es auch erhebliche Wassermengen zur Frostberegnung. Dafür ist es zwingend erforderlich, dass Landkreise und Regionalkörperschaften daran arbeiten – ich nenne es mal so –, Mas-

terpläne für Wasser bereitzustellen, um zukünftiges Wirtschaften von Landwirtinnen und Landwirten zu ermöglichen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Auch der Bund ist natürlich gefordert. Die Frage der steuerlichen Risikorücklage ist eine wesentliche Frage. Auch das ist eine Hilfe zur Selbsthilfe, die es Betrieben ermöglicht, mit Liquidität Vorsorge für extreme Ernteauffälle und fehlende Erträge zu treffen. Da fehlt uns noch die Sicherheit, die wir vom Bund gern hätten. Da brauchen wir noch mehr für die Landwirtinnen und Landwirte in unserem Land. Dort muss etwas passieren.

Gleichzeitig stellt sich die Frage – und das ist die entscheidende Frage, die es heute für mich auch zu bearbeiten gilt – nach der Mehrgefahrenabsicherung. Das ist ja auch das zentrale Anliegen in diesem Antrag. Es geht darum: Wie gehen wir hier vor?

Herr Minister, ich glaube, bis zum Sommer des vergangenen Jahres waren wir in Sachen Wasser eher einsam in der Bundesrepublik unterwegs; denn uns im Land der Sonderkulturen hat es mehrfach getroffen. Auch andere von Sonderkulturen geprägte Länder wie Rheinland-Pfalz hat es mehrfach getroffen. In der breiten Landwirtschaft in ganz Deutschland war das jedoch kein so wirkliches Thema.

Das hat sich jetzt schlagartig geändert. Durch die extreme Dürre, die viele Bundesländer getroffen hat, ist die Situation heute so, dass wir, glaube ich, sagen können: Es hat sich viel geändert. Es hat sich sozusagen die Erkenntnis durchgesetzt, dass das, was Baden-Württemberg auf den Weg bringt und auf den Weg bringen will, keine Sonderlösung für Baden-Württemberg ist, sondern dass das für die ganze Bundesrepublik notwendig ist und eine Voraussetzung dafür darstellt, dass Bäuerinnen und Bauern in einer, so sage ich mal, relativen Sicherheit, in einer relativen Absicherung weiterwirtschaften können, die es einfach braucht.

Das in Österreich praktizierte Modell einer Versicherungslösung, die staatlich unterstützt wird, um eine breite Absicherung gewährleisten zu können, welches ermöglicht, dass sich Betriebe in vielen Kulturen überhaupt erst Versicherungen leisten können, ist, glaube ich, ein wichtiges Modell. Denn es sorgt, wenn es umgesetzt ist, mittelfristig auch dafür, dass der Staat aus diesen sogenannten Ad-hoc-Hilfen herauskommt, weil dann eine Eigenvorsorge der Betriebe stattfinden kann. Das ist das wesentliche Argument, warum wir in Richtung dieser Versicherungslösung unterwegs sind. Wir glauben, dass diese Eigenhilfe, diese Selbstvorsorge die beste Vorsorge für die Betriebe in unserem Land, aber auch für das ganze Land ist. Denn Ad-hoc-Hilfen führen immer auch zu gesellschaftlichen Diskussionen, und es gibt natürlich oft auch nicht das breite Verständnis für das, was da passiert und was im Ernstfall notwendig ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Bis zum Jahr 2018 waren wir mit unseren Rufen noch sehr einsam. Jetzt haben wir breite Unterstützung, und jetzt stellt sich, wenn ich es richtig verstanden habe – ich sage es einmal so –, die Frage, ob Baden-Württemberg oder Bayern oder wir beide zusammen den Antrag in den Bundesrat einbringen, und jetzt werden wir auf fruchtbaren Boden treffen. Ich hoffe, dass

(Martin Hahn)

wir damit im Jahr 2019 die ersten Ansätze einer Versicherungslösung auf den Weg bringen können, um gerade für die Sonderkulturbetriebe in Baden-Württemberg eine Produktionsunsicherheit auf den Weg zu bringen.

Klar ist – wir haben das in der Geschichte gezeigt –: Wir lassen die Betriebe in unserem Land nicht allein. Wir unterstützen Bäuerinnen und Bauern im Wirtschaften, aber auch in der Nothilfe, und jetzt sorgen wir durch das Auf-den-Weg-Bringen einer Versicherungslösung dafür, dass das Wirtschaften in diesen Spezialkulturen in ganz Baden-Württemberg wieder zukunftsfähig sein wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie des Abg. Klaus Hoher FDP/DVP – Zuruf: Jawohl!)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Für die CDU-Fraktion hat Herr Abg. Dr. Rapp das Wort.

(Zuruf von der CDU: Guter Mann!)

**Abg. Dr. Patrick Rapp** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir seitens der Unionsfraktion sind dem Kollegen der Grünen-Fraktion dankbar dafür, dass wir uns heute im Parlament mit dem Thema „Risiko- und Schadensminimierung bei wetterbedingten Schadereignissen in Landwirtschaft, Obst-, Wein- und Gartenbau“ – ich ergänze: aber auch in der Forstwirtschaft – beschäftigen können. Das gibt uns doch die Möglichkeit, die verschiedenen Ebenen, die es bei diesem Thema zu beachten gilt, sachlich zu beleuchten.

Der Grund für die notwendige Diskussion über Risiko- und Schadensminimierung liegt zweifelsohne in den zunehmenden Extremwetterereignissen der vergangenen Jahre, aber auch in der notwendigen Klärung der Frage, wie die betroffenen Branchen, wie die Politik, aber auch wie die Gesellschaft damit künftig umgehen können und umgehen müssen.

In jüngerer Vergangenheit haben wir heftige Starkregenereignisse, Hagelniederschläge, Spätfrostereignisse, frühe oder zu frühe Blühbeginne oder auch Dürresommer – wie im vergangenen Jahr – mit Aus- und Folgewirkungen für die Branchen in Land- und Forstwirtschaft erlebt. Wir reden von Ernteausfällen, dem Verlust von Marktanteilen bis hin zu existenzbedrohenden Situationen in den Betrieben.

Aber genauso komplex, wie die Probleme sind, und genauso unterschiedlich, wie sich die Herausforderungen darstellen, so wenig einfach und einschichtig werden hier die Lösungen sein. Wer dabei suggeriert, dass man mit ein paar politischen Festlegungen oder mit vereinfachten Aussagen eine Situation, die über Jahrzehnte und aus unterschiedlichen Gründen entstanden ist, in wenigen Monaten wieder verbessern kann, der ist töricht

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

und hat die wesentlichen Zusammenhänge in Land- und Forstwirtschaft, bei den Sonderkulturen nicht erkannt, oder vielleicht ist er schlicht nicht in der Lage, dies zu tun.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Martina Braun GRÜNE)

Um was geht es, und was sind die Ansätze, die für die Zukunft helfen, Schäden und Risiken zu minimieren und die Situation langfristig wieder zu verbessern?

Eine erste Säule – Kollege Hahn hat es schon angesprochen – sind technische Lösungen, Vermeidungsstrategien in den betroffenen Branchen. Je nach Anbauform gibt es hier verschiedene einzelne Möglichkeiten, Schäden auch zu vermeiden. Wir reden über Hagelnetze, Hagelflugzeuge, mit Blick auf Frostereignisse über Frostberegnungsanlagen, wir reden besonders bei den trockenen Standorten über die Frage der Beregnung, was mit Blick auf die Dürreperiode mehr als aktuell ist.

Mit Blick auf technische Lösungsansätze kann das Land Baden-Württemberg, das zuständige Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz mit Förderprogrammen und Zuschüssen für die notwendigen Investitionen den Betrieben zur Seite stehen. Ich danke Peter Hauk und auch den regierungstragenden Fraktionen ausdrücklich dafür. Denn wir in Baden-Württemberg tun dies bereits.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Martina Braun GRÜNE)

Klar ist jedoch auch: Es handelt sich dabei um das Pflaster auf der Wunde, aber keineswegs um die Beseitigung der Wunde.

(Abg. Martin Hahn GRÜNE: Ja!)

Deswegen die zweite Säule. Auch diese hat Kollege Hahn schon angesprochen. Es ist die Frage: Wie können wir bei der Minimierung der betrieblichen Risiken vorgehen? Gerade in Baden-Württemberg mit einem Anteil kleiner Betriebe, familiengeführter Betriebe von über 90 % ist dies von erheblicher Bedeutung. In der Land- und Forstwirtschaft wie auch im Sonderkulturanbau haben diese Betriebe nicht die Größe, finanzielle Risiken in der Art, wie sie jetzt auf sie zukommen, zu stemmen.

Deswegen, aber auch aus gesellschaftlicher Verantwortung ist es wichtig, die Mehrgefahrenversicherungslösung so, wie sie auch in Österreich schon praktiziert wird, auf den Weg zu bringen. Ich bin unserem Minister Peter Hauk dankbar, dass er – auch in Kenntnis und unter Einbeziehung der Erfahrungen anderer Länder – diesen Gedanken hier schon auf den Weg gebracht hat und wir auch für 2019 Lösungen für die Landwirte und Landwirtinnen in unserem Land anstreben können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Ein weiterer Punkt sind die Risikorücklagen. Hier ist der Bund gefragt: Welche finanziellen Spielräume können wir schaffen?

All diese Lösungen, die jetzt angesprochen worden sind, sind auf jeden Fall besser als immer wieder einsetzende Ad-hoc-Katastrophenhilfen des Landes. Denn letztendlich tragen diese auch nicht durch. Vielmehr müssen wir – das ist die dritte Säule – den Blick in die Zukunft richten.

Die dritte Säule sind wir, die Gesellschaft, und zwar in mehreren Rollen. Zum einen sind wir in jüngerer Zeit immer mehr Mitentscheider darüber, was in der Landnutzung mit den Flächen passiert. Nicht selten verdichten wir mit unseren Forde-

(Dr. Patrick Rapp)

rungen und Ansprüchen die notwendige landwirtschaftliche Produktion auf immer weniger Fläche und haben damit natürlich auch ein Risikopotenzial mitzuverantworten. Ich verweise nur auf den Umgang mit Lebensmitteln. 18 Millionen t weggeworfene Lebensmittel im Jahr sprechen für sich. Damit üben wir als Konsumenten direkten Einfluss auf die Rahmenbedingungen der landwirtschaftlichen Produktion aus.

Auch die Verkürzung auf den Lösungsansatz „Wir stellen alles um auf ökologische Betriebe“ ist nicht ganz korrekt. Pfeifendeckel! Auch die Ökobetriebe sind genauso wie alle anderen Betriebe Konsumverhalten und Witterungseinflüssen gleichermaßen ausgesetzt.

Daher gilt es, diesen Mix aus technischen Maßnahmen, Versicherungslösungen und politischen Rahmenseetzungen, aber eben auch einer Änderung des Bewusstseins von uns, den Verbrauchern, für den Wert landwirtschaftlicher Produkte und damit auch das auskömmliche Honorieren der Arbeit der Landwirtinnen und Landwirte in Baden-Württemberg in Zukunft zu verbessern.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Kollege Rapp, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Abg. Dr. Patrick Rapp** CDU: Wir müssen uns – damit komme ich zum Schluss – über die sinnvollen, tragenden Maßnahmen für die Zukunft Gedanken machen und dürfen nicht bei symbolhaften kurzfristigen politischen Forderungen stehen bleiben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Gut!)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Für die AfD hat Herr Abg. Palka das Wort.

**Abg. Thomas Axel Palka** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen! Würde den Grünen irgendetwas an Hilfe bei Wetterschäden liegen, dann hätten sie am 30. Mai 2016 unbürokratisch in Braunsbach geholfen.

(Beifall bei der AfD)

Zitat damals von Ministerpräsident Kretschmann in Braunsbach: „Ich habe keinen Sack voll Gold dabei. Ich bin ja nicht der Kaiser.“ Nein, das ist er nicht, aber der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, einem Land mit elf Millionen Einwohnern.

Wir von der AfD haben mit Gummistiefeln, Schaufeln und gesammelten Geldspenden geholfen.

(Oh-Rufe)

Würden die Grünen sich wirklich für Ernteschäden durch Unwetter interessieren, dann würden sie im Einzelfall Direkthilfe leisten. Das haben sie nicht getan, das tun sie nicht, das werden sie nicht tun. Was tun sie stattdessen? Nur daherreden und so tun, als würde sie der ländliche Raum interessieren,

(Beifall bei der AfD)

und vor allem ihren Weltklimauntergangskult zelebrieren. Sie interessieren sich nicht für das Land, für den ländlichen Raum, geschweige denn für die Landwirte.

Das tun Sie in Wirklichkeit: Sie zerstören unsere wunderschöne Kulturlandschaft durch Windräder und anderen ökologischen Unsinn. Das Einzige, was Sie tun, ist, Ökobonzen noch reicher zu machen mit Zwangsstrom, den die kleinen Leute teuer bezahlen müssen.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage der Abg. Braun zu?

**Abg. Thomas Axel Palka** AfD: Nein, jetzt nicht.

(Zuruf der Abg. Martina Braun GRÜNE)

Mit Ihrem Ökowahnsinn zerstören Sie das Land und retten es nicht.

Würden Sie sich für Wetterschäden interessieren, dann würden Sie Rückstellungen bilden

(Abg. Martin Hahn GRÜNE: Zur Sache!)

– kommt, kommt! – und bei Schäden unbürokratisch helfen.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD – Abg. Anton Baron AfD: Wieso ist das nicht zur Sache?)

Das ist die Sache.

(Zuruf des Abg. Martin Hahn GRÜNE)

In Deutschland gibt es zurzeit keine Prämienunterstützung vonseiten des Staates und auch nicht von der EU. Bei wetterbedingten landwirtschaftlichen Schadensereignissen ist es den Ländern in der zweiten Säule freigestellt, Hilfe zu geben.

(Zuruf der Abg. Martina Braun GRÜNE)

Die ganzen Phänomene nennt man übrigens „Wetter“. Das hat es schon seit Jahrhunderten gegeben, und es ändert sich immer mal wieder.

(Abg. Martina Braun GRÜNE: Oh! Ja! – Abg. Anton Baron AfD: Das sollten sich die Grünen hinter die Ohren schreiben!)

Eine Pflichtversicherung lehne ich persönlich grundsätzlich ab. Ich könnte mich aber mit einer freiwilligen Schadensversicherung anfreunden,

(Zuruf des Abg. Martin Hahn GRÜNE)

die jedoch nicht gewinnorientiert arbeitet. Dadurch würde es für mehr Landwirte finanzierbar sein.

(Abg. Martin Hahn GRÜNE: Genau!)

Ist das jetzt das Thema?

(Abg. Martin Hahn GRÜNE: Ja! Sehr gut!)

– Gut, okay.

Eigentum verpflichtet, aber die Daseinsvorsorge ist auch eine wichtige Aufgabe des Staates.

(Zuruf der Abg. Martina Braun GRÜNE)

(Thomas Axel Palka)

Durch die angebliche Erderwärmung wird es künftig keine Frostschäden mehr geben, und die Grünen brauchen sich zu diesem Thema sowieso keine Sorgen mehr zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Martina Braun GRÜNE: Ach nee!)

Von der EU bekam im Jahr 2016 fast die Hälfte der Mitgliedsländer Zuschüsse für Risikomanagementmaßnahmen in einer Gesamtsumme von 2,47 Milliarden €, und wir sind als Nettoszahler immer bei den Zahlenden und nicht bei den Empfängern.

Dies ist außerdem ein klarer Wettbewerbsnachteil für die deutschen Landwirte. Weder der Bund noch die Länder unterstützen die Landwirte in Deutschland aktiv beim Risikoschutz.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Martin Hahn GRÜNE)

Stattdessen werden die verfügbaren Finanzmittel hauptsächlich für ideologische Agrar-, Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen verwendet. Wir brauchen keine grüne weltfremde Vorschreibediktatur, sondern Lösungen mit gesundem Menschenverstand.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Herr Kretschmann – leider ist unser Ministerpräsident mal wieder abwesend –, nehmen Sie einen Teil der Strafzahlungen von Porsche in Höhe von 535 Millionen € für einen Fonds für die Landwirtschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Stellen Sie die Kindergartengebühren und die Schülerbeförderung frei. Das Geld ist da. Verschwenden Sie es nicht für Umweltblödsinn.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Oh-Rufe)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Für die SPD hat das Wort Herr Abg. Nelius.

**Abg. Georg Nelius** SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Der Klimawandel ist in der Landwirtschaft angekommen. Wetterkapriolen, Starkregen, Frost, lang anhaltende Trockenheit oder orkanartige Stürme nehmen an Intensität und Häufigkeit zu und beeinträchtigen zunehmend die Herstellung von Lebensmitteln und nachwachsenden Rohstoffen.

Die extremen Ernteeinbußen signalisieren, dass der Klimawandel nicht irgendwann kommt, sondern bereits heute erkennbare Spuren und Auswirkungen hinterlässt – nicht nur im Jahr 2017, auf dessen Schadensereignissen der Antrag der Grünen basiert. So hat die Dürre 2018 mehr als verdeutlicht, dass sich die Landwirtschaft und die Landwirtschaftspolitik nicht länger dieser neuen Realität entziehen können.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Martin Hahn GRÜNE)

Um dem Klimawandel besser trotzen zu können, muss sich die Landwirtschaft auf verschiedene Weisen besser auf die Auswirkungen der Wetterextreme einstellen. Gleichzeitig kann nicht erwartet werden, dass der Staat bei jeder Krise große Teile der Schäden übernimmt. Dies widerspräche dem verfassungsrechtlich verankerten Gleichbehandlungsgebot. Daher muss z. B. das im Jahr 2018 gewährte Bund-Länder-Hilfsprogramm für die Dürreschäden eine Ausnahme sein.

Ich will einige Anmerkungen zur Dimension dieser Hilfe äußern, auch um den Vorwurf, den die AfD macht, nämlich, es hätte keine Hilfen für notleidende Landwirte gegeben, zu widerlegen. Auf Grundlage des Ernteberichts 2018 hat das Bundeskabinett am 22. August 2018 finanzielle Hilfen für die dürrgeschädigten Landwirte beschlossen.

(Abg. Carola Wollé AfD: Bundeskabinett, nicht Land!)

– Abwarten. – Das Bundeslandwirtschaftsministerium beziffert den Gesamtschaden etwa auf 680 Millionen €. Dabei sind 10 000 Betriebe betroffen, und zwar so, dass sie in ihrer Existenz bedroht sind. Ein daraufhin angelegtes – jetzt kommt es – Bund-Länder-Hilfsprogramm – nicht nur Bundesprogramm – soll die Hälfte der Schäden – ca. 340 Millionen € – abdecken.

Vor dem Hintergrund dieser teilweise verheerenden Auswirkungen der lang anhaltenden Hitze und Trockenheit begrüßen wir diese Nothilfen ausdrücklich. Diese Maßnahmen sind aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein und können lediglich kurzfristig helfen.

Viel dringlicher brauchen wir einen Kurswechsel und eine nachhaltige Strategie, wie die Landwirtschaft dem Klimawandel begegnen kann. Sie alle kennen die Instrumente, die es jetzt schon gibt, um in Not geratenen Landwirten zu helfen: von der Förderung agronomischer und technischer Lösungen über die Förderung von Versicherungen, steuerliche Maßnahmen bis zu staatlichen Ad-hoc-Katastrophenhilfen. Diese Maßnahmen sind durchaus richtig und wichtig und sollen auch fortgeführt werden, eventuell angepasst bzw. neu justiert werden.

Den schon älteren Vorschlag einer steuerfreien Risikoausgleichsrücklage für landwirtschaftliche Betriebe sehen wir eher skeptisch. Auch das Bundesfinanzministerium steht dieser Forderung – unabhängig von der politischen Farbe des Ministers – schon immer ablehnend gegenüber und unterstützt eher den Aufbau eines innovativen und eigenverantwortlichen Risikomanagements.

Zudem betont es – ich zitiere –,

*... dass den witterungsbedingten Schäden vorrangig im Rahmen agrarrechtlicher Konzepte (z. B. einer geänderten Ackerbaustrategie, einer Diversifizierung der Betriebe oder Zuschüsse zu Mehrgefahrenversicherungen) begegnet werden muss.*

Hier haben wir durchaus auch Gemeinsamkeiten mit dem Vorschlag der Grünen, die Mehrgefahrenversicherungen deutlicher auszubauen.

(Georg Nelius)

Auch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft benennt für landwirtschaftliche Betriebe eine Reihe von Instrumenten zur Risikoreduzierung wie die Auswahl der Kulturen, chemischer und biologischer Pflanzenschutz, gezielte Sortenwahl etc. Es gibt also eine Menge von Maßnahmen.

Zudem ist die Betroffenheit der Landwirte vom Südwesten bis zum Nordosten des Landes sehr unterschiedlich. Hinzu kommt: Wer keinen Gewinn macht, kann auch keine Rücklagen bilden.

(Abg. Martin Hahn GRÜNE: Das stimmt!)

So werden mit der Risikoausgleichsrücklage finanziell starke Betriebe zusätzlich gefördert, und die schwächeren geraten noch stärker unter Druck.

Daher unterstützen wir, die SPD, viel lieber die Idee eines Solidarfonds der Landwirtschaft, ob auf Bundes- oder auf Landesebene. Landwirtinnen und Landwirte sollten aus diesem Fonds nur dann finanzielle Mittel erhalten, wenn sie zuvor einen Teil ihrer Subventionen freiwillig in diesen Agrarfonds einzahlen.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Kollege Nelius, bitte achten Sie auf die Redezeit.

**Abg. Georg Nelius SPD:** Ich bin gleich am Ende meiner Rede. – Wir werden zu diesem Themenkomplex noch einen entsprechenden Antrag einreichen.

Ich komme zum Schluss. Auch die Landesregierung nennt ja auf die Frage nach langfristigen Strategien zur Risikominderung die Schaffung von Fonds, die von der Branche getragen werden sollten. Wir, die SPD, stehen auf der Seite der nachhaltigen Landwirtschaft und unterstützen sie in dem Ziel, ein moderner und nachhaltiger Wirtschaftszweig zu werden.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Nelius, bitte! Sie haben schon über eine Minute überzogen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Er spricht dafür ein bisschen langsamer!)

**Abg. Georg Nelius SPD:** Gemeinsam sollten wir nach Lösungen suchen, um in Zeiten des Klimawandels eine erfolgreiche Landbewirtschaftung zu ermöglichen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Für die FDP/DVP spricht Herr Abg. Hoher.

**Abg. Klaus Hoher FDP/DVP:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Die Witterungsschäden in der Land- und Forstwirtschaft haben zugenommen. Letztes Jahr hatten wir die Dürre, vorletztes Jahr hatten wir den Spätfrost, 2015 Trockenheit und 2014 Hagel.

Die Regulierung der Schäden aus Steuerstundungen, günstigen Darlehen und Hilfen aus dem Landeshaushalt ist niemandem mehr zuzumuten. Erstens werden die Steuerzahler zur Kasse gebeten, zweitens werden die Landwirte zu Bittstellern erniedrigt.

Wir brauchen also bessere Instrumente zur Vorsorge.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Martin Hahn GRÜNE)

Unter dem Titel „Hilfe zur Selbsthilfe“ hatte unsere Fraktion im Mai 2017 eine Große Anfrage gestellt und zahlreiche Möglichkeiten aufgezeigt. Erstens fordern wir eine steuerbefreite Risikorücklage für Agrarbetriebe. Dieser Risikosparstrumpf kann in guten Jahren gefüllt werden und dient als Puffer bei Missernten, ohne den Steuerzahler zu belasten.

Die Forderung der Risikorücklage stand übrigens bei der CDU im Landtagswahlprogramm und im Bundestagswahlprogramm und steht sogar im Koalitionsvertrag. Nur: Umgesetzt wurde sie von der CDU nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Hört, hört!)

Zweitens fordern wir die Absenkung der Steuer auf Risikoversicherungen. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat 2012 Mehrgefahrenversicherungen für verschiedene Witterungsrisiken weitgehend steuerlich befreit. Leider wurden Dürre- und Trockenheitsschäden dabei nicht berücksichtigt. Holen wir das nach!

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Hört, hört!)

Es macht keinen Sinn, die Eigenvorsorge steuerlich zu belasten und dann im Schadensfall über den Staat immer Notgroschen zu verteilen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Drittens sollten wir auch über technische Vorsorge sprechen. Beregnungsanlagen helfen nicht nur bei Trockenheit, sondern auch gegen Frost. Auch Hagelschutznetze können Schaden abwenden. Deshalb sollten diese Techniken gefördert und bürokratische Hürden abgebaut werden. Wir alle kennen die Probleme der Obstbauern mit Hagelschutznetzen in Landschaftsschutzgebieten. Hier ist mehr Augenmaß geboten.

Eine andere Möglichkeit wäre die direkte Subvention von Versicherungsprämien, wie es bereits in anderen EU-Staaten praktiziert wird. Diese Staaten lösen das Problem, indem sie Mittel aus der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik zur Kofinanzierung nutzen. Österreich löst es mit rein nationalem Geld. Grüne und CDU fordern nun genau so ein Modell wie in Österreich auch für Baden-Württemberg.

Ich sage ganz offen, dass wir Freien Demokraten zunächst den steuerrechtlichen und technischen Instrumenten und der Risikovorsorge den Vorzug geben. Warum? Grün-Schwarz strebt eine Drittelfinanzierung der Versicherungsprämie an: ein Drittel der Betrieb, ein Drittel das Land und ein Drittel der Bund. Der Haken dabei ist, dass die Bundesregierung schon im September 2018 mitgeteilt hat, dass keine weiteren Mittel für die GAP bereitgestellt werden. Kurzum: Subventionen für Versicherungen müssen bei den anderen GAP-Maßnahmen eingespart werden. Dies erscheint nicht realistisch, aber auch nicht wünschenswert. Zudem werden die Versicherungen einen Teil der Subventionen für ihre eigenen Gewinne abschöpfen, so dass das Geld eben nicht restlos bei den Landwirten ankommt.

(Klaus Hoher)

Ich habe den Eindruck, dass diese Pläne von Grün und Schwarz nur ein Ablenkungsmanöver sind,

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Der täuscht!)

da man bei steuerfreien Risikorücklagen bisher überhaupt noch nichts erreicht hat.

Ich fordere die Landesregierung und vor allem die CDU auf: Setzen Sie sich in Berlin endlich für die steuerfreie Risikoausgleichsrücklage durch.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Nun darf ich für die Regierung Herrn Minister Hauk an das Redepult bitten.

**Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin zunächst einmal der Fraktion GRÜNE sehr dankbar, dass sie das Thema Risikomanagement aufgegriffen hat – damals sicherlich aus Anlass des großen Frostereignisses im Jahr 2017. Zwei Jahre später muss man festhalten: Das Thema ist nach wie vor virulent, nach wie vor brisant.

Da verstehe ich, ehrlich gesagt, die AfD nicht ganz. Wenn man sich nicht zum Klimawandel bekennt, kann man es nicht einfach mit dem Wetter abtun. Denn das Wetter wäre eindeutig ein Hinweis darauf, dass es sich um ein Unternehmensrisiko handelt, das man als Bauer eingehen muss. Gegen Wetterschäden kann man sich versichern. Für Wetterschäden gibt es mal mehr, mal weniger günstige Möglichkeiten zum Ausgleich, aber diese sind keine Voraussetzung dafür, dass der Staat irgendwo einspringt und den Landwirten hilft.

Wenn es aber zutrifft – und es trifft zu, meine sehr verehrten Damen und Herren –, dass die Zunahme der Wetterextreme eben nicht das normale Wetter, sondern eine Folge des Klimawandels ist und der Klimawandel anthropogen von uns allen verursacht wurde, wenn man das nicht leugnet, dann muss man auch Ja zur staatlichen Unterstützung und zur staatlichen Hilfe gegenüber den Landwirten sagen, sich dagegen abzuschern; um das auch einmal klar zu sagen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abg. Palka zu?

**Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk:** Nein. – Dann muss ich auch noch eines sagen. Wenn man dann hier mit falschen Tatsachen Fake News verursacht und in die Welt stellt, in Braunsbach wäre nicht geholfen worden:

(Abg. Udo Stein AfD: Nicht sofort!)

Entschuldigung, wir haben hier im Landtag – gegen Ihre Stimme wahrscheinlich – 12 Millionen € als Sonderprogramm für Braunsbach – –

(Abg. Udo Stein AfD: Nein! – Abg. Bernd Gögel AfD: Nach wie vielen Monaten? Soforthilfe ist etwas anderes, Herr Minister!)

– Entschuldigung! Man kann theoretisch immer Soforthilfen nach Kaisers Manier mit dem Füllhorn durch die Gegend reichen, ob gerecht oder ungerecht. Aber diese Zeiten sind Gott sei Dank vorbei. Wir haben keine monarchistischen Möglichkeiten und Zeiten, sondern wir haben klare Regelungen, auch klare Regelungen für solche Katastrophenereignisse.

Wir haben Soforthilfen für die einzelnen Haushalte gegeben. Ich will daran erinnern: Für die, die bedürftig und nicht schnell liquide waren, gab es Soforthilfen, und diese sind auch unbürokratisch ausgezahlt worden. Ich weiß nicht, wo Sie in dieser Zeit gelebt haben. Es gab drei Gemeinden in Baden-Württemberg, die besonders betroffen waren. Das war Braunsbach im Landkreis Schwäbisch Hall, das war Billigheim im Neckar-Odenwald-Kreis, und das war Waldbrunn im Neckar-Odenwald-Kreis. Überall dort haben diese Soforthilfen gegriffen, und die Bevölkerung hat sie auch dankbar angenommen, weil es Soforthilfen waren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Ich will noch einmal sagen: Allein für Braunsbach, einen kleinen Ort, sind damals 12 Millionen € als Sonderprogramm vom Landtag in den Haushaltsberatungen beschlossen worden. Wenn ich dann noch die Programmmittel aus dem ELR, aus dem Stadtsanierungsprogramm, aus den landwirtschaftlichen Hilfsfonds und aus dem Ausgleichstock hinzufüge, dann haben wir in der Summe mindestens 20 Millionen € allein nach Braunsbach gegeben. Und dann stellen Sie sich hier hin und sagen, der Landtag habe sich verschlossen.

(Abg. Udo Stein AfD: Das hat er nicht behauptet! Das stimmt nicht!)

Entschuldigung, das ist eine blanke Lüge, sind das blanke Fake News, die Sie hier verbreitet haben. Dem trete ich mit aller Entschiedenheit entgegen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Jawohl!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man akzeptiert, dass wir in einem Klimawandel stehen, dann muss man auch bereit sein, zu handeln und denen, die als Einzige von anthropogen verursachten Risiken betroffen sind und darunter leiden – das sind die Land- und Forstwirte –, auch tatsächlich unter die Arme zu greifen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das tun wir. Wir haben uns in den letzten Jahren intensiv damit beschäftigt. Der Kollege Hahn hat eingangs darauf hingewiesen: Im Jahr 2016, als uns das damalige Unwetterereignis – das war vor allem ein Starkregen – ereilt hat, und 2017 war ich der einsame Ruffer in der Wüste, der gefordert hat, eine Versicherungslösung beispielsweise nach österreichischem Vorbild einzuführen.

Mittlerweile stelle ich fest, dass sich die meisten meiner Kollegen auf Bundesebene diesem angeschlossen haben und mittlerweile auch beim Bund eine gewisse Aufweichung einer ablehnenden Position festzustellen ist, jedenfalls in den beiden Regierungsfractionen.

(Minister Peter Hauk)

Ich habe von der AfD bisher noch keine Initiativen hierzu gehört. Aber das wundert mich auch gar nicht. Wenn Sie beharrlich den Klimawandel leugnen, können Sie auch keine Maßnahmen fordern, die diesem entgegenwirken. Das muss man auch einmal sagen. Sie sind einfach inkonsequent und inkonsistent.

(Abg. Udo Stein AfD: Die Ursachen!)

– Genau, es geht hier um die Ursachen.

(Abg. Udo Stein AfD: Den menschlichen Akt!)

Eine staatliche Finanzierung ist doch nur dann berechtigt, wenn es eine gesamtgesellschaftliche und gesamtpolitische Verpflichtung gegenüber der Landwirtschaft gibt. Denn ansonsten kann auch jeder andere Unternehmer kommen und sagen: „Helft mir doch bei Hagelschäden, helft mir doch bei Unwetterschäden“, der ja unter Umständen genauso von solchen Schäden betroffen sein könnte; diese Schäden könnten aber auch versichert werden. Wenn wir der Landwirtschaft helfen, dann hat das Gründe, weil eben der Klimawandel anthropogen verursacht ist und die Landwirte die Einzigen sind, die darunter letztendlich leiden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt  
Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben das bei den Spätfrösten im April 2017 erlebt: 120 Millionen € Schäden, die damals allein über Obst- und Weinbauern hereingebrochen sind. Jetzt komme ich noch einmal zur Hilfe: So, wie wir unbürokratisch in Braunsbach und den anderen von Unwettern betroffenen Gemeinden geholfen haben, haben wir auch unbürokratisch den Obstbauern geholfen – nicht jedem, sondern es muss natürlich schon seine Existenz bedroht sein. Aber ich bin dem Landtag, den Regierungsfractionen außerordentlich dankbar, dass sie in der Summe nahezu 50 Millionen € Schadenshilfe als Frostbeihilfe zur Verfügung gestellt haben, um den Schaden zu minimieren. Meine Damen und Herren, das ist ja keine Selbstverständlichkeit. Wenn man das auf die Bundesrepublik hochrechnen würde, dann wären das etwa 500 Millionen €. Das ist also ein gewaltiger Brocken, den der Landtag von Baden-Württemberg hier für das Land Baden-Württemberg geschultert hat.

Aber wir wollen uns nichts vormachen: Das ist keine langfristige Lösung. Ad-hoc-Hilfen sind dann notwendig, wenn es keine anderen Möglichkeiten gibt. Deshalb müssen wir sehen, dass wir andere Möglichkeiten schaffen, nämlich versicherbare Lösungen, die das Risiko auch dort belassen, wo es hingehört, nämlich in der Risikoeinschätzung dezentral beim Landwirt selbst. Der Landwirt selbst muss für sich einschätzen, was er versichert, was er versichern kann, und muss dabei vom Staat unterstützt werden. Das ist die Frage einer Neuausrichtung des Risikomanagements. Dazu werden wir auch noch weiter gehende Initiativen unternehmen.

An erste Stelle gehört, dass die Unternehmen ihre Betriebe an die sich ändernden Bedingungen anpassen; das ist vorhin schon, glaube ich, vom Kollegen Rapp gesagt worden. Es ist auch notwendig, dass sich die Landwirte daran anpassen. Man kann nicht einfach so weiterwirtschaften, als wäre nichts geschehen. Diese Anpassung kann durch die Produktionstechnik geschehen, aber auch durch die Fruchtfolge, auch durch

die Wahl geeigneter Sorten. Je nach Betriebsausrichtung kann auch die Investition in Bewässerungs- oder Frostschutzanlagen, auch in Hagelschutzanlagen das Eintreten hoher Ernteverluste am Ende vermeiden. Auch die betriebliche Diversifizierung muss man im Zweifelsfall in Betracht ziehen. Diese Maßnahmen können schon heute staatlich gefördert werden und verhindern, dass im Extremfall Abnehmer nicht mehr beliefert werden oder Märkte wegbrechen.

Wir arbeiten auch an einer weiteren Optimierung in Baden-Württemberg, denn unsere Strategie der Erzeugung und Vermarktung von Qualitätsprodukten funktioniert nur mit verlässlichen Marktbeziehungen und Absatzwegen. So unterstützen wir beispielsweise mehrere Initiativgruppen bei Machbarkeitsstudien zur überbetrieblichen Wasserbereitstellung für Bewässerung und Frostschutzberegnung. Da appelliere ich auch an die Wasserbehörden und quasi an die Wasserschützer, auch da die Kirche im Dorf zu lassen und die Möglichkeiten, die wir hätten und die wir haben, am Ende auch zu genehmigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die bisherige Strategie, bei Extremwetterereignissen mit staatlicher Ad-hoc-Hilfe existenzbedrohende Situationen abzuwenden, kann in Anbetracht der Klimaveränderung keine dauerhafte Lösung sein. Da brauchen wir eine längerfristige Strategie für das Risikomanagement in der Landwirtschaft. Hierzu gehören auch insbesondere verschiedene Instrumente, die im Einzelbetrieb passende unternehmerische Entscheidungen zur Risikostrategie erleichtern und zukünftige Ad-hoc-Hilfen ersetzen können.

Aus Sicht des MLR sind folgende Maßnahmen geeignet: eine optimierte Unterstützung präventiver Maßnahmen wie z. B. der Wasserbereitstellung und der Frostschutzberegnung, die Förderpolitik und die Förderbedingungen, aber dann auch die steuerliche Förderung der Bildung zweckgebundener Rücklagen gegen Witterungsrisiken, die natürlich auch an entsprechende Bedingungen gebunden ist. Es trifft eben nicht zu, Herr Kollege Nelius, dass nur die begüterten Landwirte davon profitieren würden. Entweder es ist eine Rücklage in Anspruch genommen worden, dann kann man dafür keine Förderung erhalten, oder sie wird nicht in Anspruch genommen, dann wird nach einer bestimmten Frist von drei oder fünf Jahren der Betrag versteuert werden müssen. Dem Staat entgeht damit kein Eurocent an Steuereinnahmen. Es ist nur eine zeitliche Verlagerung.

Wir fordern aber auch eine Ermäßigung der Versicherungssteuer für das Risiko einer Dürre von 19 % auf 0,03 % der Versicherungssumme, so wie es bei Hagel, Sturm, Starkregen und Überschwemmungen mittlerweile schon der Fall ist.

Wir brauchen eine breite Risikoabsicherung über Mehrgefahrenversicherungen mit staatlicher Unterstützung. In 18 Mitgliedsstaaten der Europäische Union wird bereits heute von der Möglichkeit staatlicher Förderung von Risikoinstrumenten mit rein nationaler Finanzierung oder im Rahmen des ELER mit EU-Kofinanzierung Gebrauch gemacht. Beides ist möglich. Die EU sagt ganz klar: „Wir ermöglichen die Absicherung; das ist für uns kein Wettbewerbskriterium.“ Aber wir sollten es eben auch tun. Ich habe den Anspruch, dass nach 18 Mitgliedsstaaten Deutschland der 19. Mitgliedsstaat wird, bei dem eine solche Risikoabsicherung etabliert wird.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

(Minister Peter Hauk)

Das Land Baden-Württemberg wird mit der Unterstützung von Versicherungsprämien im Rahmen eines ab 2020 vorgesehenen Pilotprojekts auch Erfahrungen sammeln. Da bin ich wiederum den Regierungsfraktionen GRÜNE und CDU sehr dankbar, dass sie einem solchen Pilotprojekt dem Grunde nach – den Haushalt müssen wir jetzt im Herbst erst noch auf die Beine stellen – Zustimmung signalisiert haben, weil ich es extrem wichtig finde, dass man nicht nur sagt: „Wir brauchen das“, sondern dass man im Rahmen der Möglichkeiten auch etwas tut.

Wir haben nicht die großen Möglichkeiten, den Klimawandel direkt zu beeinflussen oder abzumildern. Dort, wo wir es können, haben wir es getan und waren wir erfolgreich. Wir haben einerseits, um Klimasenken und CO<sub>2</sub>-Senken zu bilden, eine Holzbauoffensive gestartet, durch die wir uns eine weitere CO<sub>2</sub>-Speicherung und damit eine Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes erhoffen und erwarten.

Andererseits tun wir auch etwas für die Folgenabschätzung und für die Folgenminimierung bei den Landwirten. Da bin ich auch sehr dankbar, dass wir dieses Thema wirklich angehen wollen. Damit soll die Einführung wirtschaftlich tragfähiger Mehrgefahrenversicherungen für Betriebe des Weinbaus, Kern-, Stein- und Beerenobstbaus gegen die Risiken Frost, Sturm und Starkregen unterstützt werden.

Das Projekt wird aktuell mit dem Finanzministerium abgestimmt. Ich will mich an dieser Stelle ausdrücklich für die bisher sehr gute und konstruktive Zusammenarbeit beim Thema „Verbesserung des Risikomanagements“ bedanken.

Um auf Bundesebene die Diskussion zum Risikomanagement voranzubringen, haben wir auf der Ebene der Agrarministerkonferenz vor zwei Jahren bereits entsprechende Anträge eingebracht. Ich erwarte jetzt – so hat es der Bund jedenfalls zugesichert – für Herbst einen Bericht über das Risikomanagement und Potenziale in Deutschland.

Aber ich freue mich auch, dass wir zunehmend Mitstreiter für das Thema auch in anderen Ländern Deutschlands gewinnen und dass wir aktuell eine Initiative planen – ob gemeinsam mit Bayern oder getrennt, das wird sich noch herausstellen. Bayern ist aufgrund des Volksbegehrens „Rettet die Bienen“ ein bisschen unter Druck, schnell etwas abzuliefern. Schauen wir einmal, wie es da hineinpasst. Am Ende ist ja nicht entscheidend, wer wie in das Rennen geht, sondern am Ende ist entscheidend, dass man in der Sache Mitstreiter findet und Mitstreiter gewinnt. Ich bin überzeugt davon, dass es uns auch gelingt, in Deutschland die notwendige Unterstützung länderspezifisch zu gewinnen. Jetzt brauchen wir noch den Bund im Boot, und da braucht es noch einmal Anstrengungen, dass das entsprechend funktioniert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der skizzierte Maßnahmenmix zur Unterstützung eines besseren Risikomanagements für landwirtschaftliche Unternehmen kann dazu beitragen, dass die Betriebe in unserem Land zukünftig besser auf widrige Witterungsverhältnisse und Naturkatastrophen vorbereitet sind und deren Folgen leichter überstehen. Somit können die öffentlich zunehmend kritisch diskutierten, aber bisher notwendigen Ad-hoc-Hilfen deutlich reduziert oder – im besten Fall – ganz eingestellt werden.

Darum werde ich mich auch weiterhin mit Nachdruck für entsprechende Regelungen und Maßnahmen auf Landes- und

Bundesebene einsetzen und bitte Sie wie bisher um reichliche und nachdrückliche Unterstützung. Bei den beiden Regierungsfraktionen GRÜNE und CDU weiß ich, dass dies gegeben ist. Den anderen Fraktionen wäre ich dankbar, wenn sie mir um der Sache willen den notwendigen Rückenwind verleihen könnten.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Ich habe jetzt noch eine Wortmeldung von der AfD vorliegen. Wollen die Grünen noch einmal das Wort ergreifen? – Das ist nicht der Fall.

Dann Herr Abg. Palka, bitte.

**Abg. Thomas Axel Palka** AfD: Danke schön, Frau Präsidentin. – Herr Minister, ich habe in meinen Ausführungen zu Braunsbach nicht Sie angegriffen. Sie haben geholfen. Sie waren, wenn ich es richtig weiß, am ersten Tag vor Ort. Ich habe den Herrn Ministerpräsidenten angegriffen. Bei ihm hat es ein paar Tage gedauert, bis er sich gemeldet hatte.

Zum Klimawandel: Es hat in der Weltgeschichte schon des Öfteren Eiszeiten und Phasen ohne Eiszeiten gegeben. Als es nach der letzten kleinen Eiszeit wärmer wurde, da gab es noch keinen Menschen auf der Welt. Wenn mir bitte jemand erklären könnte, wie das passiert ist, dann glaube ich Ihnen auch Ihre Aussagen über eine menschengemachte Erderwärmung heute. Darüber können wir gern einmal reden.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: So viel Zeit haben wir nicht, dass wir Ihnen das erklären können! – Abg. Martin Hahn GRÜNE: Statistik lesen hilft!)

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Gibt es noch weitere Wortmeldungen? – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur abschließenden Behandlung des Antrags Drucksache 16/2053. Das ist ein reiner Berichtsantrag, der somit für erledigt erklärt werden kann. – Damit sind Sie einverstanden.

Wir haben damit auch den letzten Tagesordnungspunkt für heute erledigt.

Ich will Sie noch einmal darauf hinweisen: Morgen ist Europatag. Der Landtag führt in diesem Zusammenhang am Montag eine EU-Jugendveranstaltung durch. An diesem Termin werden in diesem Jahr neben Schülerinnen und Schülern aus dem Land auch Schulklassen aus unseren Partnerregionen der „Vier Motoren“, nämlich aus Katalonien, aus der Lombardei und aus der Region Rhône-Alpes, teilnehmen. Bei dieser Begegnung werden junge Europäer über ihre Erwartungen an Europa diskutieren. Ich hoffe, dass auch etliche von Ihnen daran teilnehmen können.

Die nächste Plenarsitzung findet am Mittwoch, 15. Mai 2019, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

**Schluss: 12:30 Uhr**